

HANS SCHRÖDER
Archiv-Einrichtungen

Karlsdorf-Neuthard
Tel.: 07251 - 48 94

Art.-Nr. 63003

NL Heimerich

Zug. 24 / 1972, Nr. 542

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivallien-Zugang 24 / 1972 Nr. 542

26
(542)

199

/46

Dr. Dr. h. c. H. Heimerich
Rechtsanwalt u. Steuerberater

Professor Krauch

Gut Falkenhof

- Spruchverfahren -

beendet:

19

angefangen:

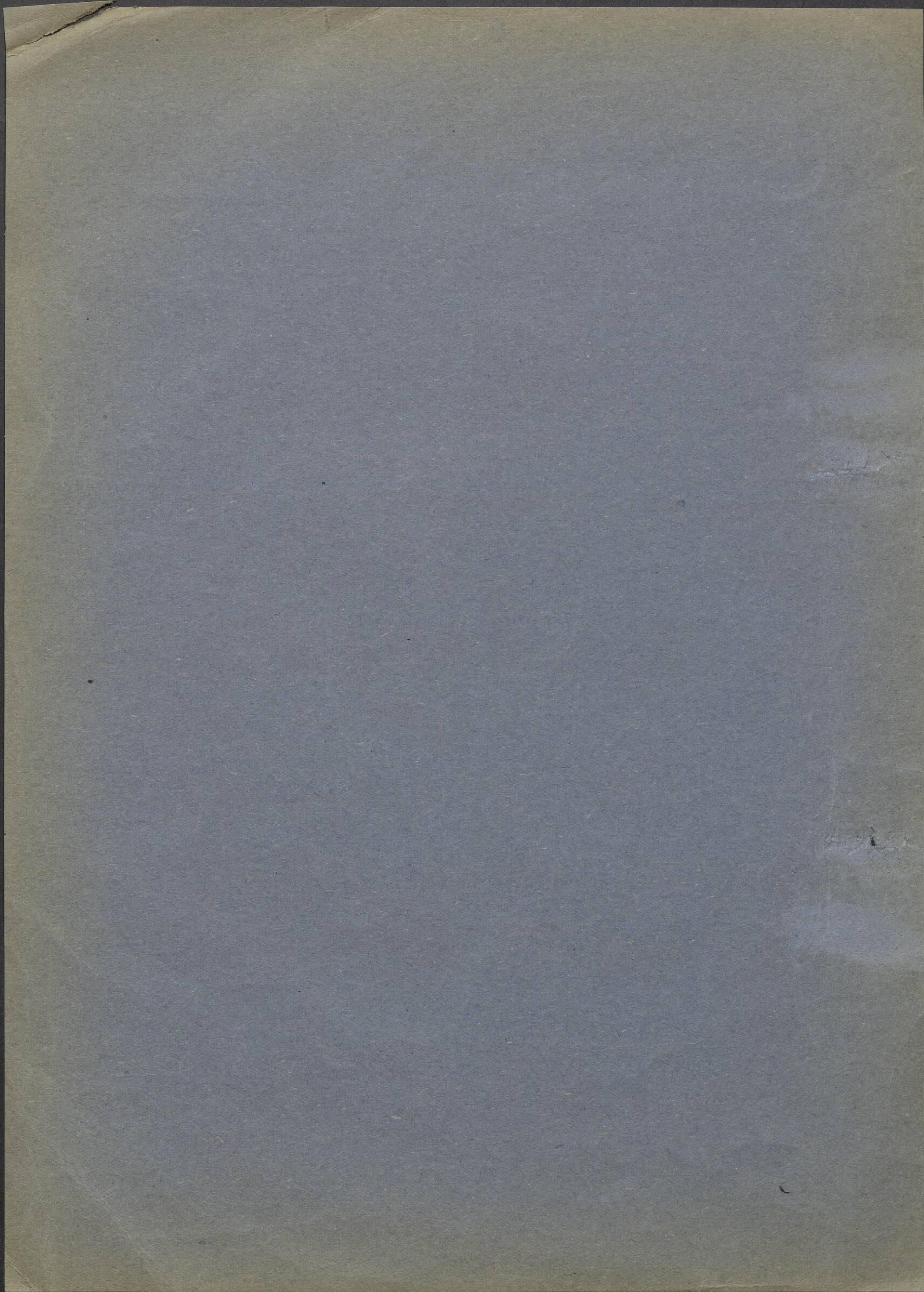
19

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivlien-Zugang 50 / 1979 Nr. 26

LEITZ

-Rapid ES-
Din-Quart



CHEMISCHES INSTITUT
DER UNIVERSITÄT

DIREKTOR: PROF. K. FREUDENBERG

(17a) HEIDELBERG, 14. Januar 1947
AKADEMIESTR. 5 / TELEFON 4412

16. Jan. 1947

Herrn
Dr. Heimerich
Heidelberg
Neuenheimerlandstr. 4

Xc/2/2mm
4mm
Lh

Sehr geehrter Herr Doktor!

/ Ich überreiche Ihnen eine Erklärung über Herrn Professor
K r a u c h in zwei Ausfertigungen.

Ihr sehr ergebener

K. Freudenberg

14. April 1947

Dr. H. H. H.
T. H. H.
T. H. H.
T. H. H.

Dr. H. H. H.

Dr. H. H. H. in der
Dr. H. H. H. in der

Dr. H. H. H.

W.V. 27/6. ✓

Herrn Dr. Heimerich.

Sitzler soll für die Spruchkammerpraxis ein Gutachten gemacht
haben betr. Behandlung von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern.
(lt. Prof. Bilfinger).

s. Mitteilungen No. 4 vom 26.7.46.

Zum 7. 10. 1946

15.3.47

Lh.

A u s z u g

aus Mitteilungen an die Kammern Nr. 4 vom 26. Juli 1946

9. Zur Auslegung des Begriffes "völkerrechtswidrige" Behandlung im Sinne des Art. 5 Ziff 2 des Gesetzes Nr 104

Der Begriff der "völkerrechtswidrigen" Behandlung im Sinne des Art. 5 Ziff 2 hat bei einer Kammerverhandlung bereits eine Rolle gespielt. Die Verteidigung hat gegenüber der Klageerhebung aus diesem Punkt eingewandt,

- a) der Betroffene könne überhaupt nicht völkerrechtswidrig handeln, das könne nur das Reich, das die Verletzung des Völkerrechts dulde,
- b) der Betroffene habe auch die Vorschriften des Völkerrechts nicht gekannt.

Das Staatssekretariat hat daraufhin ein Gutachten des bis 1933 als Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium und Völkerbund tätigen, jetzt an der Technischen Hochschule Stuttgart mit einem Lehrauftrag betrauten Geheimrats Dr. S i t z l e r eingeholt. Das Gutachten wird demnächst gesondert zugesandt. Es kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Völkerrechtswidrige Handlungen des Art. 5 Ziff.2 sind Verstöße gegen inländisches Recht.
2. Hat also der Betroffene vorsätzlich oder fahrlässig völkerrechtswidrig gehandelt, so hat er völkerrechtliche und für das deutsche Recht verbindliche Normen verletzt, auch wenn er sie nicht kannte, denn Unkenntnis des Gesetzes schützt, soweit Nichtkenntnis des Rechts eingewandt wurde, n i c h t vor Strafe.
Die Verteidigung also, ein Einzelner könne gar nicht völkerrechtswidrig handeln, ist damit widerlegt.
3. Die im einzelnen möglichen Tatbestände völkerrechtswidrigen Behandlung sind unter VIII des Gutachtens zusammengefasst.
4. Praktische Beachtung verdient der Hinweis, dass die Klage in vielen Fällen ohne Auseinandersetzung mit dem Begriff der völkerrechtswidrigen Behandlung auskommen kann, denn der Tatbestand z.B. der völkerrechtswidrigen Gewalttaten

gegen ausländische Zivilisten und Kriegsgefangene wird auch von Art. & Ziff. 3 erfüllt.

Es wird sich also empfehlen, eine Klage auf Art. 5 Ziff. 2 nur dann zu stützen, wenn eine andere Bestimmung nicht genügt, um auf sie den Antrag auf Einreihung des Betroffenen in die Gruppe der Hauptschuldigen zu stützen. Auf diese Weise werden Auseinandersetzungen zwischen öffentl. Kläger und Verteidiger über die Frage des völkerrechtswidrigen Verhaltens vermieden.

Berlin - Friedmann, Honholzer 41. IV.

23. 9. 46

Anlage (Zugabe)

Ihr verehrtes liebes Fräulein!
Von 3/4 jährigem Anstande in der Disposition
meiner Frau vorgelassen zurück,
besand fand ich unter weit mehr als 100
Briefen von Ihnen. Mit welchem Interesse,
kann ich Sie tief danken. Auch meine Ge-
danken und Wünsche sind in der Zeit mit
Kriegsangelegenheiten außerordentlich oft bei Ihnen Prof.
Krauch gewesen, dessen Wissenschafts- und
auf seine von größtem Wert wäre. Der
Brief war, da eine Copie nach Lörrey ge-
fandt war, nicht nach dem Auslande nach-
geschickt und die Copie hat mich nicht ver-
misst. Sagte Sie das bitte mit meinem
herzlichen Grusse von Prof. Krauch, dem
ich ganz nach Kräften zur Verfügung stehe.

Unser Haus in Heglitz, obwohl fast mit,
ganzen, war durch die Amerikaner

Exemplarhaft v. mit ca 30 Mannschaften belegt
v. ist erst vor 14 Tagen freigegeben. Ich muß,
da meine Finanzquellen wie alle Schiffe,
Hafnmittel mit der kaiserlichen Bank ge-
hört sind, beschaffen, ein paar Zimmer
wiederherstellen zu lassen, um mit Frau v.
König aus diesem folgerichtigen Notlage dort,
sich zurückzuziehen. Mein ältester Sohn, der
als Oberst in Kärnten gefangen v. ~~mit~~
behandelt ist, und die Frau nun seine in Neu-
ruppin zurückgebliebene Frau v. 5 Brüder sa-
ben nun besonders stark zurückgetrieben.
Hier sind aber noch 6 Monate im Feuilleant,
das auch besser selbst und wollen von dem
mit dem Leben v. ist für die Wissenschaft
weiter anzufragen.

Mit den besten Hoffnungen für Ihre Krankheit
u. seine Familie u. Mitarbeiter sein für die
Welt in treuen Gedanken Ihr

Schmidt-Ott.

* 47 Telegramm

Deutsche Reichsnost

aus 1347 BERLINFRIEDENAU /1 1088 14 23 1143 = YZFKT =

Anfgenommen
Tag: Monat: Jahr: Zeit:
24 IX 46 5 48

von:

durch:

Heidelberg

FRL ANNA BETHGE HAUPTSTR 45

HEIDELBERG =

Übermittelt
Tag: Zeit:

an

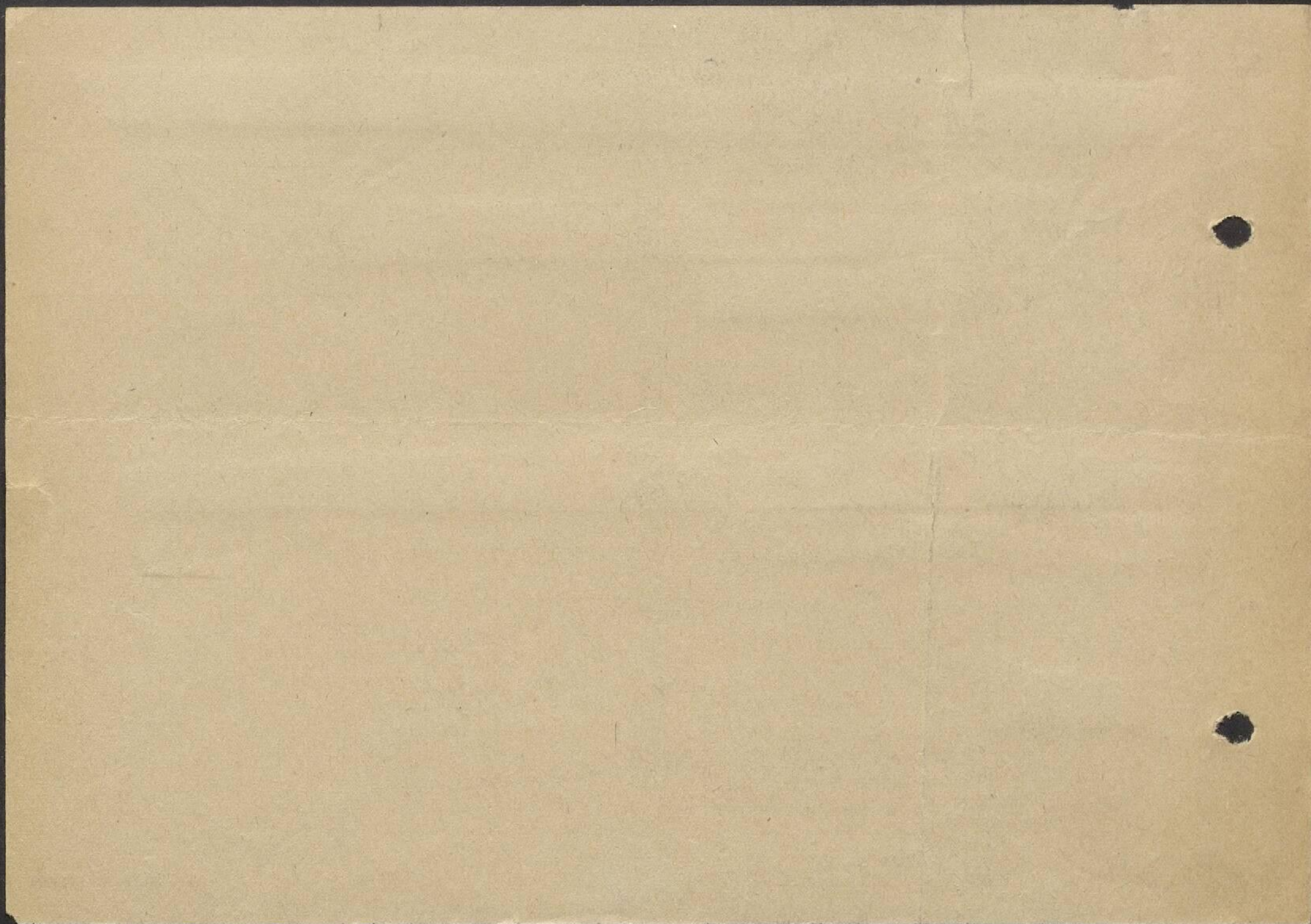
durch:

MARIBRIEF ERST SOEBEN ERHALTEN BEANTWORTUNG FOLGT =

FRIEDRICH SCHMIDTOTT +

45 +

Für dienstliche Rückfragen



Prof. Dr. C. KRAUCH

Heidelberg-Schlierbach,
im Lindenried 23,

zurzeit Falkenhof in Falkengesäss
über Beerfelden/Odenwald,

den 5. Juli 1946

In dem gegebenenfalls gegen mich durchgeführten Verfahren nach
Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus bevollmächtige ich

Herrn Rechtsanwalt Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
in Heidelberg, Neuenheimer Landstraße Nr. 4

mit meiner Vertretung.

H. Carl Heimerich

Prof. Dr. C. KRAUCH

Lehrstuhl für Zoologie

in München 22.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich habe die Ehre, Ihnen

den 5. Juli 1940

zu schreiben, da ich mich über die Möglichkeit, bei Ihnen

ein Praktikum zu machen, erkundigen möchte.

Ich bin sehr dankbar für Ihre

Antwort und hoffe, dass ich bald von Ihnen

ein Bescheid erhalten werde.

Mit freundlichen Grüßen

W. L. Krauch

23. Sept. 1946

Dr. H./Kr.

An den
Öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer Heidelberg
Heidelberg
Bergstr. 106

Betr.: Prof. Dr. Karl K r a u c h , Heidelberg-Schlier-
bach, Im Lindenried 23.

Ihr Zeichen: Dr. M.

Die Aufzeichnung über das Vermögen des Herrn
Professor Krauch werde ich in etwa 8 Tagen liefern können.
Im übrigen wird es wohl erforderlich sein, das Verfahren
vorläufig auszusetzen, da Herr Professor Krauch vor
kurzem Heidelberg verlassen musste und sich auf Anweisung
der amerikanischen Militärregierung an einem auswärtigen
Ort in Internierung befindet. Sobald Herr Professor Krauch
in Heidelberg wieder anwesend sein kann, gebe ich weitere
Nachricht.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt.

Durchschlag an
Frl. Bethge

Pol. 23/9.46

~.

27. Sept. 1946

Dr. H. W. K.

an den
Österreichischen Kriegerbund der
Sprachkammer Heidelberg
Heidelberg
Bergstr. 106

Betr.: Prof. Dr. Karl W. K. a. d. H. Heidelberg-Schüler-
schaft im Landesverband
Der Krieger: Dr. W.

Die Ankündigung über das Vergehen des Herrn
Professors Krieger wurde ich in etwa 8 Tagen liefern können.
In diesen wird es wohl erforderlich sein, den Vernehmen
vorläufig zusammenzusetzen, da Herr Professor Krieger vor
Herrn Heidelberg verlassen musste und also die Ankündigung
der amerikanischen Militärregierung an einen auswärtigen
Ort in Untersuchung befindet. Sollte Herr Krieger an Krieger
in Heidelberg wieder ankommen, kann, falls der weitere
Bescheid.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dr. Otto)
Rechnungswelt.

Durchschlag an
Trl. Beträge

Dr. W. K. a. d. H.
W.

23. 9. 1946

Heidelberg, den 20.9.1946

Dr. M

Ohne Angabe des Akten- bzw.
Diktatzeichens keine Bearbeitung.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. H e i m e r i c h ,

H e i d e l b e r g

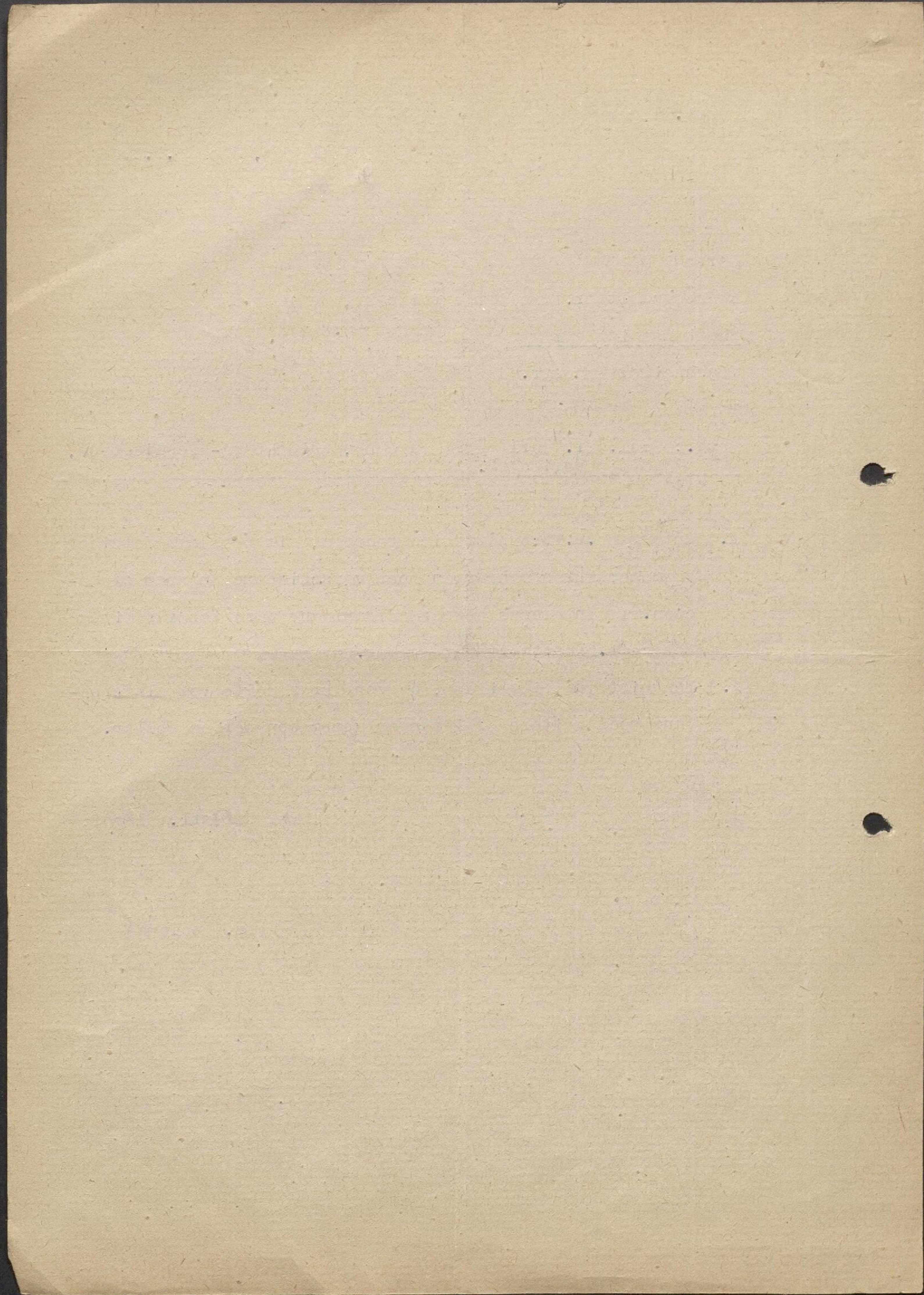
Neuenheimer Landstr. 4

Betr.: Prof. Dr. Karl K r a u c h , Heidelberg- Schlierbach,
Im Lindenried 23.

- 1.) Unterm 20.8.1946 hatte ich gebeten, mir über das jetzige Vermögen Ihres Mandanten noch verschiedene Angaben zu machen. Im Interesse der Beschleunigung wäre ich für eine baldgefl. Beantwortung dankbar.
- 2.) Ich bitte um Mitteilung, ob von Ihrer Seite vor Klagerhebung noch weitere Erklärungen abgegeben werden sollen.

Der öffentl. Kläger:

[Signature]
(Dr. Moufang)



- Sekretariat -

Heidelberg, den 9. September 1946
Hauptstr. 45 I

An das Finanzamt
Heidelberg

*von Fol. Betty erhalten
von H. Krauch.*

72-9,

44

Betrifft: Steuer-Nr. 1/325, Vermögenserklärungen

Bezugnehmend auf die mündliche Unterhaltung mit Herrn Steuerinspektor Ernst gebe ich Ihnen wunschgemäß nachstehend Angaben über das augenblickliche Vermögen von Herrn Prof. Krauch, nach dem Stand vom 1.9.1946:

- 1.) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen: - RM -
- Landw. Betrieb Falkenhof in Falkengesäß bei Beerfelden-Odenwald, Eigenbetrieb, zuletzt festgestellter Einheitswert: 46.200,--
- 2.) Grundvermögen:
- Einfamilienhaus m. Hausgarten, Einfahrt und Wiese, 1/1 Anteil, zuletzt festgestellter Einheitswert 91.450,--
- Wohnhaus in Cappel b. Öhringen, 1/3 Anteil, zuletzt festgest. Einheitswert 4.400,--
- 3.) Sonstiges Vermögen:
- a) Kapitalforderungen:
- Lebensversicherung, Rückkaufswert lt. Mitteilg. d. Karlsruher Lebensversicherungsges. am 1.1.42 RM 122.797,--
zuzügl. gezahlte Prämien v. 1.1.42-31.12.44
= 36 Monate je RM 592,23 = 14.213,52 137.010,52
- Jährliche Forderungen an Aufsichtsratsantennen bestehen theoretisch seit 1.1.1945, mit ihrem Eingang ist jedoch nicht zu rechnen; für 1944 nicht ausgezahlte Tantiemen (in gleicher Höhe angenommen wie 1943)
- | | | |
|------------------------------|---------------|------------|
| IG Farbenindustrie AG | RM 115.251,65 | |
| Dt. Gasolin AG, Berlin | 480,-- | |
| Braunkohle-Benzin AG, Berlin | 2.000,-- | |
| Ford-Werke AG, Köln | 7.000,-- | 124.731,65 |
- b) Zahlungsmittel u. laufende Guthaben:
- | | |
|--|-----------|
| Bargeld: Nicht eingelöste Reichsbankschecks | 30.000,-- |
| Betriebskonto d. Gutsverwaltung Falkenhof b. d. Kreissparkasse in Erbach, | 30.683,99 |
| Dresdner Bank-Heidelberg | 15.707,86 |
| Deutsche Bank-Ludwigshafen | 5.099,46 |
| Deutsche Bank-Heilbronn | 1.350,60 |
| Postscheckamt-Ludwigshafen | 3.608,51 |
| Sparkassenguthaben d. Kinder Hanna, Helmut u. Heinrich Krauch, Bezirkssparkasse Heidelberg | 1.473,56 |

c) Wertpapiere: (Nennwert)

	- RM -	- RM -
Frankfurter Hypothekenbank-Pfdbr.	2.000,--	
Rhein.Hypothekenbank-Goldpfdbr.	3.300,--	
Württ.Hypothekenbank-Goldpfdbr.	1.000,--	
Württ.Kreditverein-Goldpfdbr.	1.000,--	
Eisenbahn-Rentenbank-Frankf.Obl.	180,--	7.480,--

ferner folgende Wertpapiere, die aufgrund der
Regelung zwecks Berechnung der Vermögenssteuer-
vorauszahlungen für 1946 gesondert behandelt werden:

IG Farbenindustrie AG	102.000,--	
<u>im Giro-Sammeldepot:</u>		
Siemens u. Halske AG	8.000,--	
" " " Vorzugsaktien	2.000,--	
Vereinigte Stahlwerke	10.000,--	
Zementwerke Heidelberg	3.200,--	
Süddeutsche Zucker	2.000,--	
Salzdethfurth	1.400,--	
Zellstoff-Waldhof	1.000,--	
Dresdner Bank	300,--	
Hapag	200,--	
Deutsche Zentralbodenkredit ...	300,--	
Berliner Handelsgesellschaft	200,--	
3 1/2%ige Dt.Reichsschatzanwei- sung.1941/4	5.000,--	
3 1/2%ige " " 1941/5	2.000,--	
4%ige Steyr-Daimler-Puch-Obl.1943	3.000,--	
	140.600,--	
<u>im Streifbanddepot Deutsche Bank-Berlin:</u>		
Moskauer Stadtanleihe 1901 Rubel:	1.000,--	
Russische Staatsanleihe 1902 "	2.000,--	
" " 1902 "	2.000,--	
" " 1905 "	5.000,--	

4.) Abzuziehen:

Soll auf Konto DeutscheLänderbank-Berlin:

	38.272,60	
" Einlagekonto IG Ludwigshafen:	10.737,02	49.009,62

Steuerschulden bitte ich gemäß meinem Schreiben an das
Finanzamt-Heidelberg vom 29.8.ds.Js. festzustellen
und alsdann in Abzug zu bringen.

Die örtliche evang.Kirchensteuer in Höhe von RM 1.658,02
für das Steuerjahr 1945 ist einstweilen gestundet und für
1946 noch nicht neu veranlagt.

hsg.

SEKRETARIAT PROF.KRAUCH

3) Ergebnisse (in Prozent)

1. Erhebung	100,00
2. Erhebung	100,00
3. Erhebung	100,00
4. Erhebung	100,00
5. Erhebung	100,00
6. Erhebung	100,00
7. Erhebung	100,00
8. Erhebung	100,00
9. Erhebung	100,00
10. Erhebung	100,00

Die Ergebnisse der Erhebungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Werte sind in Prozent angegeben.

1. Erhebung	100,00
2. Erhebung	100,00
3. Erhebung	100,00
4. Erhebung	100,00
5. Erhebung	100,00
6. Erhebung	100,00
7. Erhebung	100,00
8. Erhebung	100,00
9. Erhebung	100,00
10. Erhebung	100,00

1. Erhebung	100,00
2. Erhebung	100,00
3. Erhebung	100,00
4. Erhebung	100,00
5. Erhebung	100,00
6. Erhebung	100,00
7. Erhebung	100,00
8. Erhebung	100,00
9. Erhebung	100,00
10. Erhebung	100,00

1. Erhebung	100,00
2. Erhebung	100,00
3. Erhebung	100,00
4. Erhebung	100,00
5. Erhebung	100,00
6. Erhebung	100,00
7. Erhebung	100,00
8. Erhebung	100,00
9. Erhebung	100,00
10. Erhebung	100,00

4) Ergebnisse

Die Ergebnisse der Erhebungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Werte sind in Prozent angegeben.

1. Erhebung	100,00
2. Erhebung	100,00
3. Erhebung	100,00
4. Erhebung	100,00
5. Erhebung	100,00
6. Erhebung	100,00
7. Erhebung	100,00
8. Erhebung	100,00
9. Erhebung	100,00
10. Erhebung	100,00

Die Ergebnisse der Erhebungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Werte sind in Prozent angegeben.

Heidelberg, den 27. August 1946

Dr.H./Di.

An den

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer des Stadtkreises Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Prof.Dr.Carl K r a u c h, Heidelberg-Schlierbach.

Ihr Zeichen Dr.M./N.

Ihre das Vermögen betreffenden Fragen beantworte ich wie folgt :

Zu I. Nach dem Vermögenssteuerbescheid 1945 ausgestellt vom Finanzamt Heidelberg am 4.1.1946 beträgt das steuerpflichtige Vermögen von Professor Dr.Krauch RM 383.000.--

In diesem steuerpflichtigen Vermögen ist auch das Vermögen der Ehefrau Krauch enthalten.

Zu II. Hierbei sind steuerpflichtige Beträge abgezogen

a) für den Steuerpflichtigen selbst	RM 10.000.--	
b) für die Ehefrau Krauch	" 10.000.--	
c) für vier Kinder	" 40.000.--	RM 60.000.--

Ohne diese Abzüge würde also das steuerpflichtige Vermögen RM 443.000.-- betragen haben.

Zu III u. Das gegenwärtige tatsächliche Vermögen von Prof.Dr.Krauch

IV. (ohne das Vermögen der Ehefrau und ohne die Sparkassenbeträge der Kinder) setzt sich wie folgt zusammen :

1.) Grundvermögen

a) Wohnhaus mit Garten in Heidelberg-Schlierbach, Im Lindenried 23. Der Einheitswert beträgt Eine Belastung besteht nicht.	RM 91.450.--
b) 1/3 Anteil an dem erbengemeinschaftlichen Besitz eines Wohnhauses in Cappel bei Öhringen in Wttbg. Der Einheitswert des <u>ganzen</u> Besitzes beträgt Eine Belastung besteht nicht.	RM 13.200.--

./.

2.) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen.

1/2 Anteil an dem landwirtschaftlichen Besitz Falkenhof in Falkengesäss, Landkreis Erbach.

Der Einheitswert des ganzen landwirtschaftlichen Besitzes beträgt
Auf dem Falkenhof ruht keine Belastung.

RM 46.200.--

3.) Betriebsvermögen besteht nicht.

4.) Kapitalvermögen.

a) Kapitalforderungen

Es könnten Tantièmeforderungen gegenüber Firmen für das Jahr 1944 bestehen, deren Aufsichtsrat Herr Prof. Krauch angehört hat, insbesondere gegenüber der I.G. Farbenindustrie.

Wenn diese Tantièmen in der gleichen Höhe wie 1943 bezahlt werden, wäre der Forderungsbetrag

RM 124.731.65

Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass derartige Nachzahlungen geleistet werden. Insbesondere wird die I.G. infolge der Maßnahmen der Militärregierung durchaus daran gehindert sein, eine Tantième für 1944, die bei Angleichung an die von 1943

RM 115.251.54

betragen würde, zu leisten.

b) Die Bank- und Postscheckguthaben betragen

RM 26.811.24

Dazu kommen noch nicht eingelöste Reichsbankschecks in Höhe von

RM 30.000.--

Ausserdem hat Herr Prof. Dr. Krauch eine Lebensversicherung über den Betrag von

RM 200.000.-- |

bei der Karlsruher Lebensvers. Bank. Der Betrag ist an sich zum Jahre 1947 zur Zahlung fällig. Prämien sind aber nur bis einschl. Dezember 1944 gezahlt. Der Rückkaufswert dürfte ca
betragen.

RM 137.000.--

Der Kassenbestand des Gutes Falkenhof beträgt z.Zt.

RM 26.728.--

c) Die Wertpapiere und ihr Nennwert ergeben sich aus der Anlage. Ein Kurswert kann z.Zt. nicht angegeben werden, da für die meisten der genannten Wertpapiere ein Kurswert nicht besteht.

d) G.m.b.H.-Anteile sind nicht vorhanden.

5.) Sonstiges Vermögen.

Die Einrichtung des Hauses in Heidelberg-Schlierbach ist mit RM 150.000.-- feuerversichert.

Auch der Wert der im Haus befindlichen Gegenstände dürfte dieser Feuerversicherungssumme entsprechen, jedoch müsste darauf hingewiesen werden, dass viele Gegenstände der Ehefrau Krauch gehören. Man wird den Wert der letzteren Gegenstände mit mindestens RM 50.000.-- ansetzen müssen, so dass für Prof.Dr. Krauch selbst

RM 100.000.--

verbleiben.

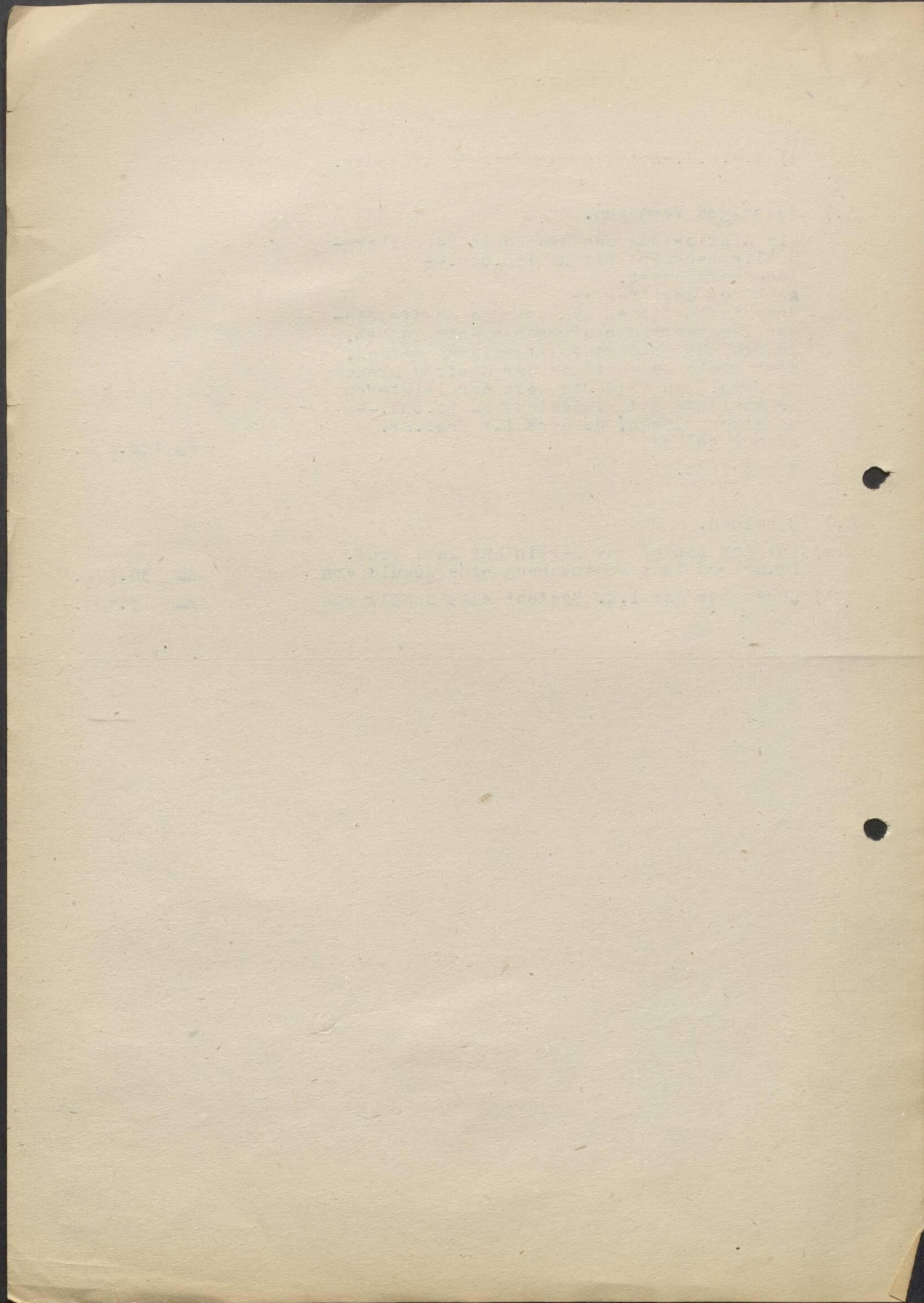
6.) Schulden.

a) Bei der Länderbank Berlin hat Herr Prof. Dr.Krauch laut Kontoauszug eine Schuld von

RM 38.272.60

b) Gegenüber der I.G. besteht eine Schuld von

RM 3.000.--



Immer H. H. Krause

Stuttgart

3.9.1946

5.9.46

44

Dr.H./De

Herrn

Direktor K i m m e r l e
Landeswirtschaftsamt

Persönlich

S t u t t g a r t

Sehr verehrter Herr Dr. Zimmerle!

Ich kann Sie leider nicht persönlich aufsuchen, da ich im Länderrat durch eine Sitzung des Sozialversicherungsausschusses, dem ich anhöre, festgehalten bin. Ich bin mehrere Tage in Stuttgart und habe überaus viel zu erledigen auch für meine Zeitschrift "Der Betriebs-Be-rater", von der ich Ihnen eine Sondernummer, die die Zonenprobleme behandelt, überbringen lasse.

Bitte, unterstützen Sie meine weitgehend im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeit durch eine Benzin-Zuteilung. Ich könnte sonst nicht einmal nach Heidelberg zurückfahren. Über meine Tätigkeit ist ja auch Herr

Dr. V e i t h : genau im Bilde.

Herrn K., den ich jetzt öfter sehe, geht es den Umständen nach gut. Er soll vorläufig in Heidelberg bleiben. Auch sein Spruchkammerverfahren soll in Heidelberg und nicht etwa auf dem Lande durchgeführt werden, was ich für einen Vorzug halte, da man auf dem Lande den Fall gar nicht verstehen wird. Hinsichtlich der sonst schwebenden weiteren Dinge wird wohl innerhalb des nächsten Vierteljahres eine Entscheidung fallen. Ich glaube hoffen zu dürfen, dass der Kelch an ihm vorübergehen wird.

Mit verbindlichem Dank und besten Grüßen, auch
von Fräulein B e t h e ,
bin ich

Ihr ergebener

27. August 1946.

An den

Dr.H./Di.

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer des Stadtkreises Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Prof.Dr.Carl K r a u c h - Heidelberg-Schlierbach.

Ihr Zeichen : Dr.M./N.

Auf Ihre Zuschrift vom 20.August 1946 teile ich mit,
dass Herr Prof.Dr.Carl K r a u c h sich z.Zt.im Kranken-
haus Speyerershof in Heidelberg befindet. Anfang September
wird Herr Prof.Dr.Krauch wieder in die Ludolf-Krehl-Klinik,
Abteilung von Prof.Dr.Siebeck übersiedeln, um sich dort
einer weiteren ärztlichen Behandlung zu unterziehen, die
längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Die C.I.C. ist un-
terrichtet und einverstanden. Jedenfalls ist nicht beab-
sichtigt, dass Herr Prof.Dr.Krauch in den nächsten Monaten
den Bereich von Heidelberg verlässt.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

① ② ③ ④ ⑤ ⑥ ⑦ ⑧ ⑨ ⑩ ⑪ ⑫ ⑬ ⑭ ⑮ ⑯ ⑰ ⑱ ⑲ ⑳ ㉑ ㉒ ㉓ ㉔ ㉕ ㉖ ㉗ ㉘ ㉙ ㉚ ㉛ ㉜ ㉝ ㉞ ㉟ ㊱ ㊲ ㊳ ㊴ ㊵ ㊶ ㊷ ㊸ ㊹ ㊺ ㊻ ㊼ ㊽ ㊾ ㊿

27. August 1946.

An den

Dr.H./Di.

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer des Stadtkreises Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Prof.Dr.Carl K r a u c h - Heidelberg-Schlierbach.

Ihr Zeichen : Dr.M./N.

Auf Ihre Zuschrift vom 20.August 1946 teile ich mit,
dass Herr Prof.Dr.Carl K r a u c h sich z.Zt.im Kranken-
haus Speyerershof in Heidelberg befindet. Anfang September
wird Herr Prof.Dr.Krauch wieder in die Ludolf-Krehl-Klinik,
Abteilung von Prof.Dr.Siebeck übersiedeln, um sich dort
einer weiteren ärztlichen Behandlung zu unterziehen, die
längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Die C.I.C. ist un-
terrichtet und einverstanden. Jedenfalls ist nicht beab-
sichtigt, dass Herr Prof.Dr.Krauch in den nächsten Monaten
den Bereich von Heidelberg verlässt.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

1945

1945

1945

1945

1945

1945

1945

1945

1945

1945

An den

Dr.H./Di.

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer des Stadtkreises Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Prof.Dr.Carl K r a u c h, Heidelberg-Schlierbach.
Ihr Zeichen M./N.

Die in Ihrem Schreiben vom 20.August gestellten Fragen beantwortete ich wie folgt :

Zu 1.) a) Nein.

b) Nein.

c) Nein.

d) Nein.

e) Nein .

f) Nein. Ich verweise hierzu noch auf die Ausführungen meines Schriftsatzes vom 15.Juli ds.Jrs. Ziff. 2.) unter b).

g) Nein.

h) Nein.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

1. A. 11.

1. A. 11.

offenbar ist, dass bei der

offenbar ist, dass bei der

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

Die in 1. A. 11. angeführten von 1. A. 11. angeführten

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

1. A. 11.

An den

Dr.H./Di.

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer des Stadtkreises Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Prof.Dr.Carl K r a u c h, Heidelberg-Schlierbach.
Ihr Zeichen M./N.

Die in Ihrem Schreiben vom 20.August gestellten Fragen beant-
worte ich wie folgt :

Zu 1.) a) Nein.

b) Nein.

c) Nein.

d) Nein.

e) Nein .

f) Nein. Ich verweise hierzu noch auf die Ausführungen meines Schriftsatzes vom 15.Juli ds.Jrs. Ziff. 2.) unter b).

g) Nein.

h) Nein.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

1944.11.11.

an den

offiziellen Stellen der

Verwaltung der Reichsregierung

Mein Herr

Sehr geehrter Herr

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit

mitzuteilen

das ich die Ehre habe, Sie zu

empfangen zu dürfen

zu dem Zweck

zu kommen

zu sein

zu sein

zu sein

Ich bitte Sie, mir

zu schreiben, ob

ich Sie

sehen darf

mit besten Grüßen

Mit freundlichen

27/8.16

Der gütige Fräulein Herrin

auf dem Haus in Dassel rufen keine Bekämpfung;

der Falkenfang war kein Erfolg.

Die anderen Aufgaben (Kampfsaint Falkenfang

und Fingerringe 2. Kinderspiele) folgen morgen.

Mein freundliches Grüßen

Von Herrn Herrin

Gemeinde

, den

193

teilung

an

in

Betreff:

Genehmigung

der

Heidelberg, den 27. August 1946.

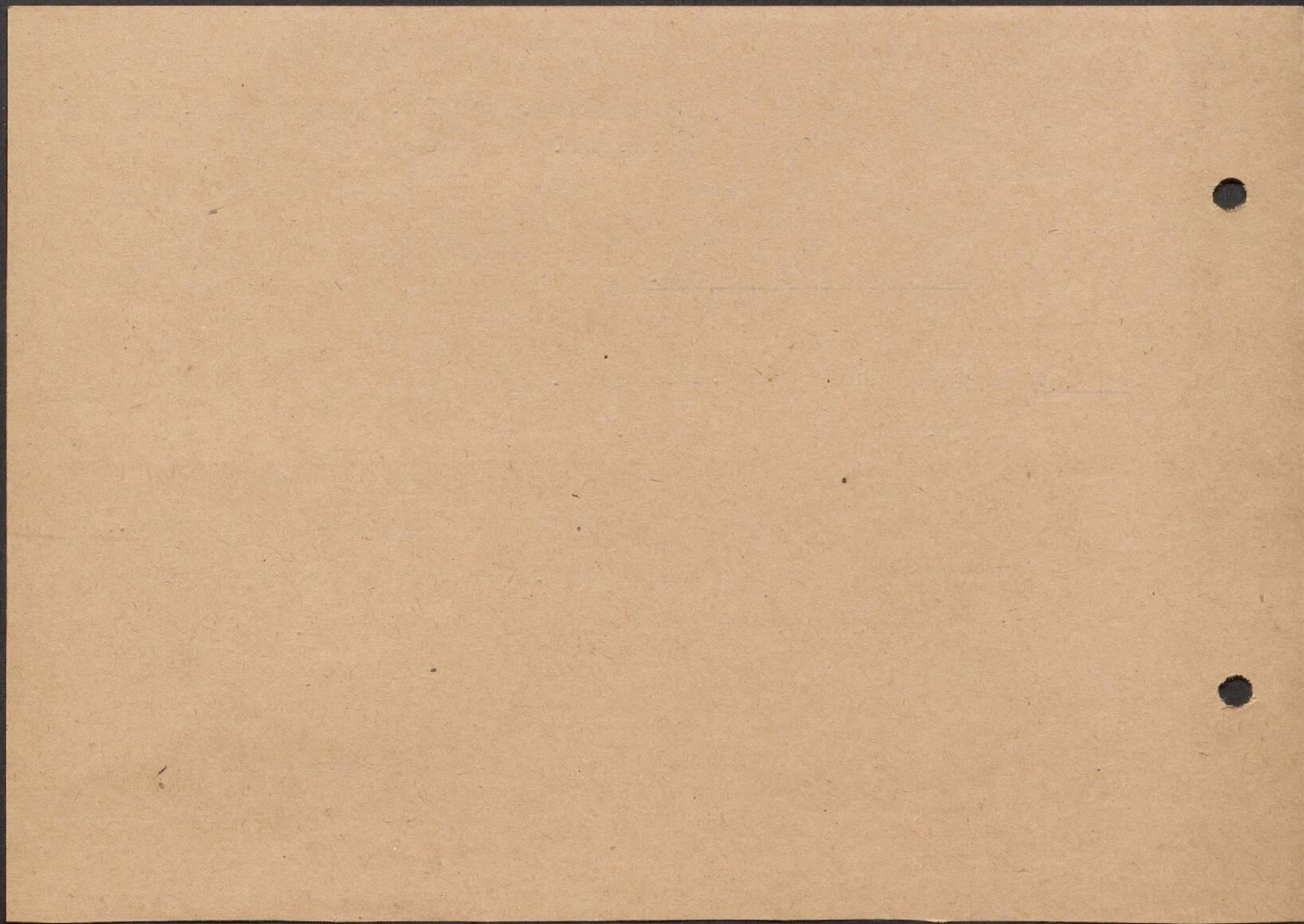
Dr.H./Di.

A k t e n n o t i z .

Betr.: Angelegenheit Prof.Dr.Krauch.

Konferenz mit Frl.Bethge.

Die Fragen der Spruchkammer wurden eingehend besprochen. Zwei Fragebogen wurden beantwortet. Der Vermögensfragebogen wurde entworfen. Frl.Bethge wird ihn noch ergänzen.



22. August 1946.

Fräulein

Ilse B e t h g e

H e i d e l b e r g

Kapellenweg 11

Dr.H./Di.

Sehr geehrtes Fräulein Bethge !

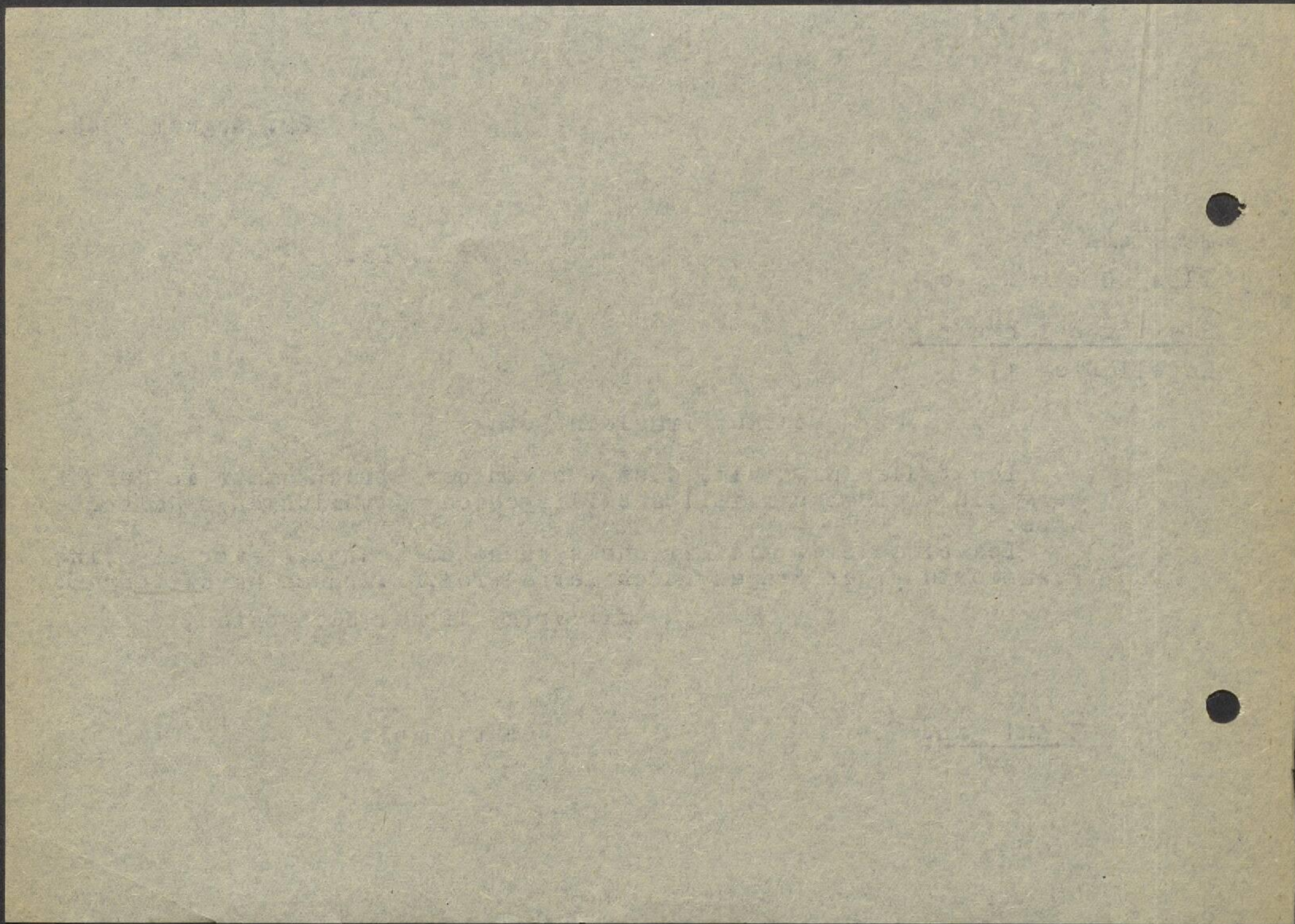
Ich teile Ihnen mit, dass ich von der Spruchkammer in Heidelberg die drei abschriftlich beiliegenden Mitteilungen erhalten habe.

Ich bitte Sie, mit mir Rücksprache zu nehmen, bevor Sie eine Beantwortung der Fragen durch Herrn Prof.Dr.Krauch herbeiführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

3 Anlagen.

Rechtsanwalt.



22. Aug. 1946

SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 20. August 1946
Dr. M./N.

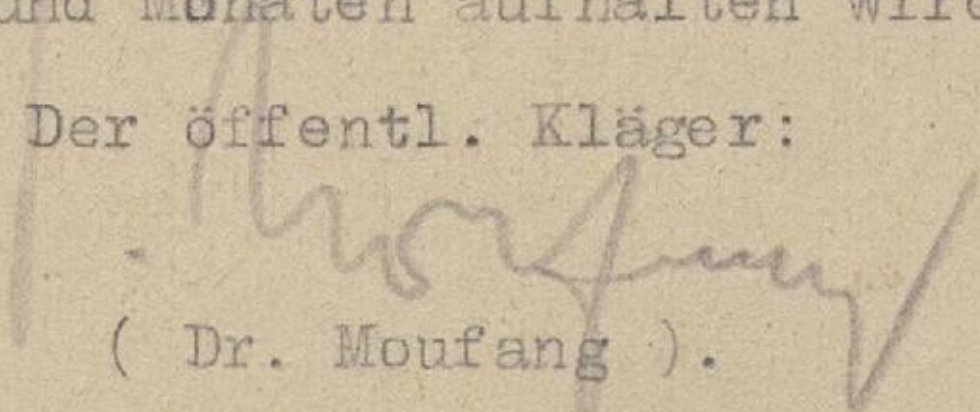
Herrn
Rechtsanwalt Dr. Heimerich

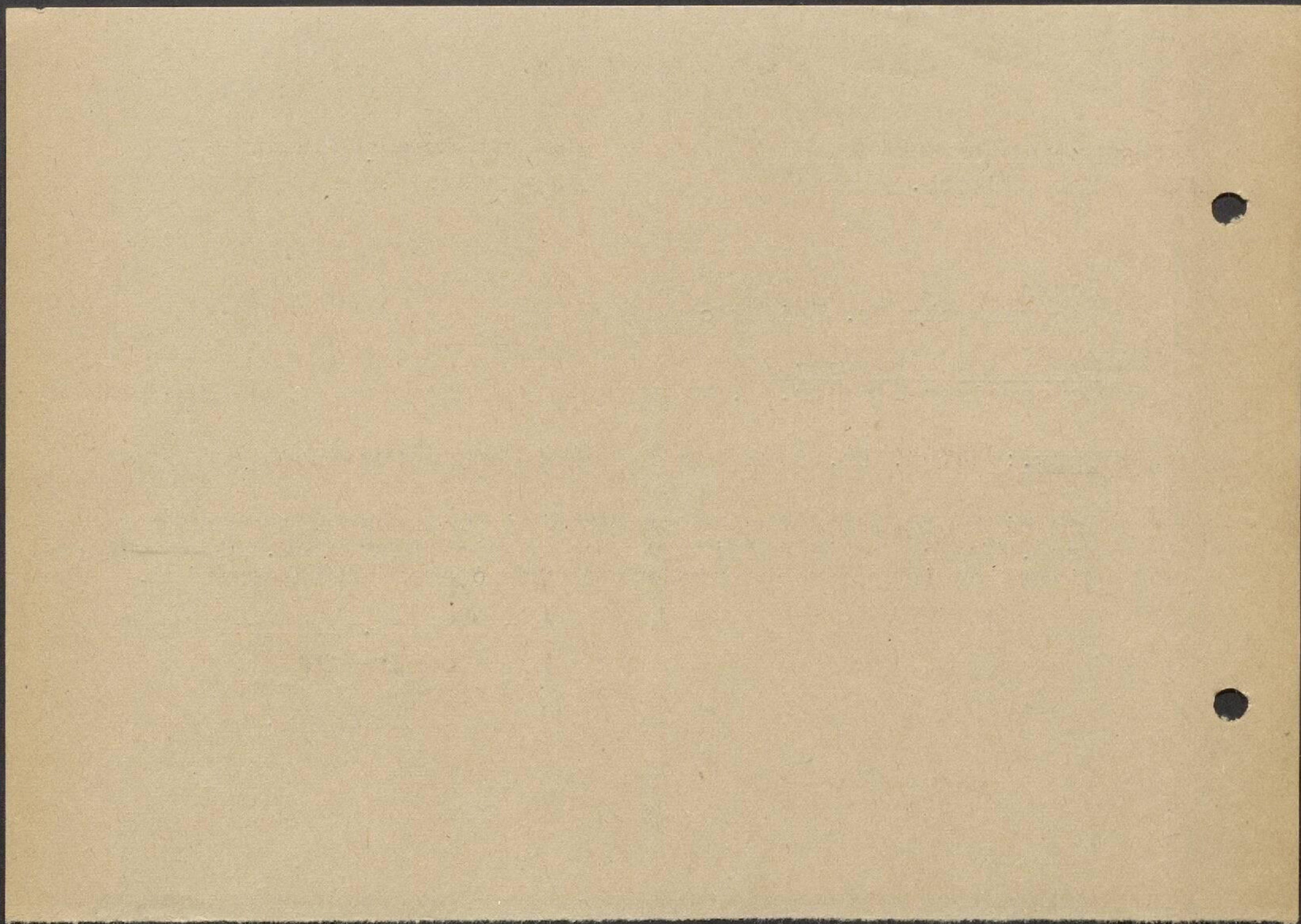
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr. 4.

Betr.: Prof. Dr. Carl K r a u c h, Heidelberg Schlierbach

Ich bitte um Bekanntgabe des derzeitigen Aufenthalts des Herrn Prof. Krauch sowie um Mitteilung, wo sich Herr Prof. Krauch voraussichtlich in den nächsten Wochen und Monaten aufhalten wird.

Der öffentl. Kläger:


(Dr. Moufang).



A b s c h r i f t .

Spruchkammer Heidelberg

den 20. August 1946

Der öffentl. Kläger

Dr.M./N.

Herrn

Rechtsanwalt Dr.Heimerich

H e i d e l b e r g

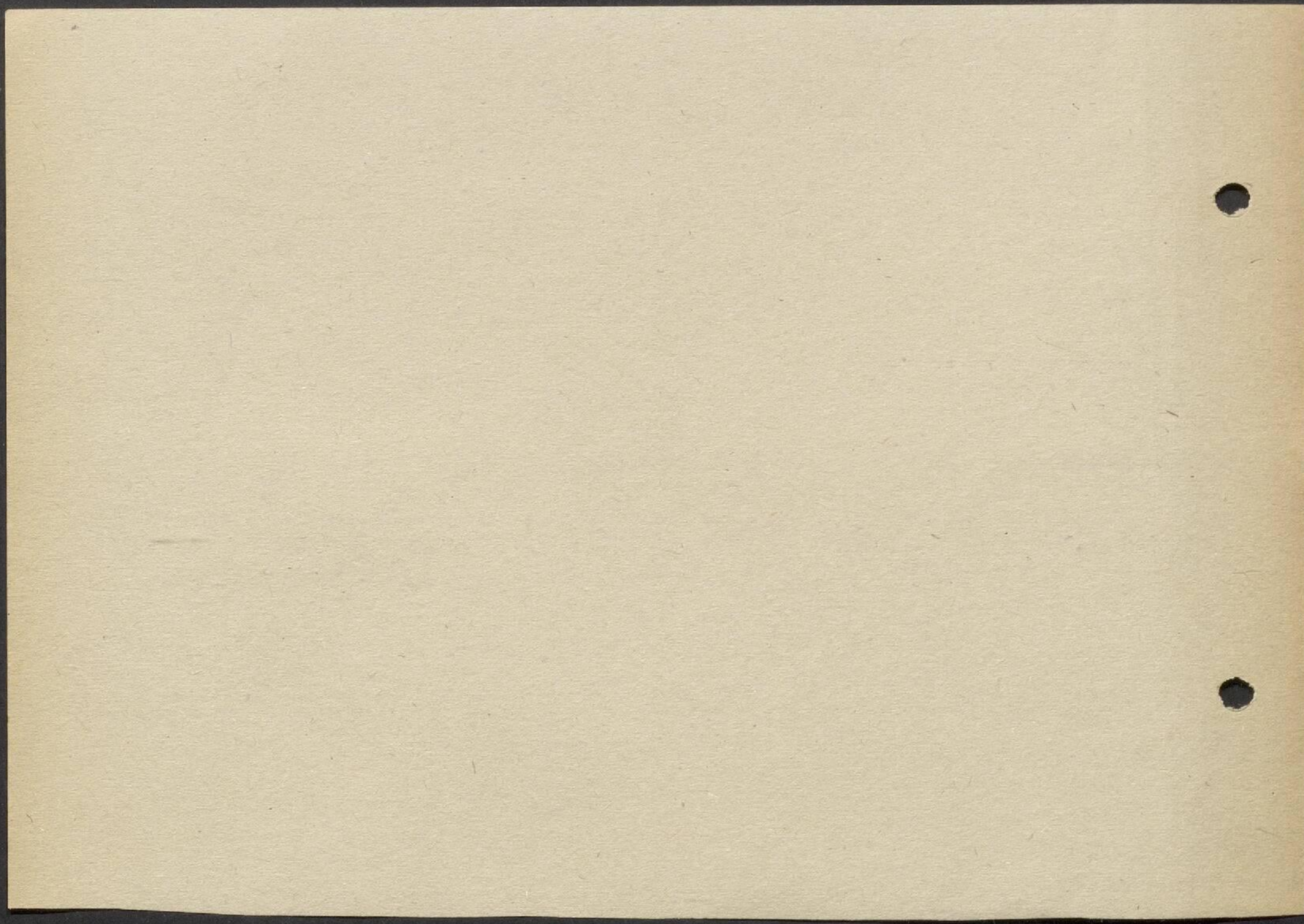
Neuenheimerlandstr. 4

Betr.: Prof.Dr.Carl K r a u c h, Heidelberg-Schlierbach

Ich bitte um Bekanntgabe des derzeitigen Aufenthalts des Herrn Prof. Krauch sowie um Mitteilung, wo sich Herr Prof.Krauch voraussichtlich in den nächsten Wochen und Monaten aufhalten wird.

Der öffentl. Kläger

gez.Dr.Moufang



22. Aug. 1946

SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 20. August 1946
Dr.M./N.

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Heimerich

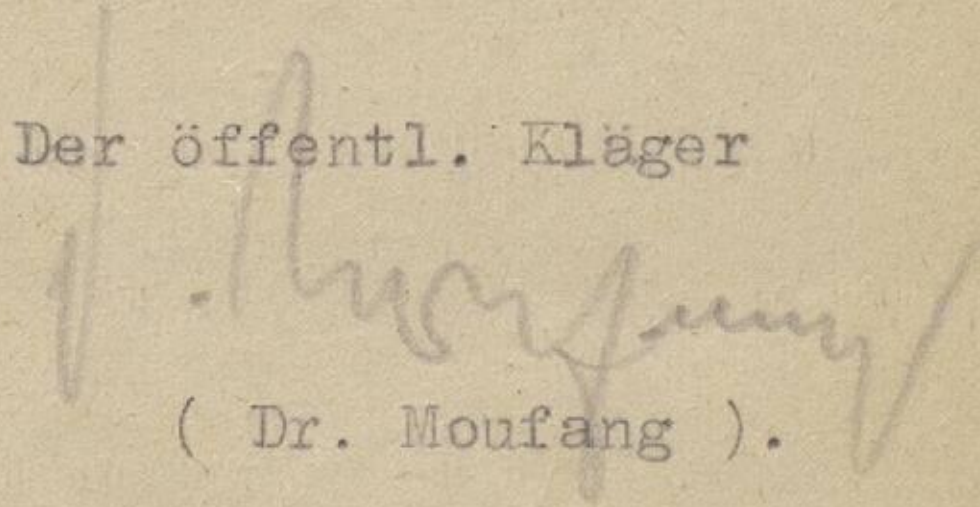
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4.

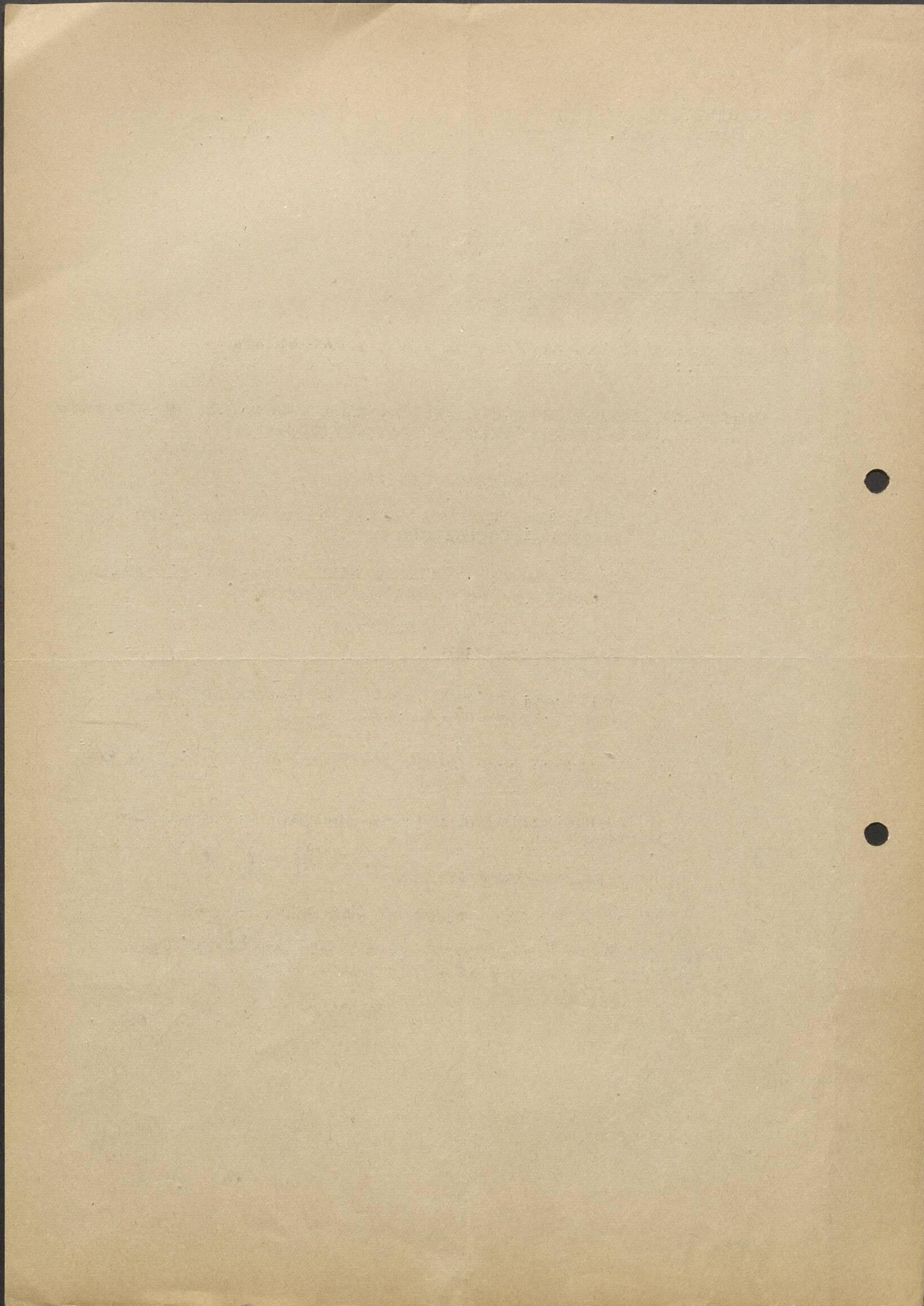
Betr.: Professor Dr. Carl K r a u c h, Heidelberg

In Ergänzung Ihrer bisherigen Ausführungen werden Sie um die ausdrückliche Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- 1.) War Herr Prof. Krauch jemals
 - a) Leiter oder stellv. Leiter einer Reichs-oder Gauwirtschaftskammer?
 - b) Vorsitzender, Präsident oder stellv. Leiter einer Reichsgruppe der gewerbl. Wirtschaft?
 - c) Vorsitzender, Präsident oder stellv. Leiter einer Wirtschaftsgruppe?
 - d) Vorsitzender, Präsident oder stellv. Leiter einer Reichsvereinigung ?
 - e) Präsident oder Geschäftsführer des Werberats der Deutschen Wirtschaft ?
 - f) Reichskommissar für die Rohstoff-u. Industrieversorgung ?
 - g) Gauwirtschaftsberater ?
 - h) Mitglied der Deutschen Akademie München ?
- 2.) Hat Herr Prof. Krauch jemals ein Amt oder einen Rang in der NSV oder DAF bekleidet ?

Der öffentl. Kläger


(Dr. Moufang).



Abschrift

SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 20. August 1946
Dr. M./N.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Heimerich

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

Betr.: Professor Dr. Carl K r a u c h , Heidelberg

In Ergänzung Ihrer bisherigen Ausführungen werden Sie um die ausdrückliche Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1.) War Herr Prof. Krauch jemals

- a) Leiter oder stellv. Leiter einer Reichs- oder Gauwirtschaftskammer?
- b) Vorsitzender, Präsident oder stellv. Leiter einer Reichsgruppe der gewerbl. Wirtschaft?
- c) Vorsitzender, Präsident oder stellv. Leiter einer Wirtschaftsgruppe?
- d) Vorsitzender, Präsident oder stellv. Leiter einer Reichsvereinigung?
- e) Präsident oder Geschäftsführer des Werberats der Deutschen Wirtschaft?
- f) Reichskommissar für die Rohstoff- u. Industrieversorgung?
- g) Gauwirtschaftsberater?
- e) Mitglied der Deutschen Akademie München?

2.) Hat Herr Prof. Krauch jemals ein Amt oder einen Rang in der NSV oder DAF bekleidet?

Der öffentl. Kläger
gez. Dr. Moufang

Abstract

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

1967

22. Aug. 1946

SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 20. August 1946
Dr.M./N.

Herrn
Rechtsanwalt Dr.H. Heimerich

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr.4.

Betr.: Prof. Dr.Karl K r a u c h, Heidelberg - Schlierbach
Im Lindenried 23

Sie werden gebeten über das Vermögen des Obengenannten folgende Fragen zu beantworten:

- I. Wie hoch ist das jetzige steuerpflichtige Vermögen des Herrn Prof.Krauch?
- II. Sind hierbei die steuerfreien Beträge bereits abgezogen und in welcher Höhe ?
- III. Wie hoch ist das gegenwärtige tatsächliche Vermögen des Herrn Prof. Krauch (bei Verheiratung jedoch ohne das Vermögen der Ehefrau)?
- IV. Wie setzt sich das Vermögen im Einzelnen zusammen?
 1. Grundvermögen.

 - a) Worin besteht dasselbe im einzelnen ?
 - b) Welche Belastungen ruhen auf den einzelnen Objekten ?
 2. Betriebsvermögen

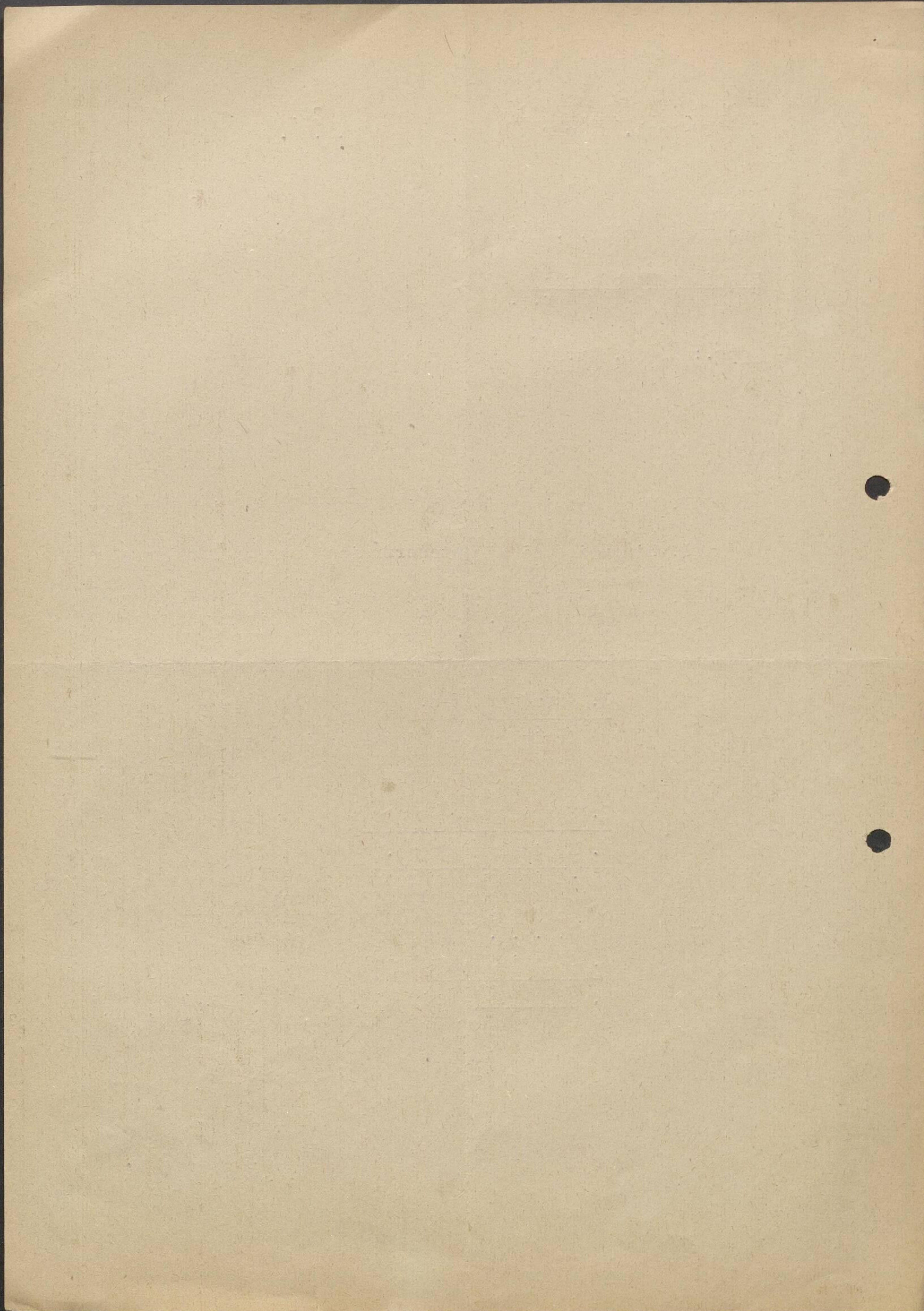
 3. Kapitalvermögen .

 - a) Kapitalforderungen
 - b) Zahlungsmittel und Guthaben
 - c) Wertpapiere (Nennwert und Kurswert)
 - d) G.m.b.H. - Anteile
 4. Sonstiges Vermögen

 5. Schulden soweit nicht unter Ziff. 1 b bereits aufgeführt. Worin bestehen dieselben im einzelnen?

Der öffentl. Kläger:

(Dr. Moufang).



SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 20. August 1946
Dr.M./N.

Herrn
Rechtsanwalt Dr. H. Heimerich
H e i d e l b e r g
Neuenheimerlandstr. 4

Betr.: Prof. Dr. Karl K r a u c h , Heidelberg-Schlierbach
Im Lindenried 23

Sie werden gebeten über das Vermögen des Obengenannten folgende Fragen zu beantworten:

- I. Wie hoch ist das jetzige steuerpflichtige Vermögen des Herrn Prof. Krauch?
- II. Sind hierbei die steuerfreien Beträge bereits abgezogen und in welcher Höhe?
- III. Wie hoch ist das gegenwärtige tatsächliche Vermögen des Herrn Prof. Krauch (bei Verheiratung jedoch ohne das Vermögen der Ehefrau)?
- IV. Wie setzt sich das Vermögen im Einzelnen zusammen?
 1. Grundvermögen.
 - a) Worin besteht dasselbe im Einzelnen?
 - b) Welche Belastungen ruhen auf den einzelnen Objekten?
 2. Betriebsvermögen.
 3. Kapitalvermögen.
 - a) Kapitalforderungen
 - b) Zahlungsmittel und Guthaben
 - c) Wertpapiere (Nennwert und Kurswert)
 - d) G.m.b.H.-Anteile
 4. Sonstiges Vermögen
 5. Schulden, soweit nicht unter Ziff. 1 b bereits aufgeführt. Worin bestehen dieselben im Einzelnen?

Der öffentl. Kläger:
gez. Dr. M o u f a n g

199

6. August 1946.

n den

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer des Stadtkreises
Heidelberg

Dr.O./Di.

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Spruchverfahren des Herrn Prof.Dr.Carl K r a u c h.
Meldebogen-Nr. II/1475/28.

In Erledigung Ihres Ersuchens vom 1.August 1946 überreiche
ich in der Anlage eine eidesstattliche Erklärung der langjährigen
Sekretärin des Betroffenen.

Hochachtungsvoll !

1 Anlage.

Anwaltsassessor.

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Ilse B e t h g e , geboren am 16. 9. 1906 in Magdeburg, versichere hiermit an Eidesstatt was folgt:

Ich bin seit 1937 persönliche Sekretärin des Herrn Prof. K r a u c h und erinnere mich noch ganz genau daran, daß im Jahre 1938 von dem Wehrbezirkskommando IX in Berlin-Wilmersdorf die Urkunde über die Ernennung des Herrn Prof. Krauch zum Wehrwirtschaftsführer nebst der dazugehörigen Nadel übersandt wurde.

Anhand von Akten habe ich eindeutig festgestellt, daß der Zeitpunkt der Ernennung in das Jahr 1938 fällt. Daß die Ernennungsurkunde von einer militärischen Stelle kam, ist urkundlich nirgends niedergelegt, aber ein Irrtum meinerseits über diesen Punkt ist ausgeschlossen.

Heidelberg, den 5. August 1946

*Isf diese Erklärung
in Original eingereicht?* *Ilse Bethge*

7.8.46
44. *ja* *127*

Journal of the

The first day of the journey was a day of
rest and preparation. The weather was
fine and the wind was light. The
journey was made in a comfortable
stagecoach. The driver was a
man of experience and the
passengers were all well.
The journey was made in a
stagecoach. The driver was a
man of experience and the
passengers were all well.
The journey was made in a
stagecoach. The driver was a
man of experience and the
passengers were all well.

over
the

WV. 208. ✓
8. Akt. ✓
SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 1. August 1946
Dr.M./N.

3. Aug 1946

An den
öffentl. Kläger
bei der Spruchkammer

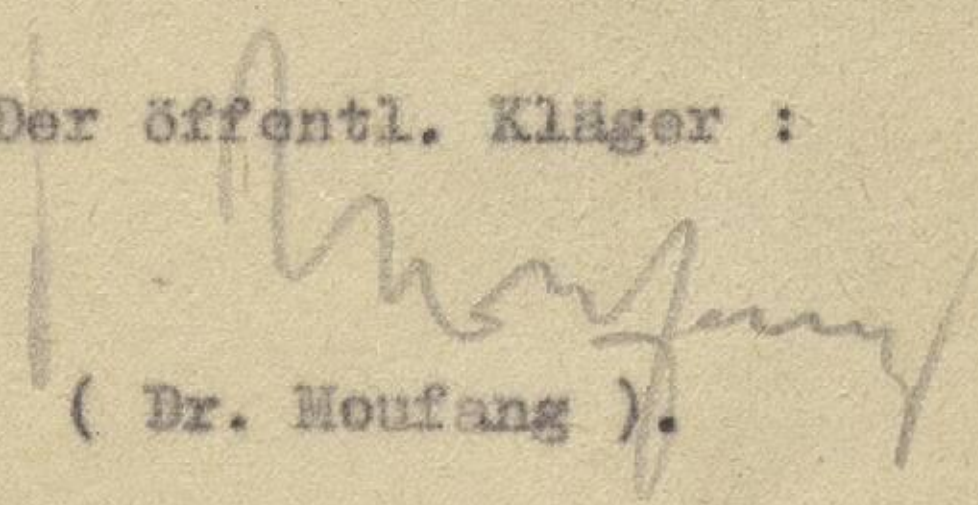
Erbach i/O.

Betr.: Prof. Dr. Karl Krauch, Heidelberg- Schlierbach
im Lindenried 23.

Zu dem dortigen Ersuchen vom 2.7.1946 nehme ich nach eingehender Prüfung des Falles wie folgt Stellung :

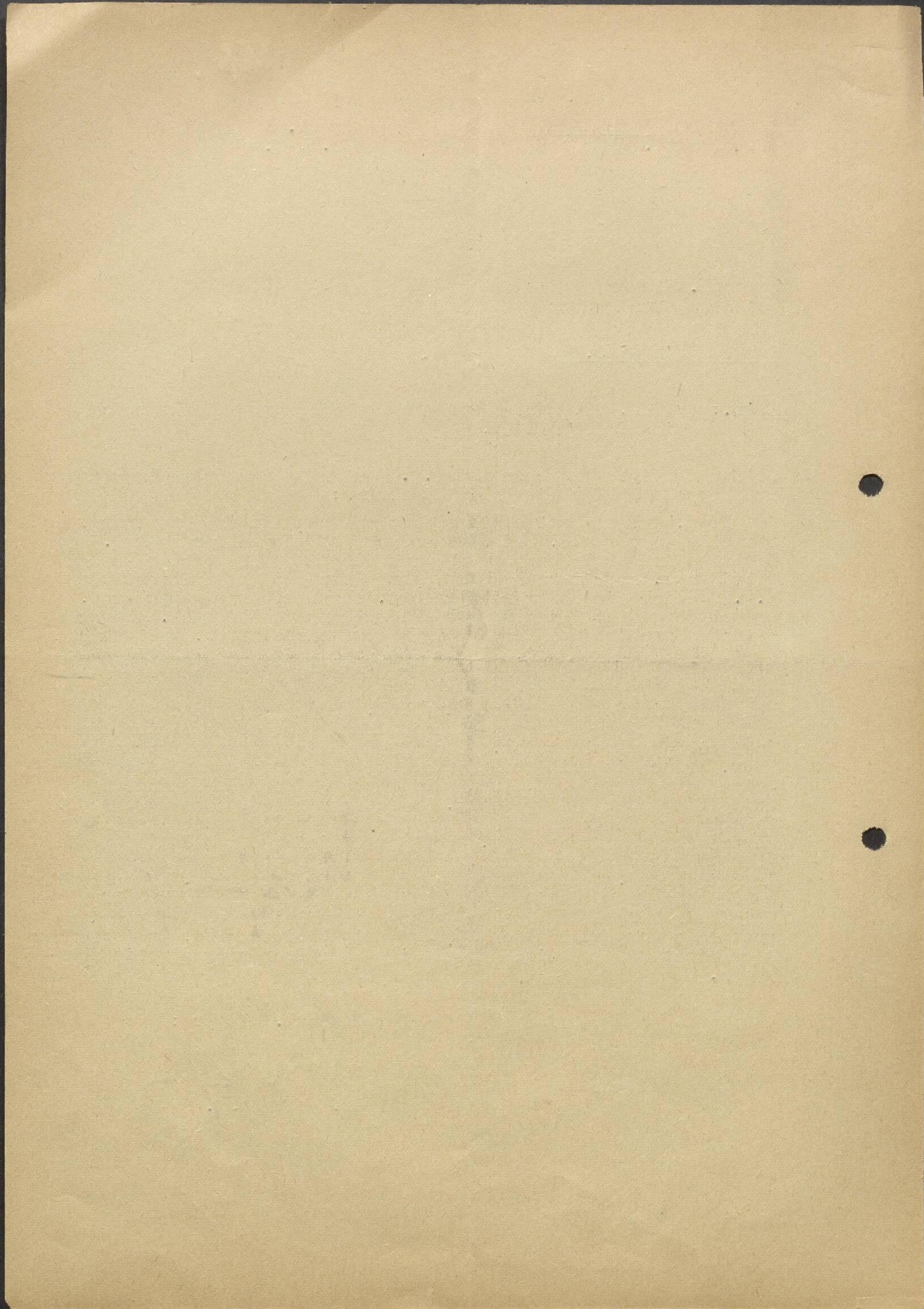
Prof. Krauch hat seinen ständigen Wohnsitz in Heidelberg. Er hat daher unterm 16. Mai 1946 seinen Meldebogen gemäss Art.3 des Gesetzes in Verbindung mit der für das Land Württemberg/Baden gültigen 1. Durchführungsverordnung über die Meldepflicht vom 5.4.1946 in Heidelberg eingereicht. Das Verfahren gegen Prof. Krauch wurde nach Eingang des Meldebogens vom öffentl. Kläger bei der Spruchkammer Heidelberg sofort eingeleitet. Es besteht daher im Sinne von Art. 29 des Gesetzes keinerlei Zweifel über die örtliche Zuständigkeit der Spruchkammer Heidelberg. Von einer ausschliesslichen Zuständigkeit der Spruchkammer Erbach kann um so weniger die Rede sein, als Prof. Krauch nicht nur seit 1926 seinen ständigen Wohnsitz in Heidelberg hat, sondern hier dauernd polizeilich gemeldet ist. Da sich das wesentliche Vermögen von Prof. Krauch in Heidelberg befindet, ist für die Steuerangelegenheiten des Herrn Prof. Krauch bisher auch nur das Finanzamt Heidelberg zuständig gewesen. Es ist natürlich, dass Herr Prof. Krauch auch einen in Heidelberg ansässigen Rechtsanwalt mit seiner Vertretung beauftragt hat. Auch der Offizier der C I C, dem die Überwachung von Herrn Prof. Krauch anvertraut ist, hat seinen Sitz in Heidelberg. Schliesslich befindet sich Herr Prof. Krauch selbst schon seit Mitte Juli mit Genehmigung der CIC in der Ludolf Krehl Klinik in Heidelberg, wo er wegen seines leidenden Gesundheitszustandes voraussichtlich längere Zeit bleiben wird. Es ist daher auch nicht zweckmässig, das hiesige Verfahren nach dorthin abzugeben.

Der öffentl. Kläger :


(Dr. Moufang).

Herrn Dr. Heinen
per post. Kenntnisnahme

zu U



SPRUCHKAMMER HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

den 1. August 1946
Dr.M./N.

3. Aug. 1946

Herrn

Dr.Dr.h.c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

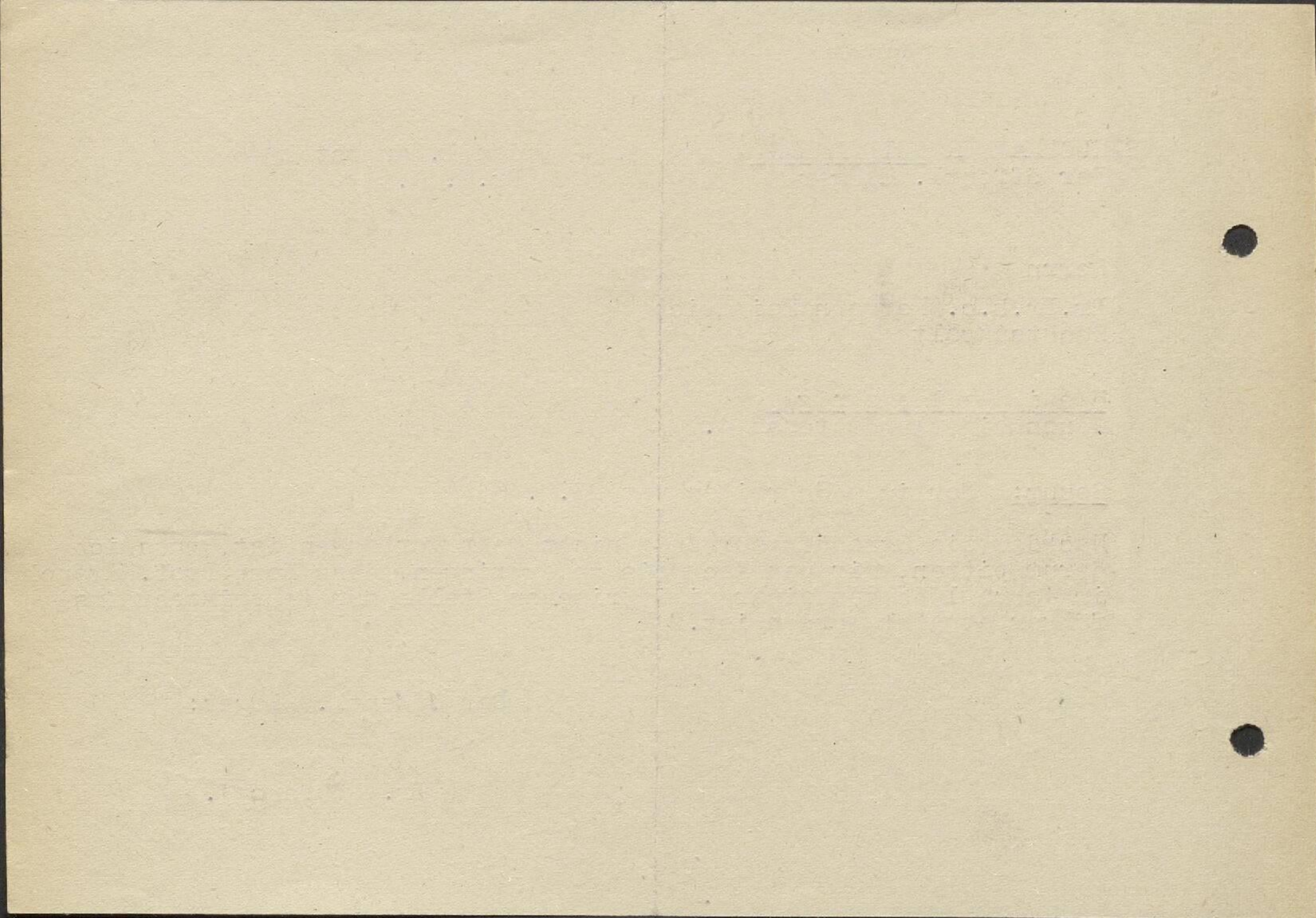
H e i d e l b e r g
Neuenheimerlandstrasse 4.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 23.7.46.

Nachdem die Ernennungsurkunde nicht mehr vorhanden ist, muss ich darum bitten, mir den Nachweis zu erbringen, dass Herr Prof. Krauch im Jahre 1938 von einer militärischen Stelle zum Wehrwirtschaftsführer ernannt worden ist.

Der öffentl. Kläger:

(Dr. Moufang).



Wv, 20.8.46 ✓

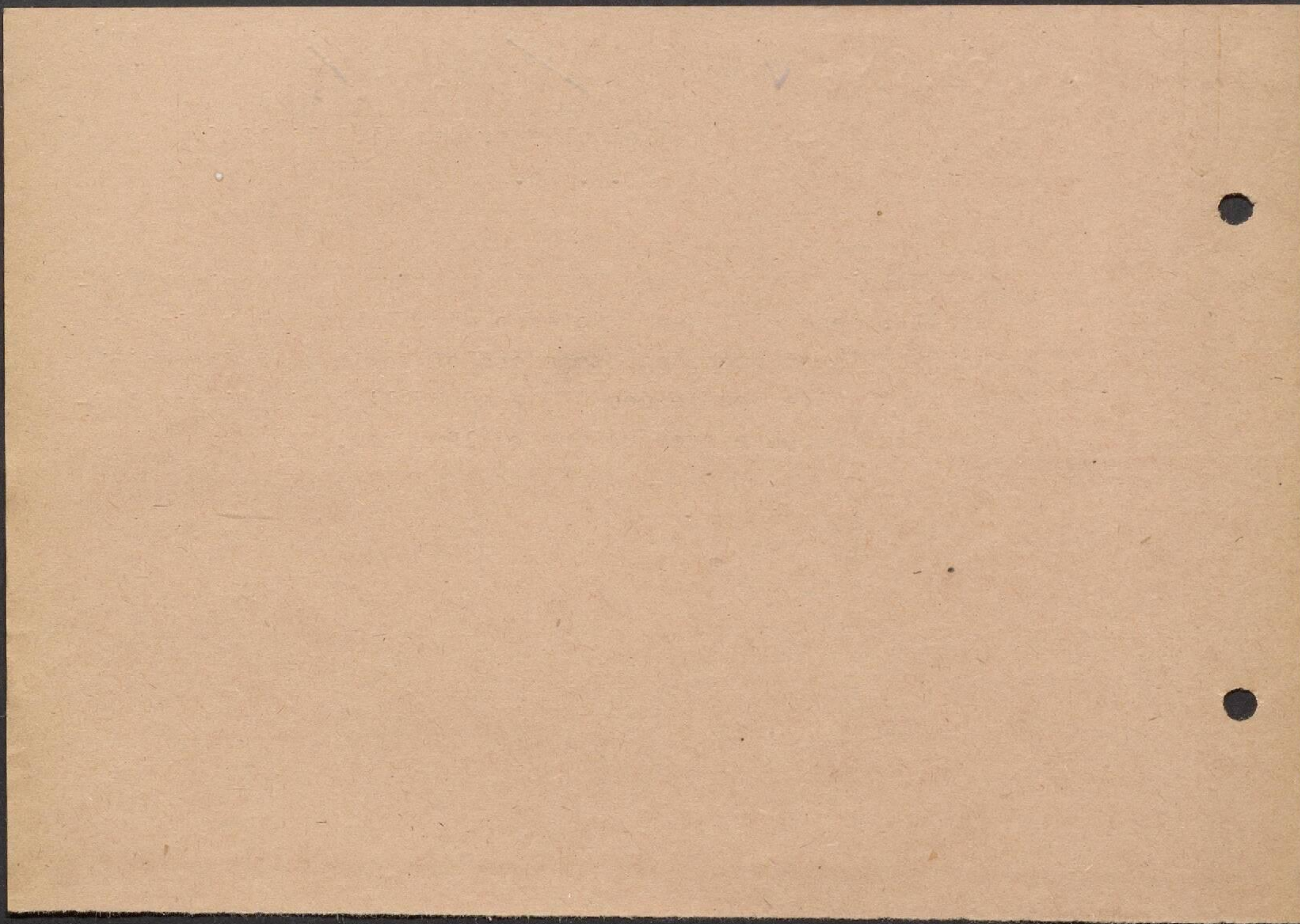
15

~~60~~ / 1992

Heidelberg, den 31. Juli 1946

Dr.H./De.

Fräulein B e t h g e hat mir gestern telefonisch mitgeteilt, dass sich Herr Professor Dr. K r a u c h in den nächsten Tagen nach dem Speyerershof begibt und dass sich der zuständige Beamte des CIC ausdrücklich mit diesem Aufenthaltswechsel einverstanden erklärt hat.



Heidelberg, 29. Juli 1946
Dr.H./Kr.

10/199X

Betr.: Akt Krauch.

Wie Fräulein Bethge mitteilt, befindet sich in Neustadt
a.d.Hardt jetzt der Rechtsanwalt Bergmann - Gorsky, der früher
in Berlin tätig war.



25. Juli 1946

Dr. H./Kr.

Fräulein
Ilse Bethge
Heidelberg
Kapellenweg 11

Sehr geehrtes Fräulein Bethge!

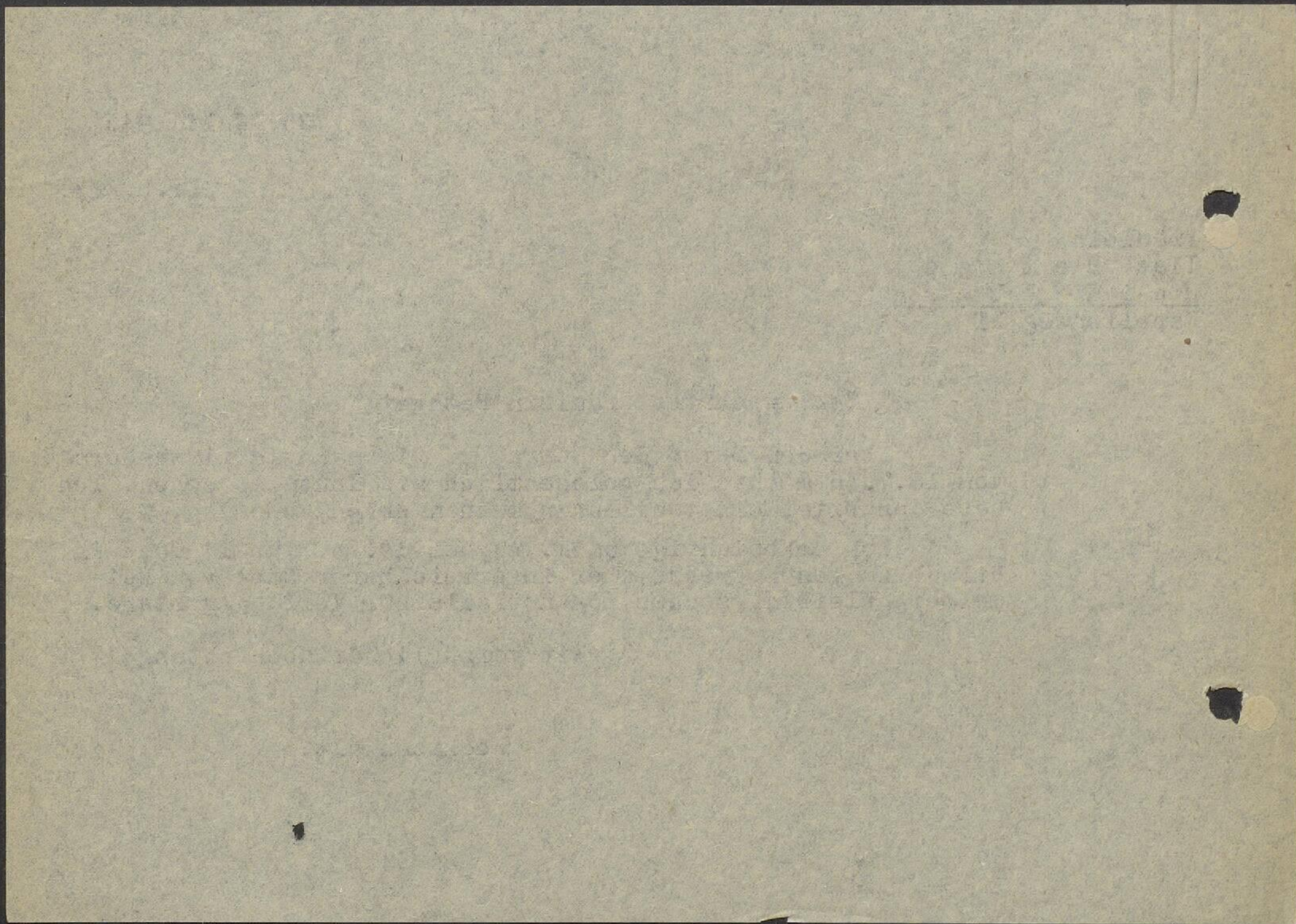
Über den Brief des Herrn Dr. Diekmann in Hirschhorn vom 18.7.46 möchte ich gelegentlich mit Ihnen sprechen. Ich habe den Brief einstweilen zu meinen Akten genommen.

Ich beabsichtige am 1. August ds.Js. für 14 Tage in Urlaub zu gehen, werde aber in erreichbarer Nähe von Heidelberg bleiben, sodass ich notfalls zur Verfügung stehe.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Rechtsanwalt.

60



Zum HRA Krauch

29.7

44

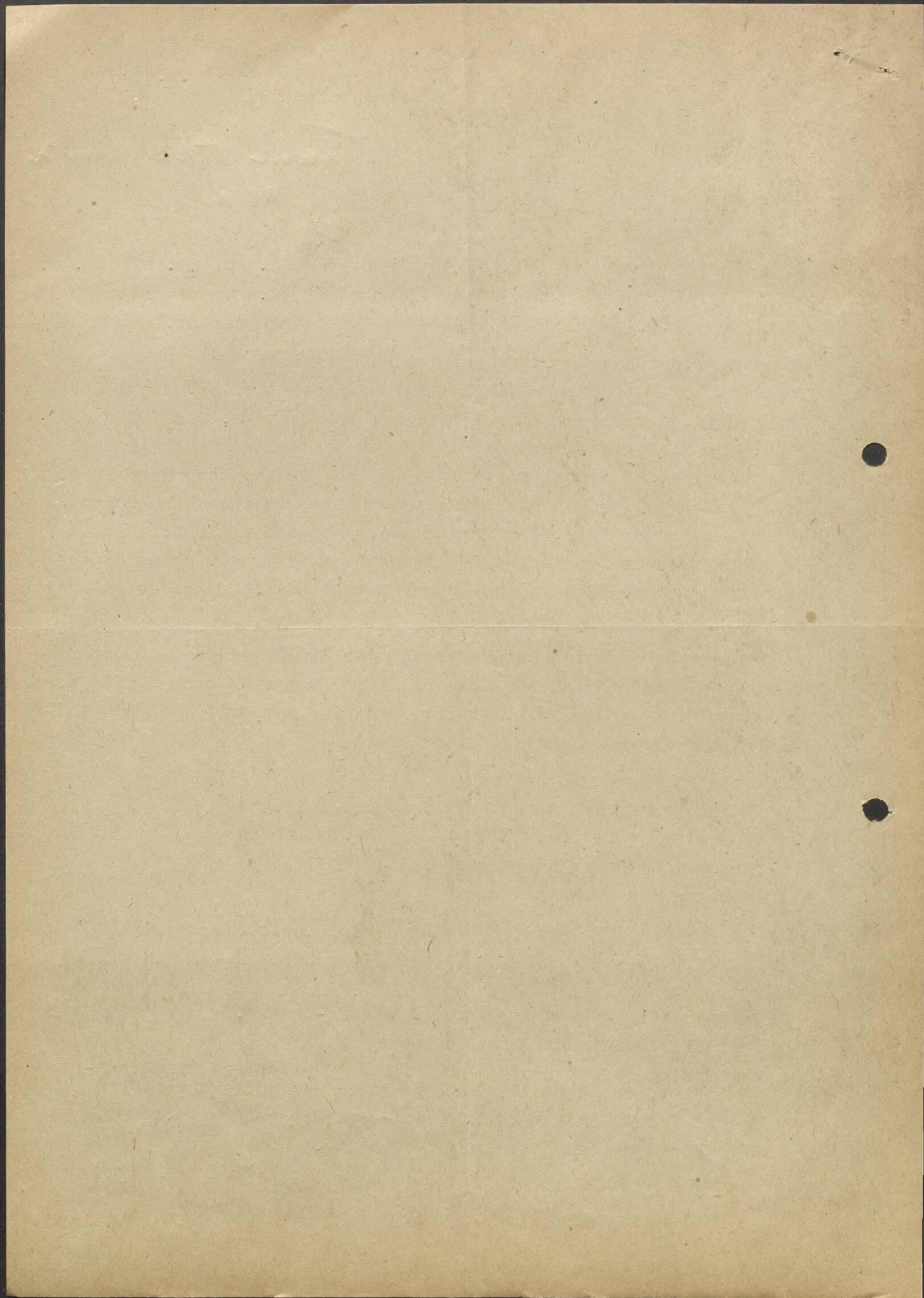
Aktenvermerk:

Über die Vorgänge, die sich in der Nacht vom 20. auf 21.Juli ds.Js. auf dem Falkenhof abgespielt haben, habe ich lt.dem beigelegten Brief vom 21.7.46 dem CIC-Heidelberg Mitteilung gemacht.

Nachdem Mr.de Capua lt.Auskunft des Sekretariats für 3 Wochen verreist sein wird, habe ich mit seinem Vertreter, Mr. W o l f , gesprochen, der seinerseits mit meinem Brief zu Mr. J a f f r a y ging, der mich anschliessend empfang und verschiedene Fragen an mich stellte, so vor allem, wie lange ich glaube, dass Herr Prof. Krauch sich im Krankenhaus aufhalten müsste, welches Krankenhaus es sei und wo es läge. Ich antwortete, dass ich die Dauer der Krankheit schwer beurteilen könnte; auf seine Frage, ob es Monate oder Wochen bzw. Tage dauern würde, antwortete ich, dass es mehrere Wochen sicher dauern würde.

Am Nachmittag erschien ein Vertreter des CIC-Heidelberg in der Klinik bei Herrn Professor Krauch; der Schilderung nach dürfte es Mr. W o l f gewesen sein. Er bat um einige Auskünfte, die im folgenden kurz zusammengefasst sind:

Art der Krankheit,
ob bereits früher Aufenthalt in der Klinik,
wo seither gelebt,
vermutliche Dauer der Krankheit,
Aufnahme der Personalien,
Werdegang bei der IG, wann Direktor, wann Vorstandsmitglied,
wann Aufsichtsratsvorsitzer,
wann Eintritt in die Partei, bei welcher Formation, ob irgendein Rang,
Tätigkeit im Vierjahresplan und als GB-Chemie,
persönliche Meinung über Göring und Hitler,
ob bereits Fragebogen wegen Amerika erhalten und wie beantwortet, ob Angebote von Frankreich und Rußland vorlägen,
welche Vermutungen bezügl.Ursache der Haussuchung a.d.Hof,
Name des Rechtsanwaltes in Heidelberg .



Im Laufe der Unterhaltung kam das Gespräch auch auf die wissenschaftlichen Arbeiten von Prof.Kr. innerhalb der IG, auf seine persönlichen Beziehungen zu Dupont und Standard Oil. Im übrigen erwähnte Prof.Kr., dass im Herbst vorigen Jahres eine amerikanische Kommission aus Frankfurt tagelang auf dem Falkenhof war, um ihn zu vernehmen, und dass die Protokolle wahrscheinlich in Frankfurt wären. Er hat ferner betont, dass er keinerlei Bezahlung durch den Staat angenommen hatte, ebenso keine Dotation und sich nicht im Staatsdienst befand. Über die Höhe seiner Beiträge an die Partei hat er auf seine Sekretärin verwiesen, da ihm dies nicht bekannt und ihm die Akten nicht zugänglich seien.

Die Besprechung dauerte von 15 - 16³⁰ h .

Deine Beschl.

There is a...

23. Juli 1946

An den

Dr.H./Kr.

Öffentlichen Kläger
der Spruchkammer Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

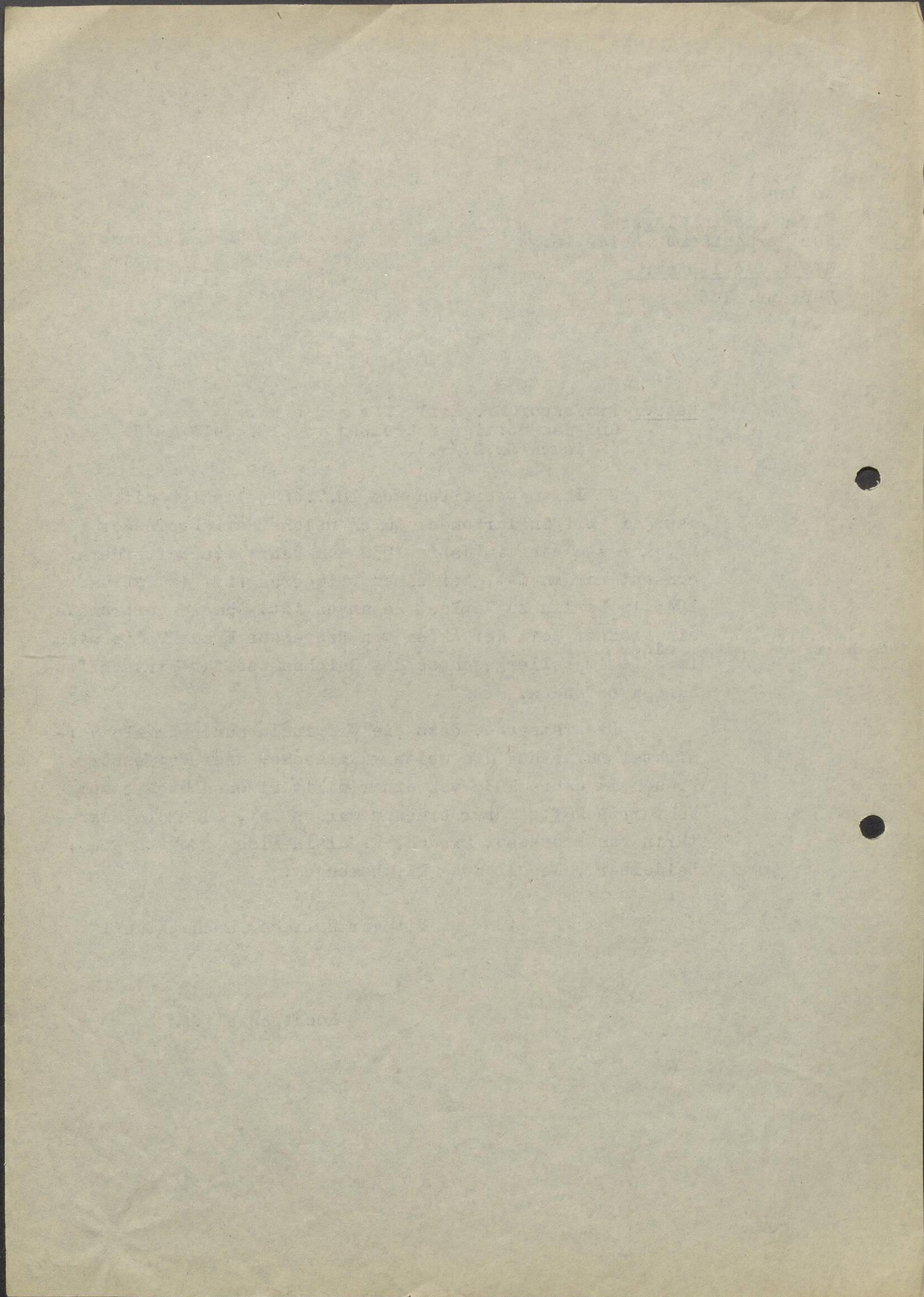
Betr.: Professor Dr. Karl K r a u c h .
und das dortige Schreiben vom 18. Juli 1946.
(Zeichen Dr.M./N.).

Zu Ihrem Schreiben vom 18.7.46 teile ich mit,
dass die Originalurkunde, durch welche Herr Professor
Dr. K r a u c h im Jahre 1938 zum Wehrwirtschaftsführer
ernannt worden ist, bei einem Fliegerangriff im Februar
1945 in Berlin zu Verlust gegangen ist. Damals verbrannte
ein grosser Teil der Akten von Professor Krauch, die sich
^{einem} in Safe im Kellergeschoss des Reichsamtes für Wirtschafts-
ausbau befanden.

Die Tatsache, dass die Originalurkunde damals ver-
nichtet wurde und die weitere Tatsache, dass Professor
Krauch im Jahre 1938 von einer militärischen Stelle zum
Wehrwirtschaftsführer ernannt worden ist, kann die Sekre-
tärin von Professor Krauch, Fräulein Ilse B e t h g e ,
Heidelberg, Kapellenweg 11, bezeugen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Rechtsanwalt.



Spruchkammer HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

Heidelberg, 18. Juli 1946.
Dr.M./N.

Herrn

Dr.Dr.h.c. Hermann H e i m e r i c h
Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim

22. Juli 1946

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

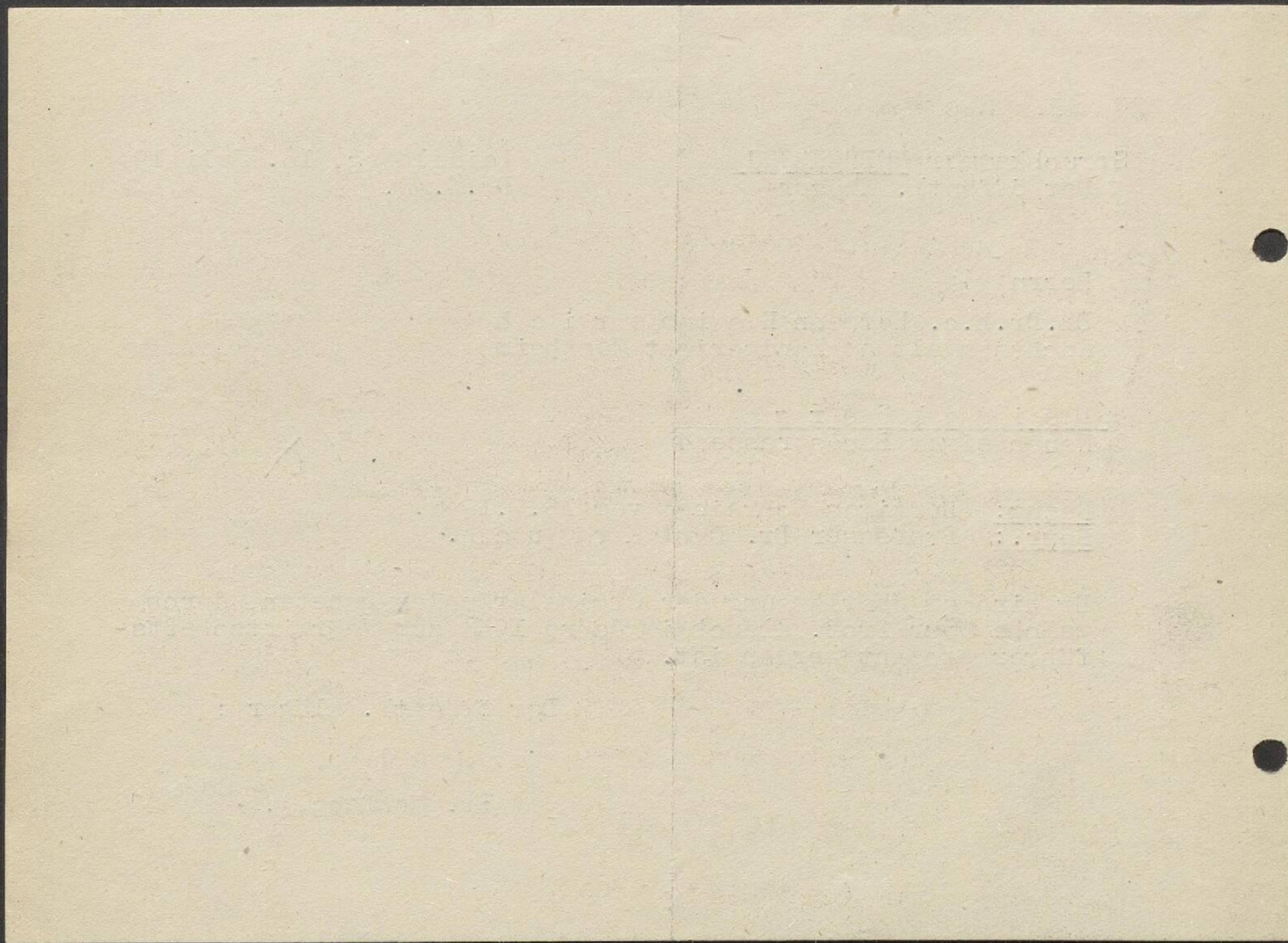
Dr./Q

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15.7.1946.
Betr.: Professor Dr. Carl K r a u c h.

Es wird um Überlassung der Originalurkunden gebeten, durch welche Herr Prof. Krauch im Jahre 1938 zum Wehrwirtschaftsführer ernannt worden ist.

Der öffentl. Kläger :

(Dr. Moufang)



Heidelberg, 21 July 1946
Kapellenweg 11

- Secretary-

To C.I.C.-Heidelberg
c/o Mr.de Capua
Heidelberg

*I von Fr. Bethge m.
übergeben*

II von H. K. K.

23-7-46

44

Re: Prof.Dr.Carl Krauch-Falkenhof

May I inform you of what has happened at the farm Falkenhof:

During the night from the 20th to the 21st of July, at 12 o'clock, American soldiers appeared in three jeeps at the Falkenhof, presumably from the Michelstadt Military Government (or CIC). They ordered all inhabitants of the farm to get up at once and to assemble in the kitchen. At first, the soldiers searched the male laborers of the farm thoroughly and made domiciliary inspection of all living- and sleeping-rooms as well as of the cellars and attiks of the farm. Closed trunks and all cupboards were opened and the contents examined.

During the domiciliary inspection, all inhabitants of the farm were interrogated individually. The interrogation of Mrs.Krauch was verbally as follows, according to information I got this afternoon from Dr.Krauch's daughter:

Question:	Are you Mrs.Krauch?
Answer:	Yes.
Question:	The wife of Dr.Carl Krauch?
Answer:	Yes.
Question:	How long have you been living here?
Answer:	Since April 1945.
Question:	Is Dr.Krauch living here too?
Answer:	Yes.
Question:	Where does he stay?
Answer:	At Heidelberg.
Question:	What is he doing at Heidelberg?
Answer:	He is ill.
Question:	What is his illness?
Answer:	He is suffering from suppuration of jaw.
Question:	What is the name of the hospital?
Answer:	Medizinische Klinik.

Question: What is the name of the doctor?
Answer: Professor Siebeck.
Question: Has Dr.Krauch the permission to leave the farm?
Answer: Yes.
Question: Who gave him the permission?
Answer: CIC-Heidelberg.
Question: CIC-Heidelberg cannot give the permission; we are living in Hessen and therefore Erbach is competent! Did he get a written permit?
Answer: Yes, I suppose.
Question: Has he been at the hospital before?
Answer: Yes, in January 1946.
Question: Dr.Krauch was a good friend of Göring, wasn't he?
Answer: No.
Question: You do know, that he was a friend of him?
Answer: No.
Question: To which organisation did he belong?
Answer: Department of the Four Year's Plan.
Question: Dr.Krauch was chairman of IG Farben?
Answer: Yes.
Question: Then he is a war-criminal, why isn't he at Nürnberg?
Answer: I have not to decide that.
Question: How long will he stay at Heidelberg?
Answer: That depends on the doctor.

Similar questions were put to the eldest son of Dr.Krauch.-
The domiciliary inspection and interrogation at the Falkenhof were finished at 2 o'clock in the morning.

I think it very likely, that all this happened by way of denunciation. At the farm, on Wednesday, July 17th, several closed wooden boxes have been broken up and their contents (mainly clothes) stolen. The thief, a farm laborer, was notified to the German Police and then arrested; he is now dismissed until further trial. A great part of the stolen goods was found in the house of an accomplice living nearby. All concerned have to expect court punishment.

Dr.C.Krauch's Secretary

Question: What is the name of the book?
Answer: The book is called "The Book of the Dead".

Question: How many pages does it have?
Answer: It has 100 pages.

Question: Who is the author?
Answer: The author is J. Edgar Hoover.

Question: When was it published?
Answer: It was published in 1930.

Question: What is the subject?
Answer: The subject is the history of the Federal Bureau of Investigation.

Question: Is it a hardcover or a paperback?
Answer: It is a hardcover.

Question: Where can I find it?
Answer: It can be found in the library.

Question: How much does it cost?
Answer: It costs \$5.00.

Question: Is it available for loan?
Answer: Yes, it is available for loan.

Question: How long can I keep it?
Answer: You can keep it for two weeks.

Question: Is there a due date?
Answer: Yes, the due date is 10/15/30.

Question: Is there a fine for late return?
Answer: Yes, there is a fine of \$1.00 per day.

20. Juli 1946

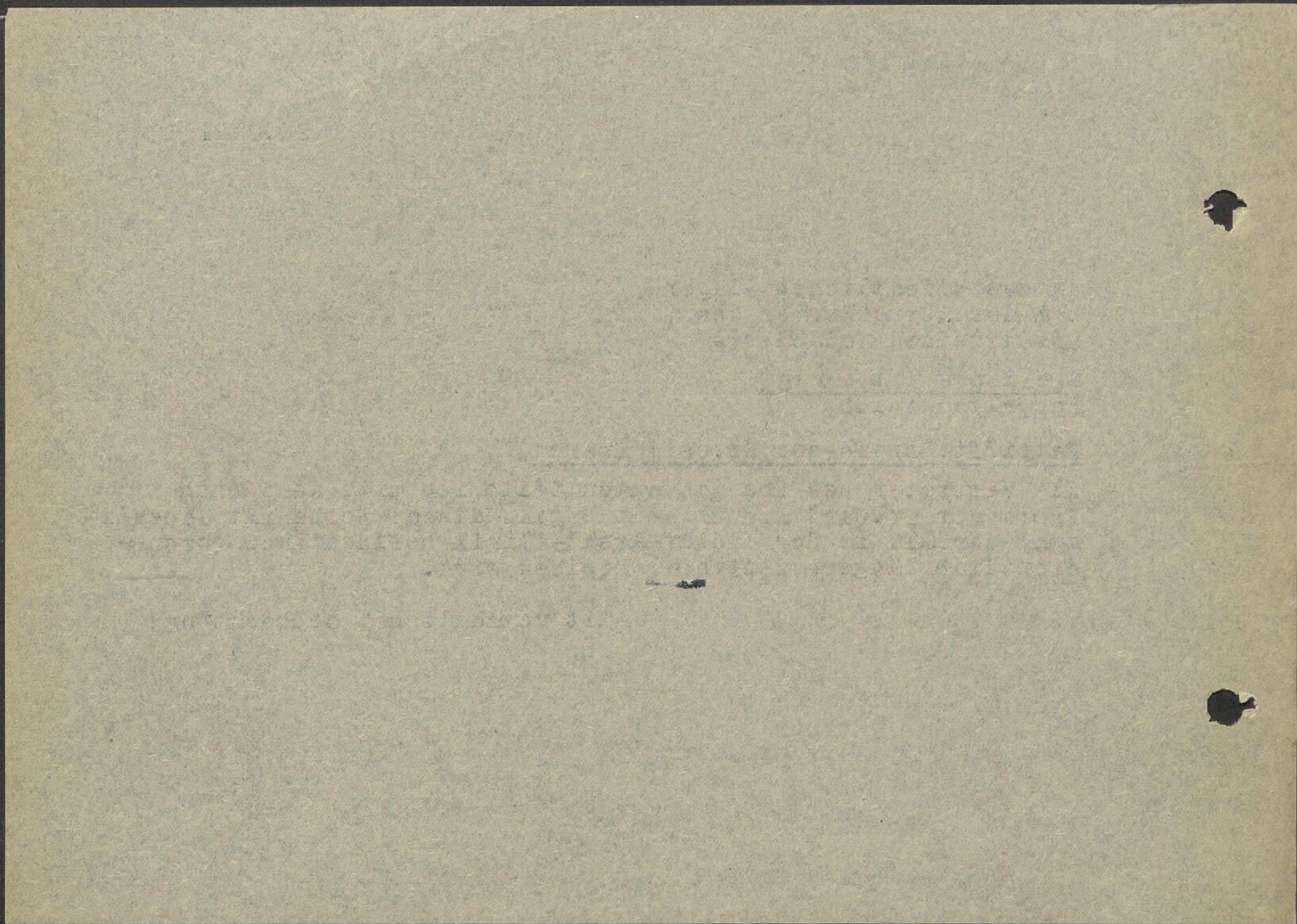
An den öffentlichen Kläger
bei der Spruchkammer des
Stadtkreises Heidelberg

Heidelberg
Bergstrasse 106

Betrifft: Professor Dr. Carl Krauch

Als Vertreter des Obengenannten teile ich mit, dass sich
Professor Dr. Carl Krauch seit Beginn dieser Woche mit Genehmi-
gung der CIC in der Rudolf-Krehl-Klinik befindet und voraus-
sichtlich längere Zeit hier bleiben wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung!



Lfd. Nr.	Einlieferungsart	Einlieferungstag	Buchstabe
----------	------------------	------------------	-----------

Meldebogen

auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von
Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 46

Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben)! Dick Umrahmtes nicht ausfüllen! Jede Frage ist zu beantworten!

Zuname K r a u c h Vorname Carl Beruf Chemiker
Wohnort Heidelberg-Schlierbach Straße Im Lindenried 23
Geburtsdatum 7.4.1887 Geburtsort Darmstadt Familienstand XXX/verheiratet/XXXXXXXXXXXX
Wohnorte seit 1933:
a) Heidelberg-Schlierbach, von bis
b) Im Lindenried 23 von bis
c) Dienstsitz seit 1937 größtenteils Berlin von bis

1.	Waren Sie jemals Angehöriger, Anwärter, Mitglied, förderndes Mitglied der:	Ja oder Nein	Höchstes Mitgliedsbeitrag monatlich RM	von	bis	Mitglieds-Nr.	höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber	Bezeichnung	von	bis	Klasse oder Teil B
a	NSDAP	ja	100,-	1937	18-	-	kein Rang oder Amt				
b	Allg. SS	nein									
c	Waffen-SS	nein									
d	Gestapo	nein									
e	SD, der SS (Sicherheitsdienst)*	nein									
f	Geheime Feldpolizei	nein									
g	SA	nein									
h	NSKK. (NS-Kraftfahr-Korps)	nein									
i	NSFK. (NS-Flieger-Korps)	ja	5,-	unbekannt			kein Rang oder Amt				
k	NSF. (NS-Frauenschaft)	nein									
l	NSDSTB. (NS-Studentenbund)	nein									
m	NSDoB. (NS-Dozentenbund)	nein									
n	HJ.	nein									
o	BdM.	nein									

* Hier ist auch nebenamtliche Mitarbeit, z. B. Vertrauensmann aufzuführen.

2. Gehörten Sie außer Ziffer 1 einer Naziorganisation gemäß Anhang zum Gesetz an? *				höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber		
	Bezeichnung	von	bis	Bezeichnung	von	bis
a	NSV	unbekannt				
b	DAF	unbekannt				
c						
d						
e						
f						
g						

* Es ist jedem freigestellt hier auch die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen nachzuweisen.

3. Waren Sie Träger von Parteiauszeichnungen (Parteiorden), Empfänger von Ehrensold oder sonstiger Parteibegünstigungen? nein
Welcher? ---

4. Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z. B. durch Zuschüsse, durch Sonderzuteilungen der Wirtschaftsgruppe, Beförderungen, UK-Stellung u. ä.)? nein

5. Machten Sie jemals finanzielle Zuwendungen an die NSDAP oder eine sonstige Naziorg.? nein

x) mit Ausnahme d. üblichen Spenden an WW u. Rotes Kreuz insgesamt RM: ---
d. Einkommensverhältnissen.

7/1475/28
Lfd. Nr.

Quittung

Bei der Lebensmittelkartenausgabe vorzuzeigen!

Vom Meldepflichtigen selbst auszufüllen und sorgfältig aufzubewahren!

Herr / Dr. K r a u c h Carl geb. am 7.4.1887
Zuname Vorname
wohnhaft in Heidelberg-Schlierbach, Im Lindenried Straße 23 hat heute auf unterzeichneter
Dienststelle seinen Meldebogen abgegeben.

Ort

Datum

Stempel und Unterschrift d. Dienststelle

21.5.1946

Lfd. Nr.	Einlieferungsart	Einlieferungstag	Buchstabe
----------	------------------	------------------	-----------

Meldebogen

auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von
Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 46

Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben)! Dick Umrahmtes nicht ausfüllen! Jede Frage ist zu beantworten!

Zuname K r a u c h Vorname Carl Beruf Chemiker
Wohnort Heidelberg-Schlierbach Straße Im Lindenried 23
Geburtsdatum 7.4.1887 Geburtsort Darmstadt Familienstand XXX/verheiratet/verwitwet/geschieden
Wohnorte seit 1933:
a) Heidelberg-Schlierbach, von bis
b) Im Lindenried 23 von bis
c) Dienstsitz seit 1937 größtenteils Berlin von bis

1.	Waren Sie jemals Angehöriger, Anwärter, Mitglied, förderndes Mitglied der:	Ja oder Nein	Höchstes Mitgliedsbeitrag monatlich RM	von	bis	Mitglieds-Nr.	höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber	Bezeichnung	von	bis	Klasse oder Teil B
a	NSDAP	ja	100,-	1937	18-	-	kein Rang oder Amt				
b	Allg. SS	nein									
c	Waffen-SS	nein									
d	Gestapo	nein									
e	SD. der SS (Sicherheitsdienst)*	nein									
f	Geheime Feldpolizei	nein									
g	SA	nein									
h	NSKK. (NS-Kraftfahr-Korps)	nein									
i	NSFK. (NS-Flieger-Korps)	ja	5,-	unbekannt			kein Rang oder Amt				
k	NSF. (NS-Frauenschaft)	nein									
l	NSDSTB. (NS-Studentenbund)	nein									
m	NSDoB. (NS-Dozentenbund)	nein									
n	HJ.	nein									
o	BdM.	nein									

* Hier ist auch nebenamtliche Mitarbeit, z. B. Vertrauensmann aufzuführen.

2.	Gehörten Sie außer Ziffer 1 einer Naziorganisation gemäß Anhang zum Gesetz an? *			höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber		
	Bezeichnung	von	bis	Bezeichnung	von	bis
a	NSV	unbekannt				
b	DAF	unbekannt				
c						
d						
e						
f						
g						

* Es ist jedem freigestellt hier auch die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen nachzuweisen.

3. Waren Sie Träger von Parteiauszeichnungen (Parteiorden), Empfänger von Ehrensold oder sonstiger Parteibegünstigungen? nein
Welcher?

4. Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z. B. durch Zuschüsse, durch Sonderzuteilungen der Wirtschaftsgruppe, Beförderungen, UK-Stellung u. ä.)? nein

5. Machten Sie jemals finanzielle Zuwendungen an die NSDAP oder eine sonstige Naziorg.? nein

x) mit Ausnahme d. üblichen Spenden an W.W. u. Rotes Kreuz entsprechend d. Einkommensverhältnissen.

7/1475/28
Lfd. Nr.

Quittung

Bei der Lebensmittelkartenausgabe vorzulegen!

Vom Meldepflichtigen selbst auszufüllen und sorgfältig aufzubewahren!

Herr / Dr. K r a u c h Carl geb. am 7.4.1887
Zuname Vorname
wohnhaft in Heidelberg-Schlierbach, Im Lindenried Straße 23 hat heute auf unterzeichneter Dienststelle seinen Meldebogen abgegeben.

Ort

Datum

Stempel und Unterschrift d. Dienststelle

Malsch & Vogel, Karlsruhe, Hirschstr. 9 4. 46 200000

21.5.1946

Lebenslauf Fassung
(abgefragt von mir)
Lebenslauf nach Fassung

Lebenslauf und Tätigkeit
Prof. Dr. Carl Krauch

1) IG Farben:

- 1887 geboren am 7. April als Sohn des Chemikers Dr. Carl Krauch und seiner Frau Martha, geb. Schwaderer, zu Darmstadt.
Schulbesuch: Georg-Ludwig-Gymnasium in Darmstadt
verheiratet mit Frau Maria Elisabeth, geb. Lüders, 5 Kinder (4 Söhne und 1 Tochter)
- 1906-1912 Studium der Chemie an den Universitäten Gießen und Heidelberg
- 1911 Promotion in Heidelberg zum Dr. phil. aufgrund der Dissertation "Über Hydrazinabkömmlinge des Hydrazin-dicarbonesters". Einjährige Tätigkeit als Assistent bei Prof. Stollé in Heidelberg
- 1912 Eintritt in die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen. Arbeiten über Azofarbstoffe und Zwischenprodukte
- 1913 Übersiedlung in neues Ammoniaklaboratorium von A. Mittasch, Arbeiten über Methansynthese, Schwefelreinigung und Kohlenoxydreinigung des Ammoniak-Synthesegases
- 1914/15 Kriegsteilnahme an der Westfront/Flandern; Anfang 1915 Reklamation durch BASF
- 1917 Technische Inbetriebsetzung des Leunawerkes
- 1919 Prokurist der BASF
- 1920 Übernahme der technischen Leitung des Werkes Oppau
- 1921 Stellvertretender Direktor der BASF
- 1922 Geschäftsführer des Ammoniakwerkes Merseburg G.m.b.H. = Leunawerke
- 1923/34 Rationalisierung der Hochdrucksynthese (verbesserte Katalysatoren, neue Edelmehle, vergrößerte Ofeneinheiten u. dergl.), Umstellung des Norsk-Hydro-Verfahrens zur Gewinnung von Ammoniak auf das IG-Verfahren
Übertragung der Hochdruck-Erfahrungen auf die Benzinsynthese und deren Entwicklung zur technischen Reife, Entwicklung der Synthese von Fettsäuren und Fetten für Seifenzwecke und Speisefette, Entwicklung des Verfahrens zur Herstellung synthetischer Schmieröle insbesondere für Flugmotoren, Entwicklung der Glycerin-Synthese, Entwicklung der Synthese von Isooktan über Isobutylalkohol
Entwicklung der Holzverzuckerung und anderer Verfahren zur Sicherung der deutschen Rohstoffwirtschaft
- 1925 Stellvertretendes Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie
- 1929 Führung der Sparte I (Benzin und Stickstoff), gleichzeitiger Eintritt in den Arbeitsausschuss und technischen Ausschuss der IG Farbenindustrie

10. 12. 1937

Handwritten text block, likely a date or reference.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

Handwritten text block.

- 1933 Mitglied des Zentralausschusses der IG Farbenindustrie
1934 Ordentliches Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie
1940 Ausscheiden aus dem Vorstand und Übernahme des Postens des Vorsitzers des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie als Nachfolger des verstorbenen Geheimrat Bosch

2) Reichsamt für Wirtschaftsausbau und
Gebechem (Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der
chemischen Erzeugung):

- 1935 Sommer: Erste Mineralölplanung General Thomas-OKW/Krauch im Anschluss an technische Reife der Hochdruckhydrierung in Leuna; Resultat: Gründung der Braunkohle-Benzin-AG (=Brabag).
- 1936 Sommer: Berufung durch General Milch bzw. Göring in den "Rohstoff- und Devisenstab" unter Leitung des späteren Generals Löb; Vorarbeiten zum Vierjahresplan. Ende 1936 nach Verkündung des Vierjahresplanes entstand hieraus das "Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe" unter Leitung Löb. Krauch erhielt Auftrag zur Übernahme der Abteilung Forschung und Entwicklung.
- Arbeiten: Entwicklung neuer Verfahren zur Herstellung von synthetischen Treibstoffen, Buna, Kunststoffen, Ersatz ausländischer Rohstoffe wie Leder, Gerbstoffe, Hölzer, Papiere, Wolle und Baumwolle, Erschließung neuer einheimischer Erzvorkommen und Umstellung des deutschen Metallverbrauches auf einheimische Rohstoffe (z.B. Aluminium statt Kupfer), Erweiterung der deutschen Ernährungsbasis durch Entwicklung neuer Schädlingsbekämpfungsmittel, wissenschaftliche Förderung der Düngemittelanwendung, Entwicklung neuer Verfahren zur Einsparung von Fett- und Seifenstoffen. Im Anschluss an diese Entwicklungsarbeiten Errichtung von Neuanlagen auf obigen Gebieten.
- 1938 Frühjahr: Teilweise Zusammenlegung des Amtes mit dem Reichswirtschaftsministerium; verbleibende Teile werden als "Reichsstelle für Wirtschaftsausbau" unter Leitung Major Czimatis zusammengefasst. Einschränkung der Befugnisse des Amtes; Reichswirtschaftsministerium wird Aufsichtsbehörde und muss Zustimmung erteilen zu den Planungsvorschlägen des Amtes; vor allem geht Zuständigkeit für Finanz- und Rohstoff-Fragen an Reichswirtschaftsministerium über.
- Sommer: Nach Krise in der Tschechoslowakei erfolgt neue Zielsetzung für die Arbeiten. Schwerpunktbildung durch Göring auf den Gebieten: Mineralöl, Buna, Leichtmetall und Pulver- und Sprengstoffen sowie deren Vorprodukte. Ernennung von Krauch zu seinem "Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (=Gebechem).

1. The first part of the report is a general introduction to the subject of the study. It discusses the importance of the study and the objectives of the research. It also provides a brief overview of the methodology used in the study.

2. The second part of the report is a detailed description of the methodology used in the study. It discusses the data sources, the data collection methods, and the data analysis methods.

3. The third part of the report is a detailed description of the results of the study. It discusses the findings of the study and the conclusions drawn from the results.

4. The fourth part of the report is a detailed description of the discussion of the results. It discusses the implications of the findings and the limitations of the study. It also provides a brief overview of the conclusions drawn from the study.

5. The fifth part of the report is a detailed description of the conclusions drawn from the study. It discusses the main findings of the study and the implications of the findings. It also provides a brief overview of the limitations of the study.

6. The sixth part of the report is a detailed description of the references used in the study. It lists the sources of the information used in the study and provides a brief overview of the findings of the study.

7. The seventh part of the report is a detailed description of the appendices. It provides a brief overview of the findings of the study and the conclusions drawn from the study.

Gebechem erhält Vollmacht für Planung und Baudurchführung auf den genannten Gebieten, wird selbständiger Kontingents-träger und ist Göring unmittelbar unterstellt ohne Zwischenschaltung des Reichswirtschaftsministeriums.

- 1939 Umwandlung der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau in Reichsamt für Wirtschaftsausbau (=RWA). Major Czimatis geht zur Wehrmacht zurück und Krauch wird zum "kommissarischen" Leiter des Reichsamtes ernannt. Reichsamt bleibt dem Reichswirtschaftsministerium weiterhin unterstellt.
- 1941 Mitte: Einbeziehung der besetzten und noch zu besetzenden europäischen Gebiete in die Gebechem-Vollmacht.
- 1942 Januar: Einbeziehung von Stickstoff in die Vollmacht des Gebechem.
- 1942/45 In diese Jahre fällt die Ernennung von Speer zum Minister für Rüstung und Kriegsproduktion, damit Übergang wesentlicher Teile der Vollmachten von Göring bzw. dem Gebechem an Speer. Dr. Schieber übernimmt als Leiter des Rüstungslieferungsamtes die Verantwortung für die Durchführung des Pulver- und Sprengstoff Planes (=PSV-Plan) einschliesslich der Kampfstoffe und der Raketenprojekte. Kehrl übernimmt als Leiter des Rohstoff- und Planungsamtes im Ministerium Speer die gesamte Kontingentierung für Gebechem, d.h. Kontrolle sowohl der Planung als auch der Baudurchführung.
- 1944 Mai: Beauftragung von Geilenberg durch Hitler mit der schnellen Beseitigung von Fliegerschäden; seine Ernennung zum "Generalkommissar für die Sofortmassnahmen".

Bedarfsermittlung und Aufstellung der Forderungen für die Beschaffung und den Neubau lagen ausschliesslich bei den Generalstäben der Wehrmachtteile, d.h. bei dem

Generalstab der Luftwaffe
Heereswaffen-Amt
Oberkommando der Kriegsmarine

und für den Bereich des Reichsamtes bei dem Reichswirtschaftsministerium.

3) Sonstige Stellungen:

- 1938 Mitglied des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Institutes für physikalische Chemie und Elektrochemie, Berlin
- 1939 Berufung in das Präsidium des Reichsforschungsrates
- 1940 Vorsitz der Gesellschaft der Freunde der Universität Heidelberg
- Eintritt in den Vorstandsrat der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt

1. In der Sitzung vom 17. März 1933 wurde über den Antrag des Herrn Dr. ...

2. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

3. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

4. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

5. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

6. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

7. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

8. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

9. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

10. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

11. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

12. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

13. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

14. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

15. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

16. Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von ...

Eintritt in das Kuratorium des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Biophysik, Frankfurt-Main

Eintritt in das Kuratorium der Orthopädischen Anstalt der Universität Heidelberg

1940 Mitglied des Aufsichtsrates (stellvertretender Vorsitz des Aufsichtsrates) der Ford-Werke AG, Köln

Eintritt in den Vorstand des Stifterverbandes der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Berlin

1941 Aufsichtsratsmitglied der Kontinentalen Oel-AG, Berlin

Berufung in den Verwaltungsrat der Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung E.V., Düsseldorf

Kuratoriumsmitglied des Kaiser-Wilhelm-Institutes für medizinische Forschung, Heidelberg

Mitglied des Verwaltungsrates der Vereinigung "Ehrensold der Industrie E.V.", Berlin

1942 Ernennung zum ordentlichen Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

Ernennung zum Mitglied der Kaiserlich-Leopoldinischen Carolinischen Deutschen Akademie der Naturforscher, ~~Marburg~~ Halle-Saale

1943 Mitglied des Verwaltungsausschusses der "Luftfahrtforschung", Heidelberg.

Ferner:

Mitglied des Aufsichtsrates der Braunkohle-Benzin-AG (=Brabag)
" " Verwaltungsrates des Stickstoff-Syndikates GmbH.
" " Vorstandes (oder Aufsichtsrates?) der Deutschen Gasolin AG,
" der Lilienthal-Gesellschaft
" " Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung
" des Senates der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

4) Ehrungen und Auszeichnungen:

1912 Viktor-Meyer-Preis der Universität Heidelberg

? Frontkämpferkreuz für Teilnahme am Weltkrieg

1937 Ernennung zum Ehrenmitglied des Vereins Deutscher Chemiker

1939 Honorarprofessor der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin

- 1940 Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II.Klasse
1941 " " " I. "
1941 Verleihung der Ehrendoktorwürde der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg
1942 Verleihung der Goldenen Leibniz-Medaille durch die Preussische Akademie der Wissenschaften, Berlin
1943 Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz
Verleihung des Luftschutzzeichens I.Stufe (als Gebechem)
-

5) Nächste Mitarbeiter des Gebechem:

Dr.Gerhard Ritter (Prokurist IG Farben)
stellvertretender Leiter der Dienststelle Gebechem
zurzeit krank in Kappel b.Lenzkirch (Schwarzwald)

Dr.Adolf Müller (Prokurist IG Farben)
zweiter Stellvertreter des Gebechem
zurzeit IG Farben-Rottweil (Württemberg)

Dr.Heinrich Diekmann (Prokurist IG Farben)
Unterstützung und Vertretung der vorgenannten Herren
Leiter der technischen IG-Zentrale, Berlin (=Vermittlungsstelle)
zurzeit Hirschhorn-Neckar

Mineralöl: Dr.Alt peter, Regierungsdirektor
Fischer-Anlagen, Erdölverarbeitung, Braunkohlenschwelereien
zurzeit wahrscheinlich Balingen(Württemberg)

Dr.Erich Kranepuhl (Chemiker der Leunawerke)
speziell Hydrieranlagen,
zurzeit Leunawerke Krs.Merseburg

Dipl.Ing. Obenaus (Ingenieur der Leunawerke)
gesamtes Kontingentierungswesen, technische Baudurchführung
zurzeit wahrscheinlich Leunawerke Krs.Merseburg

Buna, Kunststoffe, organische und anorganische Chemie:
Dr.Johannes Eckell (Prokurist IG Farben)
zurzeit IG Farben, Ludwigshafen

Leichtmetall: Dr.Eberhard Neukirch (Chemiker IG Farben)
zurzeit IG Farben, Bitterfeld

Pulver, Sprengstoffe, Vorprodukte einschl.R-Stoffe:
Abteilungsleiter Dr.Ahl (Bayerische Stickstoffwerke)
ist vor mehreren Monaten gestorben; sein Nachfolger ist
General Becht, früher Wehrwirtschaftsstab des OKW
jetziger Aufenthalt unbekannt; Informationen können
gegeben werden durch:
Dr.Gerhard Ritter, Dr.Heinrich Diekmann und
Dr.Dolle (Chemiker IG Farben)
zurzeit wahrscheinlich Bernburg-Saale.

Stickstoff: Dr. Adolf Müller (siehe Seite 5)

Kohle einschl. Steinkohlenschwelung:

Dr. Rudolf Fahr (Stickstoff-Syndikat)
früher Prokurist IG Farben, jetzt aus der IG Farben
ausgeschieden und technischer Direktor bei der
Fa. Siegle u. Co., Stuttgart

Textil-Seifen:

Dr. Otto Eisenhut (Prokurist IG Farben)
zurzeit Heidelberg, Motkestrasse

Luftschutz, Transport, Arbeiterfragen, Verbindung zur Wehrmacht:

Otto Kirschner (IG Farbenindustrie)
zurzeit erreichbar über Heidelberg, Anlage 44

Arbeiter:

Fritz Baasch (IG Farben)
zurzeit wahrscheinlich Leunawerke Krs. Merseburg

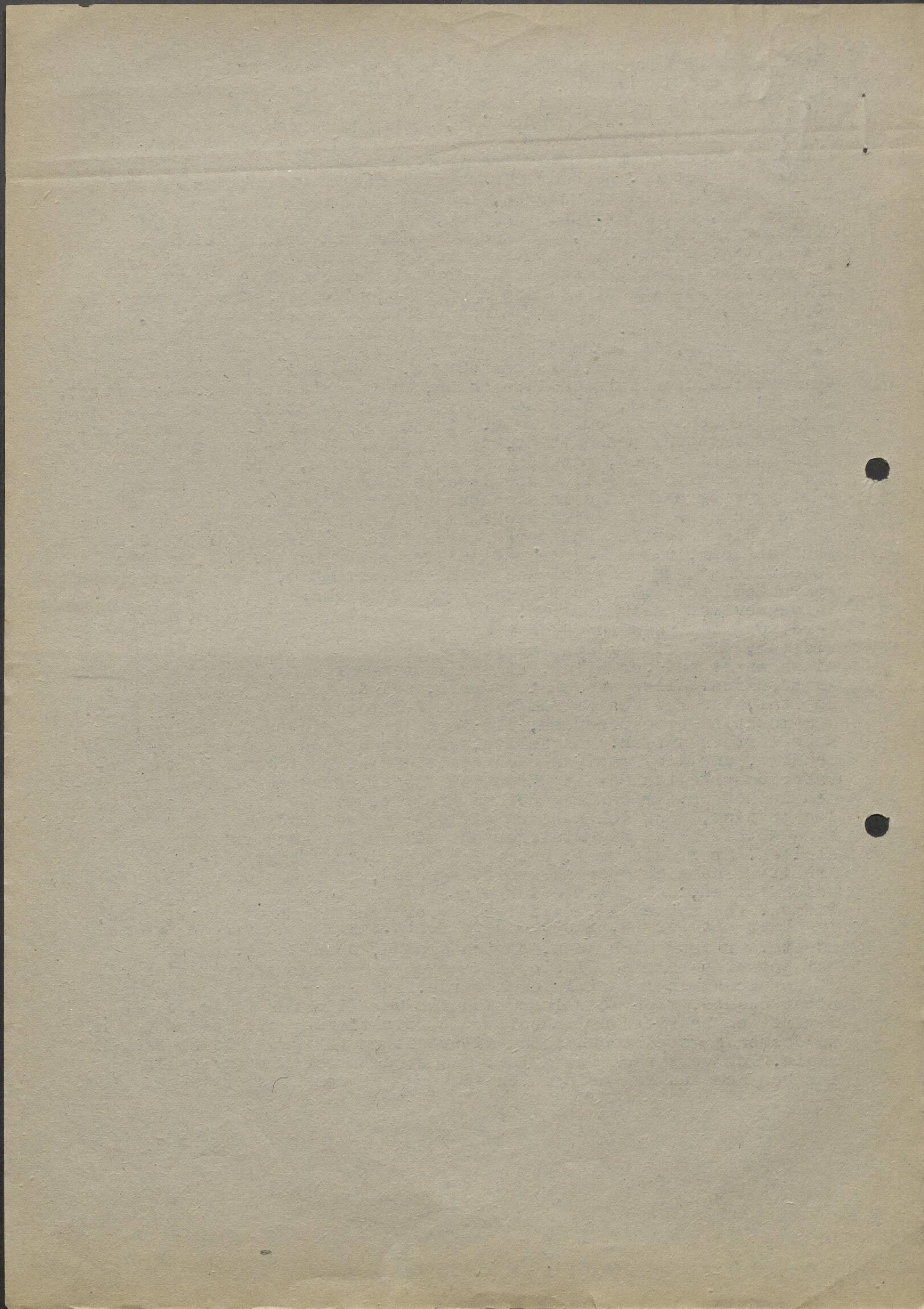
Forschung:

Dr. Fritz Ebel (Chemiker IG Farben)
Verbindung zu Hochschulen und Industrieforschungs-
stellen,
zurzeit IG Farben, Ludwigshafen

Reichsamt:

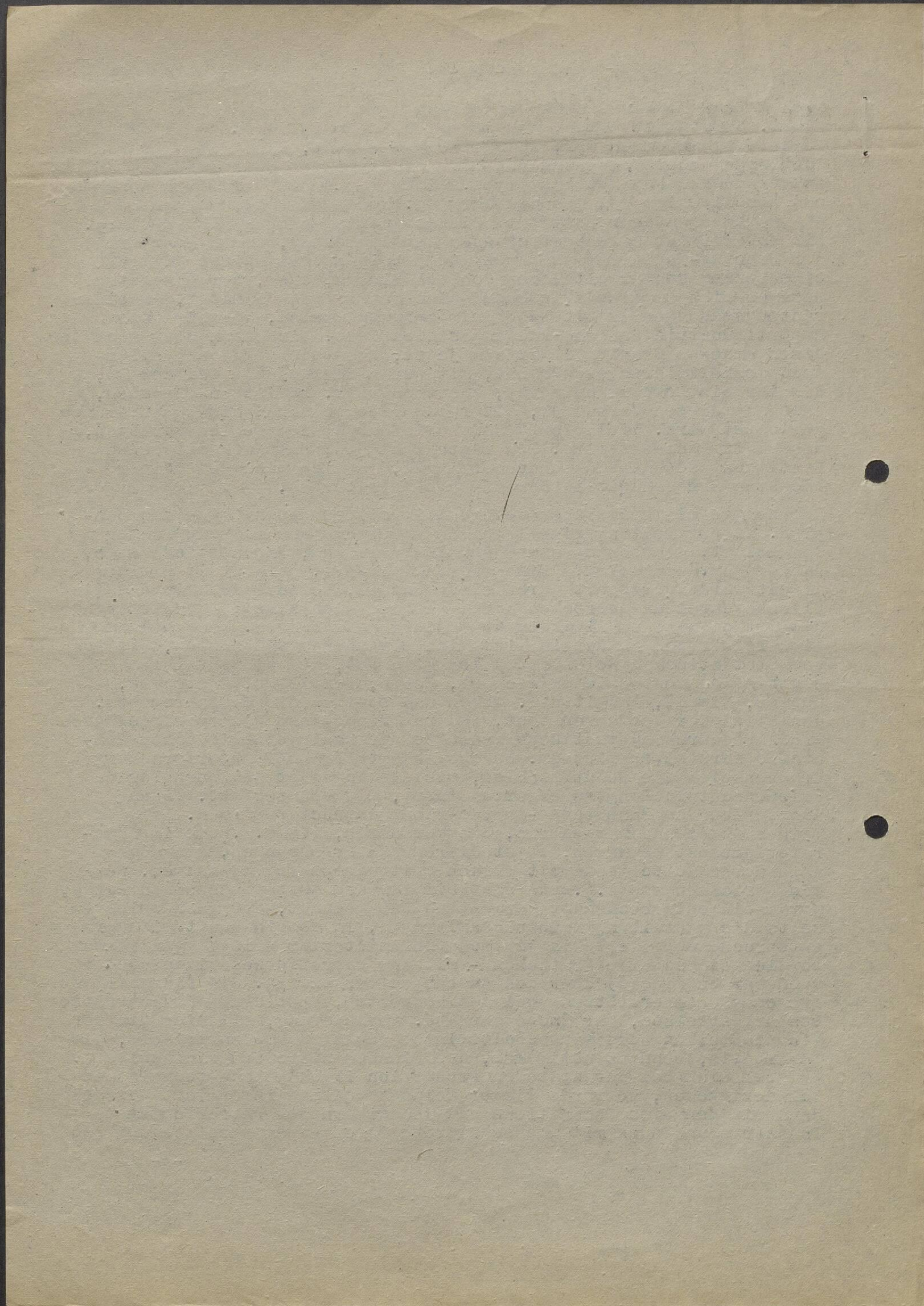
Dr. Fritz B a u r (Regierungsdirektor)
Vertreter Krauch im Reichsamt
zurzeit wahrscheinlich Salem-Baden,
Otto-Heinz Müller (Regierungsdirektor)
Finanzierungsfragen, Personalabteilung,
jetziger Aufenthalt nicht bekannt

Ende April 1936 rief mich eines Abends ein Major Löb aus dem Luftfahrtministerium in Schlierbach an und frug mich, wann ich wohl das nächste Mal nach Berlin käme; er hätte gern eine Angelegenheit mit mir besprochen. Ich sagte ihm, dass ich vermutlich in einigen Tagen zu einer Sitzung nach Berlin käme, über meine Zeit aber noch nicht verfügen könne; ich würde mich aber in Berlin mit ihm in Verbindung setzen. Löb war mir oberflächlich bekannt; ich hatte ihn in einer Gesellschaft gesehen, in der er mir als ein Mann geschildert worden war, der sehr wenig spräche, aber ein ausserordentlich befähigter Offizier wäre, der hauptsächlich mit Organisationsfragen beschäftigt würde. Als solcher wäre er auch längere Zeit in Russland gewesen, wo er allerhand für die russische Regierung gearbeitet hätte. Ich suchte Löb in seinem Büro nach telefonischer Absprache auf. Löb sagte mir, dass mein Name ihm und seinen Vorgesetzten von Dr. Vögler genannt worden sei. Es handle sich um folgende Angelegenheit: Die Regierung, insbesondere Generaloberst Göring, mache sich erneut Sorgen wegen des Arbeitslosenproblems. Gewiß sei ein großer Teil der Arbeitslosen bei den Autobahnen, Strassenbauten usw. beschäftigt, aber die Zeit käme, wo diese Arbeiten fertiggestellt seien und dann lägen die Leute auf der Straße. Ein sehr grosser Teil sei für die Wiederaufrüstung beschäftigt, aber auch die können nicht ad infinitum durchgeführt werden, man könne nicht Flugzeuge, Panzer und Geschütze für alle möglichen Fälle auf Flaschen ziehen, auch das Wiederaufrüstungsprogramm ginge in absehbarer Zeit zu Ende. Auf der anderen Seite ginge unsere Devisendecke in bedenklicher Weise zu Ende. Wir hätten die Motorisierung vorwärtsgetrieben, aber womöglich keine Devisen mehr, um das dafür nötige Benzin zu kaufen. Die Landwirtschaftliche Lage Deutschlands zwinge uns ständig, grosse Mengen Nahrungsmittel wie Getreide und Fette einzuführen, für die nun auch keine Devisen mehr da wären. Die Idee der Regierung wäre, durch Förderung und Schaffung von Produktionen aus einheimischen Rohmaterialien, die seither zum Import dieser Produkte nötigen Devisen einzusparen und vor allem, wie er sich ausdrückte, lebendes Kapital zu schaffen. Alles was Rüstung wäre, sei im Grunde genommen totes Kapital, das für den Friedenskonsum praktisch ohne Bedeutung wäre. Wir müssten Werte erzeugen, die im täglichen Konsum arbeiten und neue Werte schaffen. Das sollte, auch auf dem Gebiete der Chemie geschehen, und die Frage an mich ginge dahin, ob irgendwelche Laboratoriumsarbeiten soweit wären, um für diesen Zweck eingesetzt werden zu können. Er denke dabei an Projekte wie Benzin und Buna, er dachte sich, dass ich gebeten würde, für das Studium dieser Frage eine Abteilung zu organisieren und meinen Rat zur Verfügung zu stellen. Er wüsste wohl, dass ich sehr beschäftigt wäre, diese Arbeit würde mich aber nur vorübergehend, er nähme an 6 bis 8 Wochen, beschäftigen, dann könnte ich wieder meine volle Tätigkeit der IG widmen. Ich sagte ihm, dass ich, bevor ich ihm eine Antwort gäbe, zunächst mit der IG, insbesondere Gehrt-Bosch Rücksprache nehmen müsste. Er frug mich dann, ob ich glaube, dass Gehrt-Bosch bei seiner bekannten Einstellung gegen die Naziregierung sich mit diesen Gedanken identifizieren werde. Ich sagte ihm, dass ich das nicht wüsste, mich aber innerlich für verpflichtet halte, einen derartigen Schritt nur in voller Übereinstimmung mit Bosch zu tun, zu dessen engsten technischen Mitarbeitern ich nun seit 25 Jahren zähle. Ich versprach bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin ihm von dem Ausgang meiner Besprechung mit Bosch Kenntnis zu geben,



Nach meiner Rückkehr nach Heidelberg hatte ich zunächst Gehrt.Schmitz getroffen, der im gleichen Schlafwagen zufällig nach Heidelberg gekommen war, und hatte ihm gesagt, dass ich meine Zustimmung oder Ablehnung von der Entscheidung Bosch abhängig mache, dem er auch unbedingt zustimmte. Einen Tag später traf ich Bosch und erzählte ihm den genauen Hergang. Bosch überlegte einen Moment, und sagte dann sehr bestimmt: Diesen Auftrag müssen Sie annehmen. Wir haben immer alle Bestrebungen der Regierung, schon sehr früh die der Brüning-Regierung und auch der jetzigen unterstützt, die auf eine Lösung des Arbeitslosenproblems hinauslaufen, vorausgesetzt, dass es sich um eine friedensmässige Entwicklung handelt, an einer rüstungsmässigen Arbeit haben wir kein Interesse, wir sind als Exportindustrie nur am Frieden interessiert. Wir haben aber auch noch einen anderen Grund: Wir wissen jetzt, dass die Regierung allerhand Sozialisierungsideen hat, mit denen sie zunächst bei der IG, die ihr ein Dorn im Auge ist, ansetzen will. Es ist zu fürchten, dass mit diesen Versuchen, die reine Theorie sind, die IG zu Grunde gerichtet wird. Vielleicht können Sie auf diesem Posten verhüten, dass Unfug gemacht wird. Ich sagte ihm dann, dass ich mit seiner Zustimmung den Auftrag annehmen würde, was ich dann bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin an Löb weitergab.

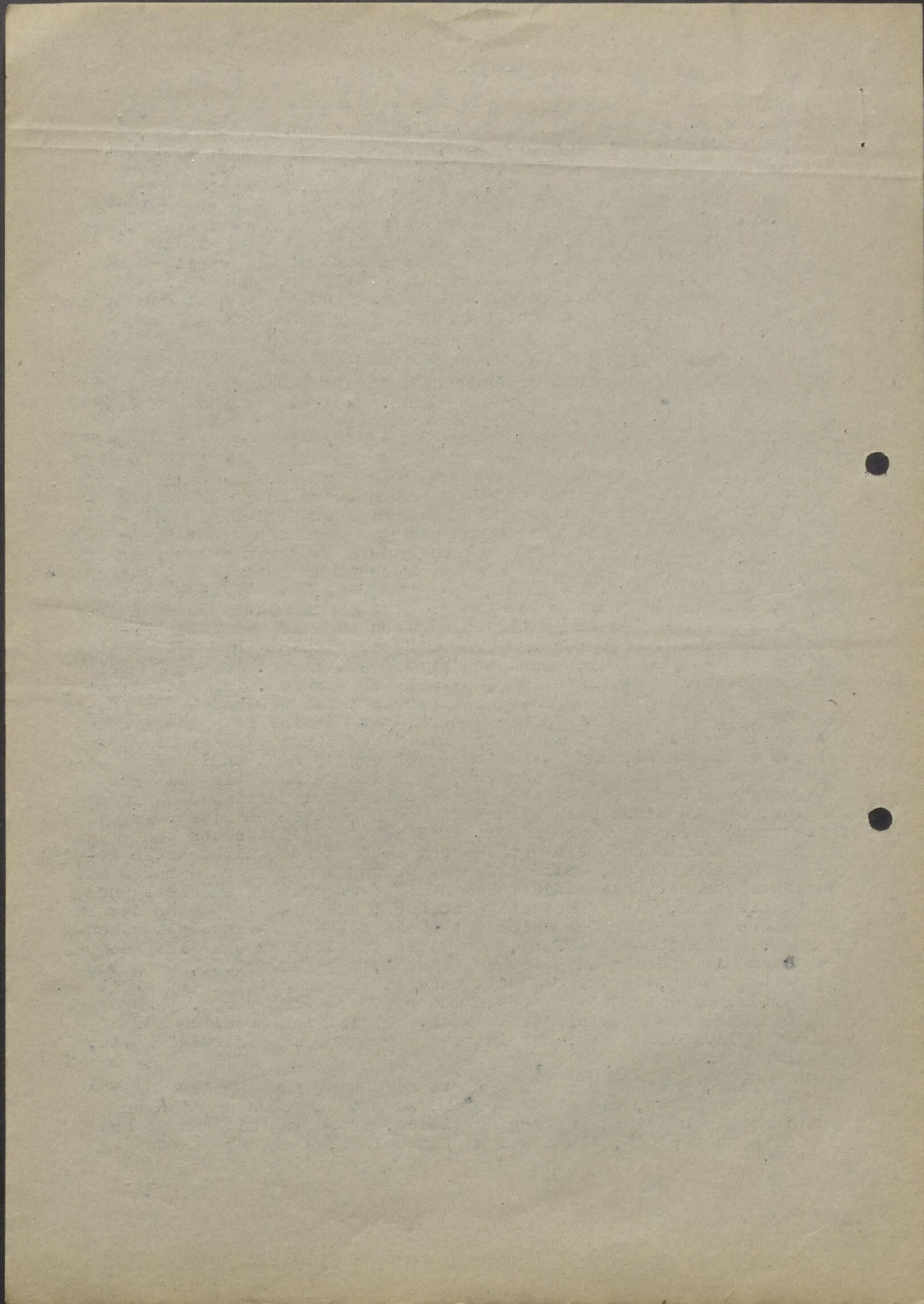
Löb zeigte mir bei dieser Gelegenheit seinen neuen Organisationsplan. In der Leitung eine Abteilung "Führung und Planung" unter ihm selbst, "Forschung und Entwicklung" Krauch, "Rohstoffe" Puppe, "Ausbau" v.Heemskerck, "Finanzierung" Eckert. Der Antritt meiner Arbeit wurde verzögert durch einen Unfall, bei dem ich mir das linke Ellenbogengelenk gebrochen hatte und der mich zwang, 4 Wochen lang die Orthopädische Klinik in Heidelberg aufzusuchen. Nach meinem Wiedereintritt in Berlin liess ich mir anhand von Zahlen, die ich vom Statistischen Reichsamt bekommen hatte, die Einfuhrzahlen auf einer Reihe von Gebieten wie Oel, Fette, Textilien, Kautschuk, Kupfer, Eiweiss, Bauxit usw. geben und stellte die Verfahren bzw. den Stand der Verfahren fest, wodurch sich diese bisher eingeführten Produkte durch synthetische Produkte auf Basis einheimischer Rohstoffe herstellen liessen. Durch das Amt für Konjunkturforschung ergaben sich die Bedarfszahlen, wie sie ungefähr bei normaler Friedensentwicklung zu erwarten waren, die von der Abt. Planung nun für den sogenannten 4-Jahres-Plan eingesetzt wurden, Aufgabe meiner Abteilung war es nun, die Verfahren, die z.T.noch im Laboratoriumszustand waren, zu studieren und Erfahrungen, die auch an anderer Seite gesammelt wurden, mit diesen zu vereinigen. Wenn ein Verfahren wie z.B.Buna als reif für den Ausbau angesehen wurde, wurde ein entsprechender Bericht an Löb gemacht, der dann seinerseits die Abteilung Ausbau beauftragte, in Gemeinschaft mit der entsprechenden Stelle im Wirtschaftsministerium - in dem Falle war es die Reichsstelle Kautschuk - mit der betreffenden Firma (bei Buna war es die IG) über den Ausbau zu verhandeln. Die finanziellen Fragen wie Unterstützung bei den Baukosten, Festlegung und Garantie des Erlöspreises, war Sache der Abt.Finanzierung, die hier mit der Finanzabteilung des Wirtschaftsministeriums zusammenarbeitete, die ihrerseits, wenn es nötig war, das Finanzministerium einschaltete. Ergaben sich bei der späteren Produktion irgendwelche technischen Schwierigkeiten, so wurde wieder meine Abteilung informiert, die sich dann mit den Wissenschaftlern und Technikern der betreffenden Industrie und auch mit Hochschulprofessoren zusammensetzte und nach



geeigneten Wegen zur Abhilfe suchten. Auch bei Schwierigkeiten, die sich bei der Verarbeitung des betreffenden Produktes ergaben, wie bei Buna bei der Reifenherstellung, wurde meine Abteilung informiert, die dann die Bunaproduzenten (IG) und die verschiedenen Verarbeitungsindustrien (Conti, Dunlop, Phönix, Semperit usw.) an einen Tisch brachte und die gegenseitigen Erfahrungen austauschen liess. Es wurde von mir ein ganz besonderer Wert darauf gelegt, von vornherein zu vermeiden, dass der Staat allzu grossen Einfluss auf diese Ausgestaltung nahm. Ich nahm deshalb meine Mitarbeiter aus der Industrie, in der sie auch weiter verblieben, sodass ihre Tätigkeit rein ehrenamtlich war. Wenn ein Problem so weit gelöst war, ging der Betreffende ohne weiteres zu seiner Industrie wieder zurück.

Gerade dieses System ist von Parteiseite zunächst angegriffen worden, weil man anzunehmen glaubte, dass dadurch die Industrie zu stark auf die Regierung Einfluss nehmen könne. Erst eine Reihe von Jahren später sah man ein, wohin eine solche Einflussnahme des Staates führt, nämlich zu einem ungesunden, ungeheuer schwerfälligen Verwaltungsapparat, der jeden technischen Fortschritt praktisch unmöglich macht, und ging zur Reprivatisierung über (s. Flugzeugindustrie). Speer ging dann weiter und schuf die Selbstverantwortung der Industrie, die wir ja praktisch auf dem chemischen Gebiet des Vierjahresplanes schon seit Bestehen desselben gehabt und durchgehalten haben. Wie gesagt, ging die Auffassung der Partei in den ersten Jahren den anderen Weg, und Löb kam mit dem Vorschlag zu mir, ob ich nicht, um all diesen Angriffen aus dem Wege zu gehen, mich entschliessen könne, aus der IG auszutreten und in den Staatsdienst überzugehen. Finanziell könne ich in jeder von mir gewünschten Weise sichergestellt werden, entsprechend den Bezügen, die ich in der IG bezogen hätte auch noch höher, wenn ich darauf Wert legte. Ausserdem sei eine angesehene Staatsstellung für mich vorgesehen. Ich antwortete ihm: Ich dachte nicht daran, die Wirtschaft zu verlassen und insbesondere nicht eine Firma wie die IG, mit der ich 25 Jahre Freud und Leid geteilt hätte. Ich hätte nie die Absicht, in den Staatsdienst überzugehen, und hätte ihm gegenüber ja auch unmißverständlicherweise zum Ausdruck gebracht, dass ich meine Tätigkeit hier als ganz vorübergehend ansähe, und richtete meinerseits die Frage an ihn, ob ich nicht bald wieder zur IG zurückkehren könne. Er antwortete mir, er glaube nicht, dass ich das jetzt schon tun könne, da auch durch meine Erkrankung manches noch nicht hätte erledigt werden können, wolle aber auf meinen Wunsch gern darüber mit Göring sprechen. Nach einigen Tagen hatte er dazu Gelegenheit und sagte mir dann, Göring sei einverstanden, dass ich im Rahmen der IG verbleibe, nur solle ich meine Tätigkeit für die IG zur Zeit ruhen lassen. Ich hatte das Gefühl, man wolle zunächst einmal die Fäden zwischen mir und der IG abreißen lassen, und antwortete, dass ich das nicht könne, da meine Arbeit ohne die gleichzeitige Tätigkeit in der IG, die mir grosse Freude mache, verkümmern würde. Ohne diese Lösung könne ich hier nichts leisten. Löb ist schliesslich auf diesen meinen Vorschlag, der ihn aber keineswegs befriedigt hätte, eingegangen.

Es war klar, dass ich für die nächste Zeit eine Häufung der Anwürfe zu erwarten hatte, die mich bewogen, zu Löb zu gehen und ihn um Entbindung von meinem Auftrag zu bitten. Er schlug mir das ab und bat mich zu bleiben, die heutige Zeit sei so, dass der Staat

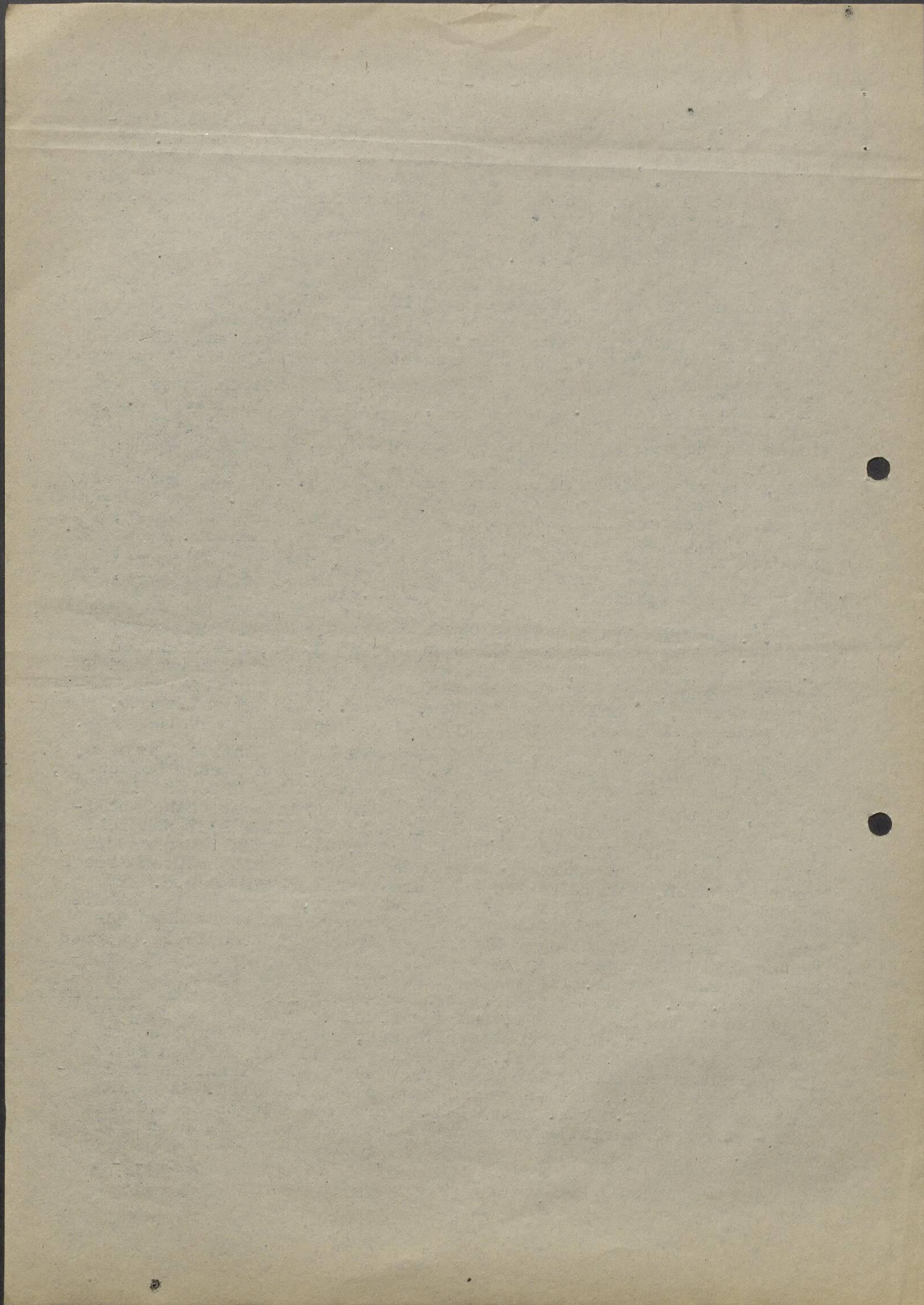


entscheide, wo und unter welchen Bedingungen der Einzelne zu arbeiten habe. Ihm persönlich ginge es dabei genau so wie mir. Er könne sich denken, dass eine Weigerung von mir in diesem Falle von sehr unangenehmen Folgen für mich und noch unangenehmeren für die IG, die nun einmal in schlechtem Ansehen bei der Regierung stände, sein könne. Einige Zeit später habe ich mit Staatssekretär Neumann bei einer anderen Gelegenheit über denselben Punkt gesprochen, der mir fast die gleiche Antwort gab.

Im Laufe der Zeit ergab es sich, dass neben der Abteilung Heemskerk 2 mehr oder weniger unabhängige Abteilungen "Eisen" und "Textilien" sich herausbildeten, die auf ihrem Gebiet auch Forschung und Entwicklung vereinten und unter der Leitung von Pleiger und Kehrle standen, nachdem Keppler in das Auswärtige Amt übernommen worden war.

Mit dem OKW war keine weitere Verbindung; die dortigen Ämter gingen alle ihren eigenen Weg. Der Zustand, wie er unter Ludendorff noch geschaffen war, dass die Oberste Heeresleitung sich weitgehend in diesen Fragen von der Industrie beraten liess, hatte aufgehört, nachdem dort die technischen Ämter wie Heereswaffenamt gegründet worden waren, die von Fachleuten besetzt wurden, die z.T. aus der Industrie stammten, aber aus der Industrie ausgeschieden waren. Meines Erachtens ist mit dieser Organisation ein schwerer Fehler gemacht worden, der der waffentechnischen Entwicklung nur hinderlich war. Nach dem Ausscheiden von General Liese fiel auch der letzte Zusammenhalt mit der Industrie. Liese selbst war sich immer bewusst gewesen, wenigstens mit den führenden Leuten der Industrie immer Kontakt zu halten, und hätte wohl auf die Dauer die Organisation des Waffenamtes, die z.T. von ihm selbst geschaffen worden war, wieder rückgängig gemacht. Der Vierjahresplan ist von diesen Ämtern, wie auch vom Wirtschaftsministerium, immer als eine Art Konkurrenzunternehmen angesehen worden, das sie am liebsten selbst unter ihre Fittiche genommen hätten, obwohl ihre Aufgaben, wie z.B. bei dem Waffenamt, auf ganz anderem Gebiete, dort nämlich auf dem Gebiet der Rüstung lag.

Von Löb wurden öfters Berichte an Göring und die Minister gegeben, über den Stand der Arbeiten im Vierjahresplan. Von diesen Berichten, die Schacht scherzhafter- oder auch boshafterweise "Die Bibel" nannte, erhielt ich Kenntnis, weil ich die darin über meine Abteilung gegebenen Angaben zu kontrollieren hatte. Ende 1937 sah ich, dass für den Ausbau Zahlen genannt wurden, die unmöglich nach den Eisenzuteilungen und zur Verfügung gestellten Arbeitskräften erreicht werden konnten, woraufhin ich Löb darauf aufmerksam machte. Er beruhigte mich, dass dies ohne Bedeutung wäre, ich sähe ja selbst, dass man durch die getroffenen Maßnahmen der Arbeitsnot Herr geworden wäre, es jetzt sogar überall an Arbeitskräften fehle, woraus ich sehen könnte, dass der Vierjahresplan nicht mehr als so dringlich angesehen werde. Jetzt gingen Repräsentativbauten und Städteumbau usw. vor. Auch was die Devisennot anbetraf, sähe man nicht mehr so schwarz; es sei geglückt, mit dem Südosten günstige Abschlüsse auf dem Lebensmittelsektor abzuschliessen, auch auf dem Ölgebiet sei die Situation verbessert. Man hätte Abschlüsse auf den Bezug grosser Ölmengen mit Mexiko und verschiedenen amerikanischen Ölfirmen tätigen können, die unseren Bedarf sicherstellten. Er nannte einen gewissen Mr. Davis. Tatsächlich wurden in dieser Zeit die Eisen- und Baumaterialienzuweisungen für den Vierjahresplan immer weniger.



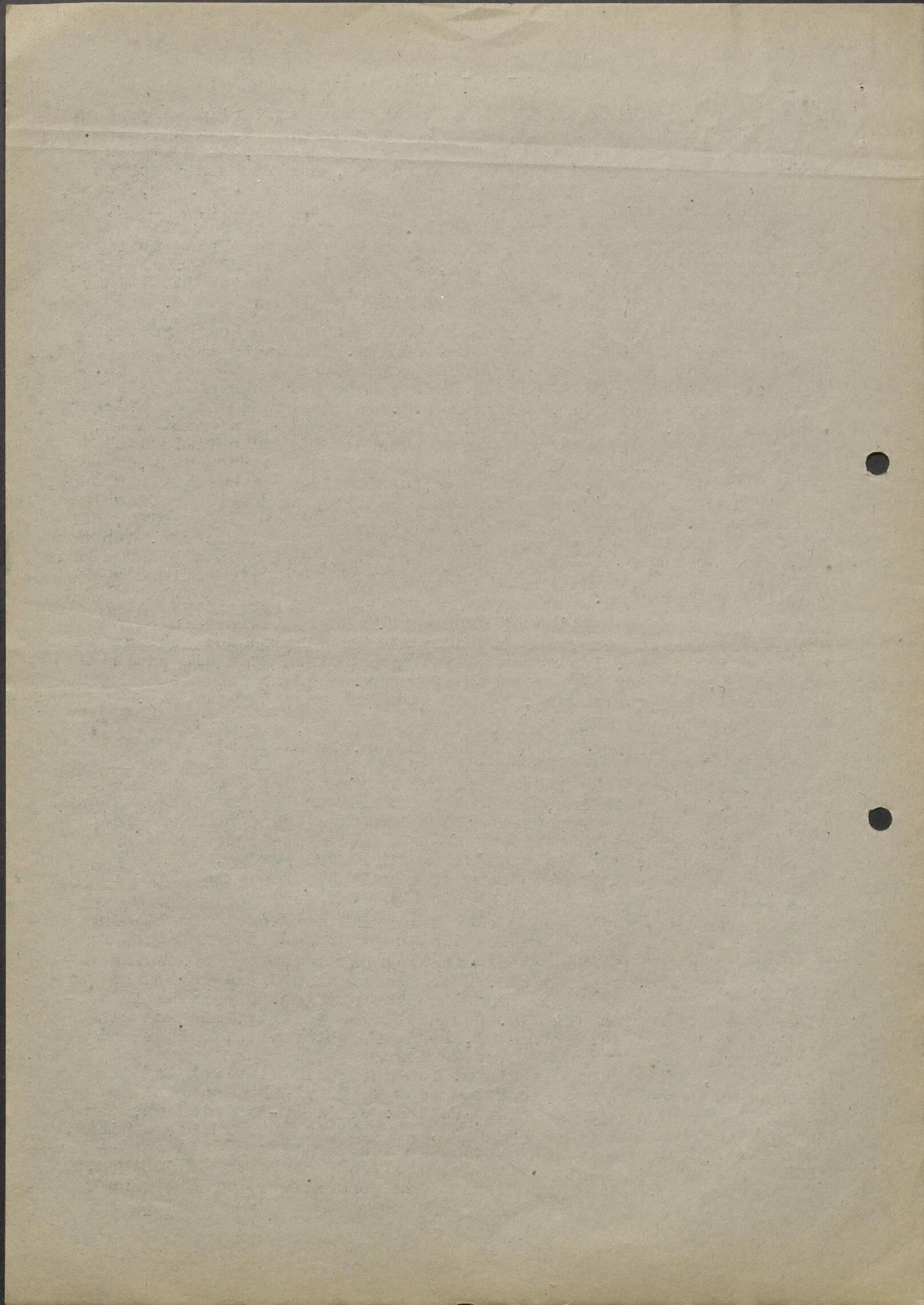
Um die Mitte des Jahres 1938 suchte mich Bosch in Berlin auf; er war sehr ernster Stimmung, er hätte vorher eine Begegnung mit Generaloberst Beck gehabt, der die Befürchtung hegte, dass wir in unserer Aussenpolitik einem Krieg zutreiben, der in seinen Folgen die ernstesten Konsequenzen für unser Land ergeben werde. Er, Bosch, bäte mich, ihm eine Begegnung mit Göring zu ermöglichen, dem er, Bosch, seine Gedanken vortragen wolle. Ich sprach gleich mit Staatssekretär Körner, der seinerseits die Bitte an Göring weitergab, nachdem er mich gefragt hatte, um was es sich handle. Als Antwort Görings hatte ich dann Bosch zu sagen, dass Göring ihn leider wegen dringender Besprechungen jetzt nicht empfangen könne.

Kurz vorher war ich zu ähnlichen Gedankengängen wie Bosch gekommen und hatte auch mit Löb darüber gesprochen. Ich sagte ihm, ich könne mich nicht bei seiner mir seinerzeit gegebenen Antwort beruhigen. Die politische Lage sei durch die Zuspitzung der Sudetenkrise derartig schwierig geworden, dass wir m.E. an die Grenze eines Krieges gekommen wären. Ich könnte mir unter diesen Umständen vorstellen, dass die von ihm weitergegebenen und von mir als zu optimistisch angesehenen Zahlen bei einem Manne, der zu entscheiden haben, ob es Krieg gäbe oder nicht, insofern verhängnisvoll sich auswirken könnten, als sie ihm ein vollkommen falsches Bild über unsere Produktionslage geben würden. Löb wurde etwas heftig, er glaube nicht an Krieg, eine jetzige Korrektur der Zahlen würde nur Verwirrung anrichten. Ich bat ihn, sich noch einmal die Sache zu überlegen, ich selbst könne nicht mehr dafür die Verantwortung übernehmen und müsse mir geeignete Schritte vorbehalten.

Eib paar Tage später liess mich Staatss. Körner allein zu sich bitten und fragte mich, was ich über die Produktionsentwicklung auf dem Ölgebiet denke. Ich schenkte ihm ganz reinen Wein ein und hatte das Gefühl, dass er mir dankbar dafür war. Löb gab ich gleich Kenntnis von dieser Unterredung, was er ziemlich unwillig aufnahm.

Einige Tage später wurde ich zu Göring gerufen, der mir vorhielt, dass von mir andere Zahlen genannt würden. Er hätte mit Zeitel gesprochen, der ihm Zahlen über Pulver und Sprengstoffproduktion genannt hätte, die phantastisch wären und gab auch die Höhe dieser Zahlen an. Ich sagte ihm, dass diese Zahlen unmöglich stimmen könnten, da ich wohl die Produktion an Pulver und Sprengstoffen nicht kenne - die Fabriken unterständen dem Waffenamt - aber aus den Stickstoffmengen, die von den Werken geliefert werden, mir ohne weiteres errechnen könnte, dass die wirkliche Produktion nur ein Bruchteil der genannten Zahlen sein könne.

Am nächsten Tage wurde ich wieder zu Göring gerufen. Er wolle in Zukunft Klarheit über diese für ihn so wichtigen Zahlen haben und beabsichtige, für diesen Zweck einen Generalbevollmächtigten zu ernennen, der autorisiert würde, sich selbst alle diese Zahlen zu verschaffen und ihm, Göring, persönlich vorzutragen. Die dafür in Aussichtgenommene Person sei ich. Ich hatte den Auftrag, mich um den Ausbau der 4 Gebiete: Mineralöl, Buna, Leichtmetalle, Pulver und Sprengstoffe und Vorprodukte, zu kümmern; später kamen dann noch Stickstoff, Fette und Hefe hinzu. Ich hatte mir Einblick in die Planung zu verschaffen, die Produktion zu überwachen und bei aufkommenden Schwierigkeiten einzugreifen. Göring wies mich an, ihm anhand der Planungszahlen zu sagen, zu welchem äussersten Termin die dort geforderten Zahlen zu erreichen wären. Es bestand ein Unterschied zwischen den von Göring geforderten Zahlen und denjenigen, die andererseits von den Generalstäben genannt wurden, die ganz



erheblich höher waren. Ich konnte nach einiger Zeit Göring mitteilen, dass meiner Auffassung nach sich die von ihm geforderten Zahlen sich Ende 1943 erreichen liessen, wenn wirklich alle Baumittel und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden. Die von Göring geforderten Zahlen stimmten ziemlich mit denen überein, die für diese Zeit als zu erwartender Friedensverbrauch eingesetzt waren, was Öl, Buna und Leichtmetalle anbetraf.

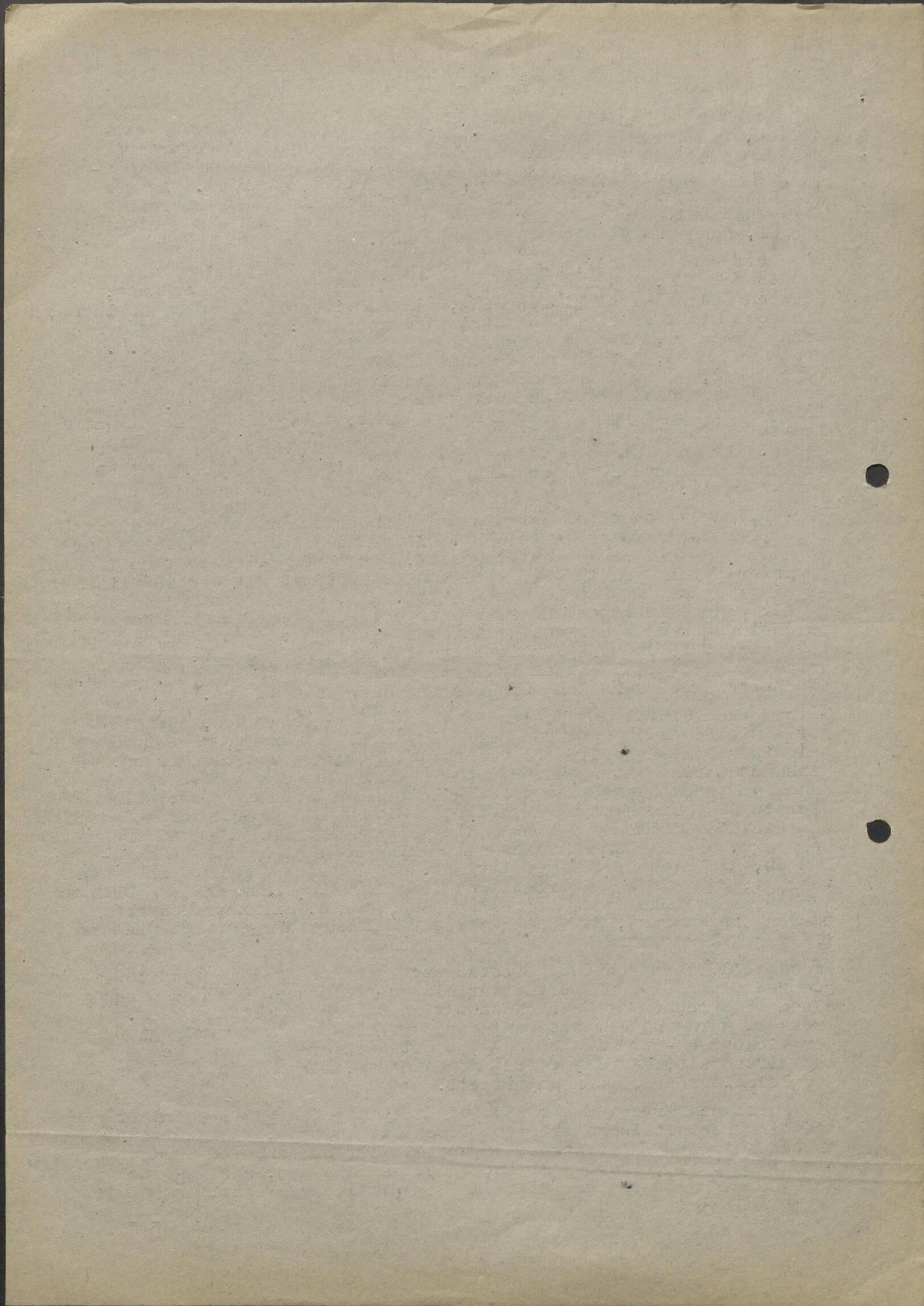
Die Verfügung darüber, wo die zu errichtenden Fabriken gebaut werden sollten, lag in Händen der Reichsstelle für Raumordnung, die letzten Endes darauf hinaus ging, die Fabriken in Gegenden zu legen, die noch nicht so stark industrialisiert waren. Insbesondere wurde darauf gesehen, nicht zu nahe der tschechischen Grenze wie z.B. Leuna zu gehen, die an und für sich schon eine stark industrialisierte Gegend war, da zu der damaligen Zeit mit einem russischen Angriff von der Tschechei her gerechnet wurde. Nach Ausbruch des 2. Weltkrieges wurde lebhaft Kritik daran geübt, dass das Rheinland und Westfalen zu stark mit Anlagen des Vierjahresplanes belegt worden wären. Wir konnten uns aber darauf berufen, dass die Auswahl der Orte mit dem Amte für Raumordnung besprochen und von ihm genehmigt worden waren.

Verhandlungen vonseiten der Ministerien wurden mit der IG über deren Vermittlungsstelle geführt. Die erste Vermittlungsstelle war von der Sparte I eingerichtet worden, die wegen Stickstoff und Benzin besonders viel auch in der Preis- und Zollpolitik mit der damaligen Brüning-Regierung zu verhandeln hatte. Sie, die Vermittlungsstelle, allein konnte Anfragen an die richtigen Stellen leiten und damit Durcheinander oder unrichtige Angaben vermeiden. Später wurden auch für Sparten II und III Vermittlungsstellen eingerichtet. Diese Vermittlungsstellen hatten in keiner Weise selbständig zu handeln, sie hatten gewissermaßen nur Briefträgerdienste zu tun.

So war auch einmal der Vorschlag des OKW weiterzugeben, das die Werke wie Leuna überprüfen wollte im Hinblick darauf, wie sie sich bei einem Bombenangriff feindlicher Flugzeuge verhalten würden. Eine Kommission unter Führung von General Thomas kam nach vorheriger Anmeldung nach Leuna, legte anhand eines Werksplanes fest, welche Stellen des Werkes angenommenerweise mit Bomben belegt worden wären und wie die Wirkung der Bomben auf Gebäude und Maschinen zu erwarten wäre. Die Wirkungen wurden allgemein als viel harmloser angenommen, als sich später gezeigt hat. Die Betriebsführer wurden nun gefragt, wie sie den Betrieb nach dem Angriff wieder in Gang bringen würden und welche Zeit das beanspruchen würde. ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~

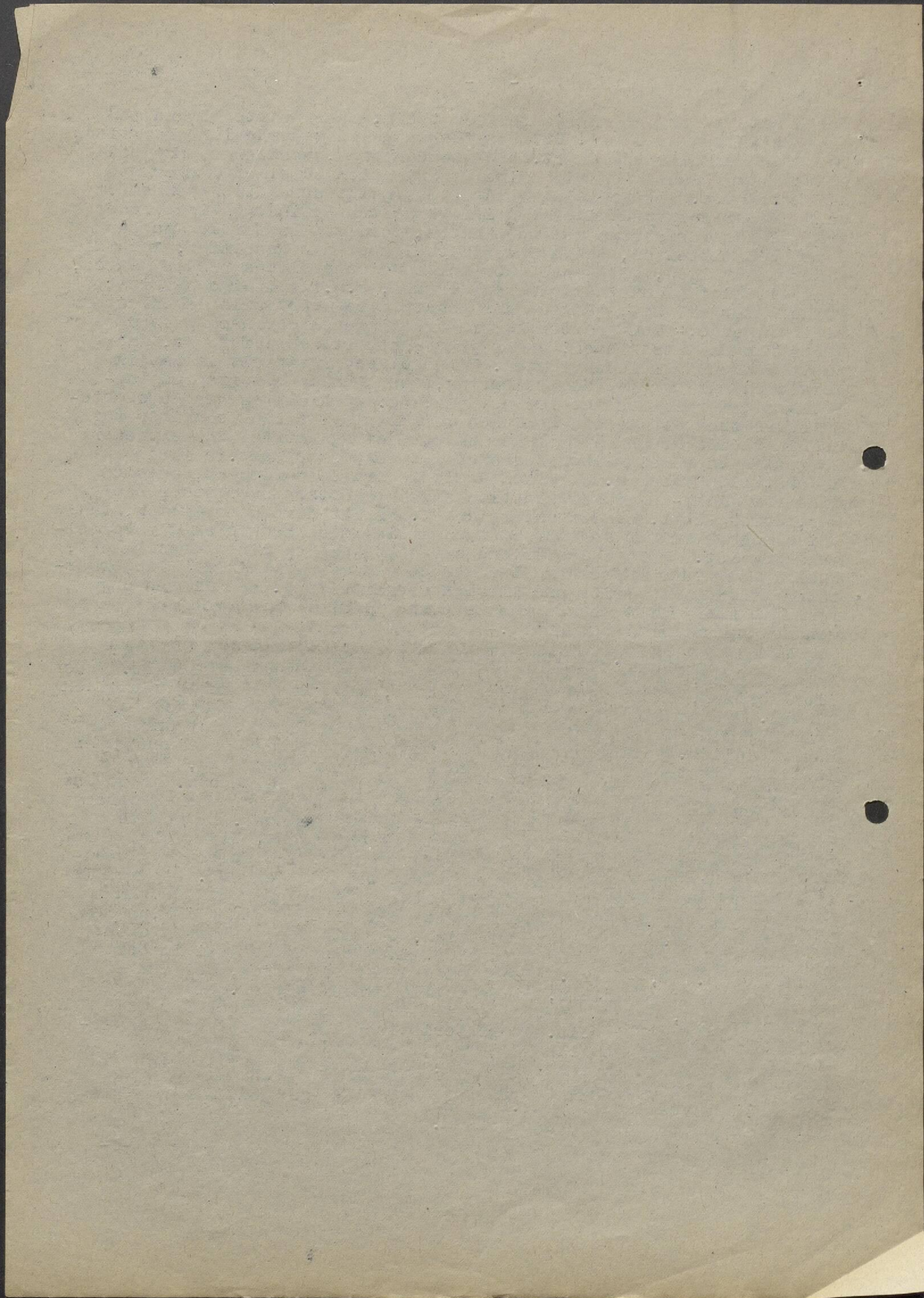
Im Jahre 1937 war es zu einer Stickstoffpreiserhöhung von 30% gekommen. Von allen Experten war ein Ausgleich des Gewinns durch einen entsprechenden Mehrkonsum für unmöglich gehalten worden. Trotzdem wurde die Erhöhung durchgeführt und trotz Propagierung der biologisch-dynamischen Düngungsmethode durch manche Kreise der Landwirtschaft, die der Partei nahestanden, ein nahezu völliger Ausgleich durch Mehrkonsum erzielt.

Die Forschungsarbeiten der IG, bei denen ungefähr 1500 Chemiker mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt waren, betrafen zu 30% Arbeiten für den Vierjahresplan und 70% für die anderen Gebiete der IG, also Farbstoffe, Pharmazeutika, Photographika usw. Nach Ausbruch des Krieges war nach einiger Zeit das Verhältnis umgekehrt. Am meisten

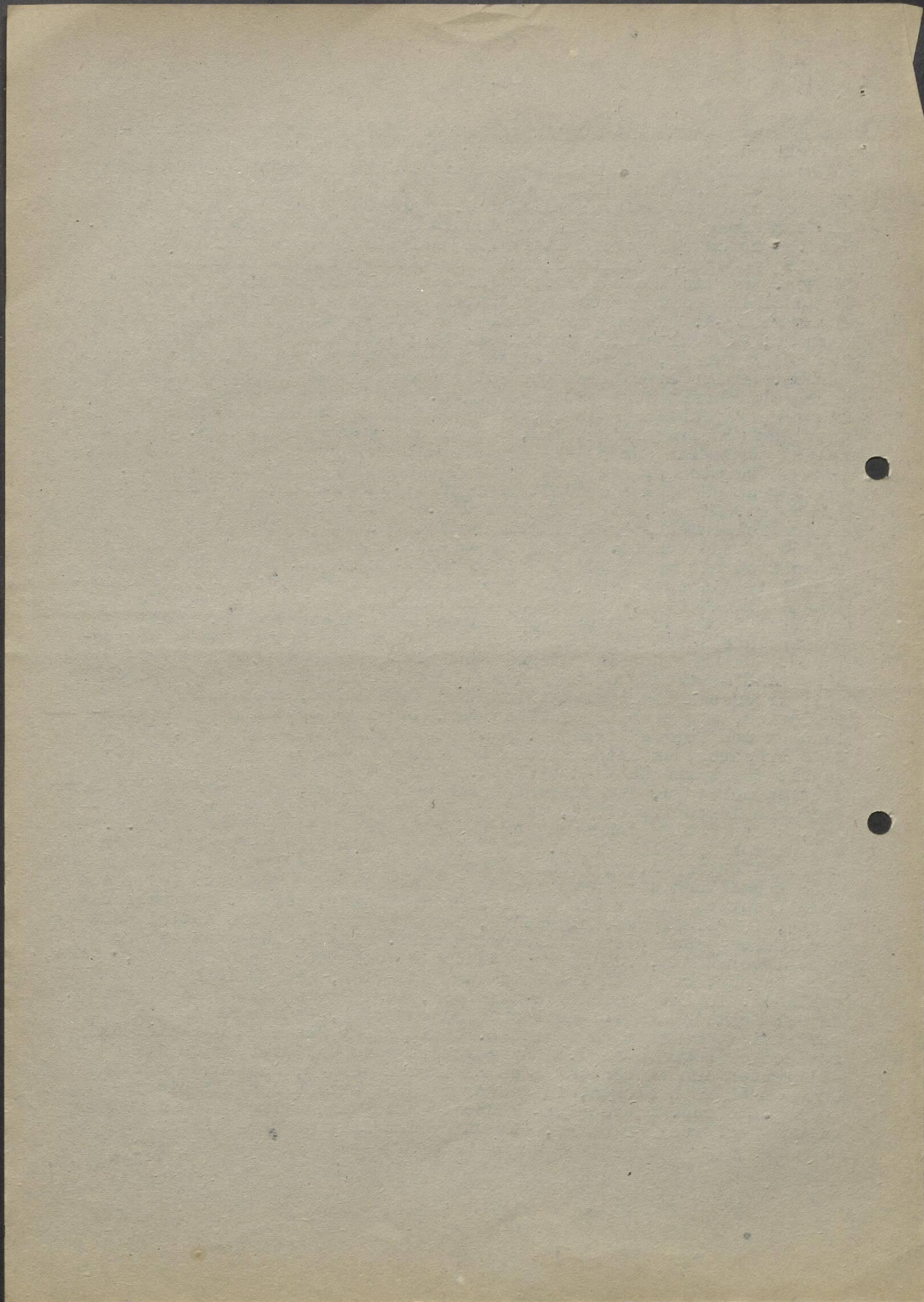


war Sparte I für den Vierjahresplan tätig, dann Sparte II und schliesslich Sparte III. Die Sparteneinrichtung wurde 1929 auf einen Vorschlag von mir von Gehrt.Bosch beschlossen, nachdem es sich gezeigt hatte, dass die seitherige Organisation zu einem Wasserkopf geführt hatte. Als Beispiel wurde die Indigofabrikation genannt. Wenn Höchst aufgrund einer von ihm gemachten Erfindung eine Verbesserung seines Verfahrens gefunden hatte, forderte es für den Ausbau derselben Mittel an, bekam diese Mittel aber nur genehmigt, wenn die anderen Fabriken, die ja bei der Geldzuweisung mitzusprechen hatten, auch Mittel für ihren Indigoausbau bekamen, d.h. die Indigokapazität wurde immer grösser, während der Absatz durch die Auslandskonkurrenz kleiner wurde.- Vom Spartenführer wurde dagegen nur nach Zweckmässigkeitsgründen entschieden, da er ja verantwortlich dafür war, dass "rote Zahlen" vermieden wurden. Meine eigene Tätigkeit im Amt im Vergleich mit der für die IG betrug, wenn ich die Vierjahresplantätigkeit der IG als Amt rechne, 50 : 50. Auch später als Aufsichtsratsvorsitzer der IG blieb dieses Verhältnis, da ich Techniker war und in vielen Fragen dieser Art um Rat gefragt wurde, was entweder in Berlin oder bei meinen Besuchen auf den Werken bzw. in ihren Laboratorien geschah. Über kommerzielle Fragen wurde ich, soweit dies für mich ein meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzer nötig war, durch Gehrt.Schmitz unterrichtet. Es ist durchaus möglich, dass bei dem Maße meiner Beanspruchung das eine oder andere an mir vorbeigegangen ist. Am Tage des Kriegsbeginns bekam ich eine Herzschwäche, wohl infolge der Aufregung über diesen von mir in keiner Weise erwarteten Ausgang der Krise und infolge Überarbeitung. Die Erkrankung fesselte mich für 4 Wochen ans Bett und nachher wurde ich noch monatelang ambulant behandelt.-

Göring hat zu Gehrt.Schmitz und mir wiederholt davon gesprochen: Meine Herren, ich weiß, die IG ist gegen den Krieg eingestellt. Bauen Sie Fabriken, es ist das einzige Mittel, wie wir den Krieg vermeiden können. Das Ausland will uns die für unser Leben notwendigen Stoffe sperren; wenn wir sie nicht selbst herstellen können, ist der Krieg unvermeidlich. Göring war kein Techniker, er hatte aber einen guten Instinkt für technische Fragen, auch merkte er sehr bald, wenn geflunkert wurde. Er fragte nicht immer nach dem Sündenbock. In so und so vielen Fällen habe ich erlebt, dass er in einer grossen Besprechung sagen konnte, den Hauptfehler habe er selber gemacht. Er konnte auch vergessen und war in keiner Weise nachtragend, beim Volke durch seine Menschlichkeit ausserordentlich populär. Ich selbst war vielleicht 15 bis 20 Mal in der ganzen Zeit bei ihm gewesen. Die Besprechungen fanden öfters in Karinhall statt, wo er gern wohnte. An seinem Geburtstag kamen die Vertreter der Wirtschaft zu ihm, um ihm zu gratulieren. Vorher war es üblich, ihm ein Geschenk zu machen; von der IG gewöhnlich ein Bild oder eine Holzschnitzerei im Werte von etwa 50.000,- Mark. Anschliessend war ein Essen, bei dem er meistens eine Rede hielt, die aktuelle Fragen betraf. Er sah jeden sehr offen an, und man hatte bei ihm immer den Eindruck der Offenheit, nie der Hinterhältigkeit. Charakteristisch für ihn ist eine Bemerkung im Buche von Neville Henderson, dem englischen Botschafter in Berlin, als es zur Katastrophe kam. Ich hatte für Göring ein faibles und bin der Überzeugung, dass durch ihn 1938 der Ausbruch des Krieges vermieden wurde. 1939 war er zu sehr Gefolgsmann Hitlers, sodass er nicht mehr dagegen ankam.



Die I^u hatte vor 1933 so gut wie keine Fühlung mit dem Nationalsozialismus. Bosch stand in enger Fühlung mit Brüning und seinen Ministern und hat oft zu mir gesagt: Wir müssen Brüning und seinen Leuten helfen, sonst ist Deutschland verloren! Auch nach 1933 hat er wiederholt im Zentralausshuß zum Ausdruck gebracht, dass er nicht wünsche, dass Mitglieder des Ausschusses in die Partei gingen. Prof. Warmbold als Vorstandsmitglied war Wirtschaftsminister unter Brüning gewesen, Schmitz offizieller Berater in finanziellen Fragen. Auch ich selbst hatte viel mit dem Finanzminister Dietrich in Benzinfragen zu sprechen und stand bis zum Schluß ständig in Verhandlungen. Brüning war meiner Überzeugung nach ein grosser Patriot, es fehlten ihm nur die Machtmittel, mit den 27 Parteien des Reichstages, die auf keine Linie zu bringen waren, fertig zu werden. Er ist eigentlich vor Hitler den Weg der Diktatur gegangen durch Einführung der Notverordnungen. Der Nationalsozialismus war nicht getragen durch den Mittelstand und der Intelligenz, er war getragen von dem kleinen Man, dem Arbeiter und dem Bauern. Nur wer selbst zu Beginn der 30er Jahre die Not in Deutschland gesehen hat, kann es verstehen, wie eine derartige Bewegung aufkommen konnte. Die Jugend sah keine Zukunft mehr in allen Ständen, erst recht die Studenten. Die IG, die 1929 noch 110.000 Arbeiter hatte, musste in den folgenden Jahren ständig entlassen, sodass sie Ende 1932 auf dem Stand von 60.000 angekommen war. Der Stickstoffkonsum der Landwirtschaft war auf die Hälfte zurückgegangen. Ich selbst fuhr einmal in diesen Jahren bei Tage durch das Ruhrgebiet mit der Eisenbahn - ein Anblick, der jeden tief erschüttern musste: Fabriken über Fabriken, aber nicht ein rauchender Schlot! Gewiss, auch Amerika hat seine Depressionen in der Wirtschaft und seine Arbeitslosen, aber es ist ein reiches Land mit unerschöpflichen Naturschätzen. Deutschland dagegen hat keine Naturschätze, es hat sich seit Kriegsende 1918 eigentlich nur ausgeblutet, erst durch die Inflation, die eine Scheinblüte war, in Wirklichkeit aber Deutschland an den Abgrund brachte. Dann die Zeiten der Anleihen, die uns Geld brachten, um Reparationen zu bezahlen und den Fall der Wirtschaft für kurze Zeit anzuhalten. Auch die Anleihen der IG in USA dienten nur dazu, den Zusammenbruch aufzuhalten, man warf sich immer wieder auf neue Probleme, um Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, deren Entwicklung und Forschung kostete Geld und musste z.T. vom Ausland geholt werden. Als diese Mittel vom Ausland nicht mehr zu erhalten waren, setzten die Arbeiterentlassungen ein, die kein Ende nahmen und die Verzweiflung wurde noch umso grösser. In diesem Moment setzte Hitler ein und schien den Weg zu zeigen. Es war für einen, der diese Zeit mitmachte, kein Wunder, dass die notleidende Bevölkerung nach diesem Strohalm griff. Eine Rettung aus diesem namenlosen Elend, in das das deutsche Volk jetzt gekommen ist, gibt es nur, wenn man ihm Zeit und Ruhe gibt, sich selbst zu besinnen. Es ist erzieherisch falsch, es zu zwingen, jeden Tag zu sagen: Deutschland sei schlecht und unwürdig, in der Reihe der zivilisierten Nationen zu leben. Damit zieht man nur Heuchelei und schlechte Elemente hoch. Ganz verkehrt wäre es jetzt, wenn die Alliierten den deutschen Boden verlassen würden, das würde nur das Chaos nach sich ziehen, in das sehr bald ganz Europa mit hineingerissen würde. Deutschland müsse so bald wie möglich wieder seine eigene Regierung bekommen, die unter dem Schutze der Alliierten



stehe, und die Alliierten müssten in Zusammenarbeit mit den Deutschen helfen, die Wirtschaft, die jetzt vollkommen am Boden liege, wieder in Gang zu bekommen. Der Deutsche sei intelligent und arbeitsam. Er habe keinen Ehrgeiz und keine Rachsucht, er wolle nur arbeiten, um leben zu können. Eine Rückkehr zum alten Parteiwesen müsse ausgeschlossen bleiben, höchstens 3 Parteien; wem das nicht gefiele, brauche nicht zu wählen.

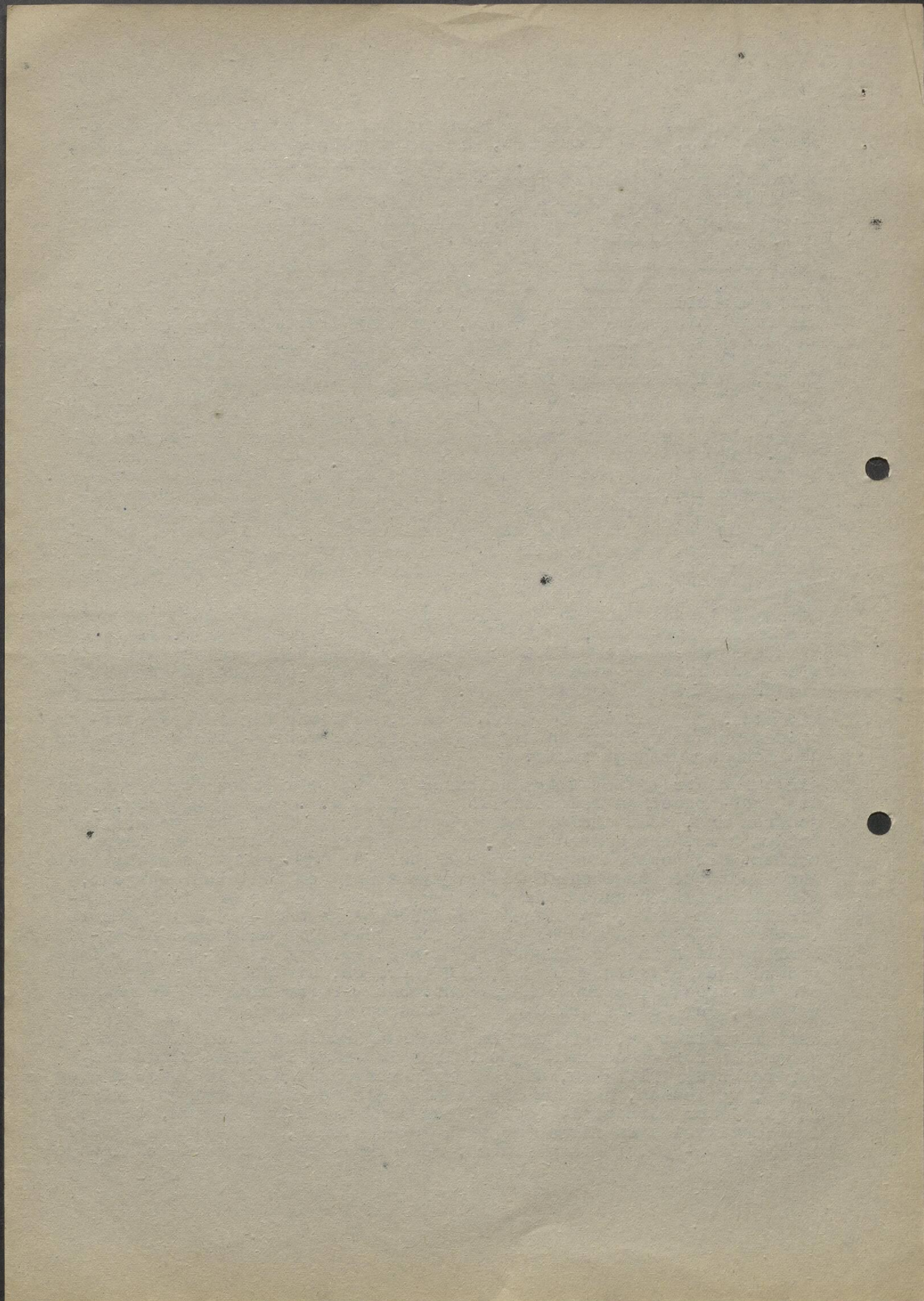
Vor Ausbruch des Krieges habe ich zum letzten Mal Göring in Wenningstedt gesehen, wo er sich regelmässig im Sommer in einer Villa mit seiner Familie aufhielt, um Seebäder zu nehmen. Zuvor hatte ich eine Unterredung mit Körner, der mich fragte, ob ich glaube, dass England zum Kriege dränge, was ich verneinte. Ich setzte hinzu, ich glaube allerdings bestimmt, dass, wenn wir mit Polen zum Kriege kämen, England und Frankreich an die Seite Polens treten würden. Körner meinte, es würden sich diese Vermutungen nicht mit den Informationen des Auswärtigen Amtes decken, worauf ich erwiderte, dann glaube ich, dass das Auswärtige Amt leider falsche Informationen habe. Körner sprach dann davon, dass sich jetzt 2 Weltanschauungen gegenüber stehen, die nationalsozialistische und die kapitalistische. Ich sagte ihm, die Geschichte zeigt, dass Kämpfe auf weltanschaulichem Gebiete letzten Endes nicht durch die Waffen, sondern auf geistigem Gebiet ausgefochten würden und die geistige Auseinandersetzung käme, auch wenn die kriegerische vorausgegangen wäre. Und warum denn nicht lieber die kriegerische, die ja doch keine Entscheidung bringe, vermeiden?

Meine Tätigkeit war ohne Bezahlung; ich habe diese auch schon aus dem Grunde abgelehnt, um nicht in Abhängigkeit zu kommen. Aus dem Grunde habe ich auch nicht zugelassen, dass mein Name bei der Dotation der Erfinder genannt wurde, was mit der Zuweisung ganz erheblicher Geldsummen verknüpft war.

Die Bezahlung bei der IG blieb stehen, weil wir nicht Kriegsverdiener werden wollten in einer Zeit, in der von anderen der Einsatz des Lebens verlangt wurde.

Wir waren durch die Ölverhandlungen in ein sehr gutes Verhältnis zu den Groß-Konzernen gekommen; es wäre dies m.E. der Weg gewesen, wodurch man, wenn dieser Weg auch auf anderen Gebieten beschritten worden wäre, das Eintreten der Wirtschaftskrise hätte vermeiden können. Der Anblick von Long Beach bei Los Angeles hatte mich damals angesichts des ungeheuren Ölvorkommens auf den Gedanken gebracht, mit den Ölfirmen zusammenzuarbeiten, um so unserer Chemie die Möglichkeit zu geben, an diesem für uns ganz neuen Rohmaterial unsere Kunst zu zeigen. Ausserdem hatte ich drüben die maßgebenden Persönlichkeiten in der Ölindustrie kennen gelernt und damit auch ihre großzügige Auffassung in Wirtschaftsfragen, die über die ganze Welt sich erstrecken, bewundern gelernt. Das war für mich die Veranlassung gewesen, der IG die Gründung der "Jasco" vorzuschlagen.

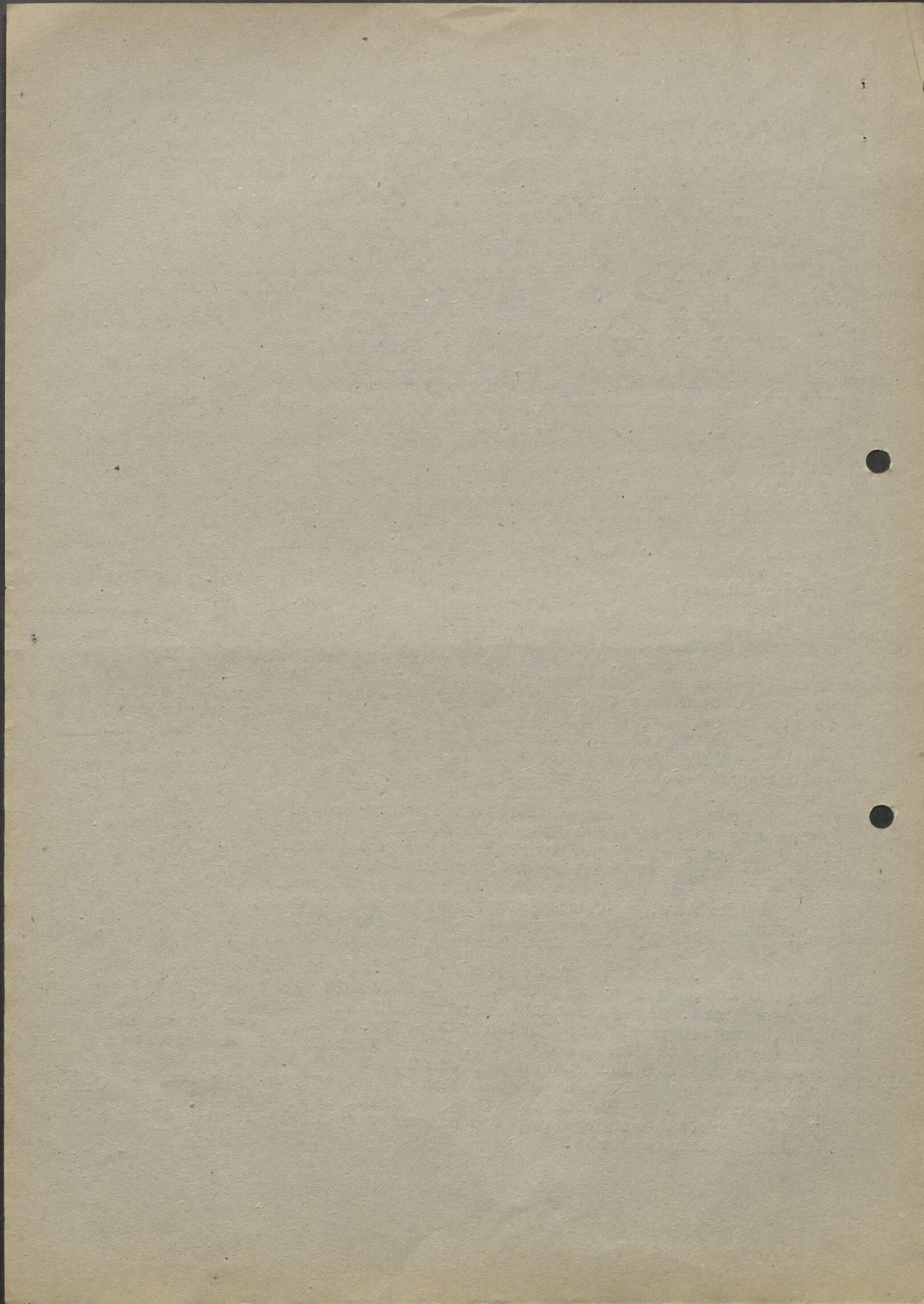
Estrifft nicht zu, dass wir im Erfahrungsaustausch den Ölfirmen gegenüber zurückgehalten haben. Erst im Jahre 1939 haben uns die Vertreter der Ölfirmen, die zum Erfahrungsaustausch in Ludwigshafen waren, verlassen, nachdem sie ständig die technisch reifen Verfahren ihren Firmen vermittelt hatten. Ich kann mir nicht denken, dass es den amerikanischen Firmen möglich gewesen wäre, während des Krieges in das Buna-Gebiet einzudringen, wenn ihnen nicht unsere Erfahrungen



zur Verfügung gehabt hätten. Was wir ihnen nicht geben konnten, waren die Erfahrungen auf dem Gebiete der Buna-Verarbeitung (Reifenherstellung), die ja nicht bei uns, sondern bei Firmen wie der Conti vorlagen. Gewiß sei uns 1939 nach Ausbruch des Krieges von der Regierung gesagt worden: Keine Erfahrungen mehr nach USA geben, da sie von dort nur an die Engländer weitergegeben würden. Auch schon vorher wurde uns das Mißfallen der Regierung über unsere Zusammenarbeit mit dem Ausland zum Ausdruck gebracht, was wir aber nicht annahmen, da wir durch unsere Verträge gebunden waren. Die Sache kam zur Sprache, als an uns das Ansinnen gestellt wurde, aufgrund unserer Erfahrungen eine Bleitetraäthylanlage ohne die Ethyl-Gas-Corp., in deren Händen die Patente lagen, zu errichten. Wir haben das abgelehnt, weil wir zu unseren Verträgen stehen wollten und schlugen dagegen vor, ganz offen mit den Amerikanern über eine Lizenz auf diesem Gebiete zu sprechen. Schacht, mit dem ich damals zu verhandeln hatte, hatte auch vollkommenes Verständnis für unsere Lage. Gehrt, Schmitz, v. Knieriem, Dr. Fischer und ich fuhren damals nach London, wo wir sowieso unsere alljährlichen Besprechungen mit der Shell und Standard hatten, und brachten bei dieser Gelegenheit die Sprache auf die Blei-Frage und kamen auch zu einer Vereinbarung. Zur Überbrückung wurden grössere Mengen von Bleitetraäthyl von der Ethyl-Gas-Corp. damals nach Deutschland gegeben.

Ford hatte Gehrt, Bosch gebeten, in den Aufsichtsrat seiner deutschen Ford-Gesellschaft einzutreten, da er einen einflußreichen deutschen Wirtschaftler in der Leitung haben wollte. Nach dem Tode von Bosch wandte sich der Aufsichtsratsvorsitzende, Gehrt, Albert, der unter der Weimarer Regierung Verkehrsminister gewesen war, an mich, um mich in Übereinstimmung mit Henry Ford zu bitten, den Posten von Bosch zu übernehmen. Er wolle mir nicht verhehlen, dass dieses Amt für mich in absehbarer Zeit Unannehmlichkeiten bringen könne, da Bestrebungen im Gange wären, der Gesellschaft ihre Selbständigkeit zu nehmen und sie in der Hermann-Göring-Gesellschaft aufgehen zu lassen. Ich sagte ihm, ich wolle aus Gründen der Höflichkeit von der Übernahme dieses Postens der Regierung Kenntnis geben, ich selbst sei selbstverständlich bereit, die Nachfolgeschaft von Bosch anzunehmen. Nach einiger Zeit kam Gehrt, Albert zu mir, um mir mitzuteilen, dass die erwähnten Bestrebungen der Hermann-Göring-Werke jetzt ernste Formen annahmen und bat mich um meine Unterstützung. Ich ging zu Göring und trug ihm die Angelegenheit vor. Ich sagte ihm, ich kenne die Firma Ford, ich glaube, dass wir einmal viel voneinander haben können, wenn wieder einmal normale Zeiten sind, und ich fürchte, wenn wir jetzt gegen Ford handeln, ein für allemal die Aussichten für diese spätere Zusammenarbeit zerstört zu sehen. Göring stimmte mir zu, Ford werde unabhängig bleiben, was auch geschah.

Nach dem 20. Juli 1944 wurde gegen Gehrt, Albert eine Untersuchung eingeleitet, weil er angeblich in dieses Kom plott verwickelt gewesen wäre. Der juristische Beirat der Ford-Gesellschaft bat mich, vorübergehend den Posten von Gehrt, Albert einzunehmen und fragte mich, ob ich bereit wäre, für Albert in seinem Verfahren einzustehen und für ihn zu zeugen, was ich zusagte. Meines Ermessens wurde auch von meiner Aussage Gebrauch gemacht und mir nach einiger Zeit von der Ford-Gesellschaft mitgeteilt, dass die Anklage nichts gegen Gehrt, Albert ergeben habe und er vermutlich in nächster Zeit wieder entlassen werde.



Die IG hat nach dem Weltkrieg 1914/1918 eine Reihe eigener Fabriken in Frankreich, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten, verloren. Aus diesen Fabriken war dann später ein erheblicher Anteil der chemischen Industrie Frankreichs hervorgegangen. Das Wirtschaftsministerium hatte nach der Besetzung Frankreichs 1940 die IG aufgefordert, sich dieser Firmen anzunehmen, um zu sehen, wie sie wieder in Produktion zu bringen wären. Die IG hat mit diesen Firmen Abkommen im Verhältnis 49:51 geschlossen und sie bei ihrer Wiederinbetriebsetzung technisch unterstützt. Es ist anzunehmen, dass, wenn das von einer anderen Firma gemacht worden wäre, die französischen Firmen als solche geschluckt worden wären. Irgendein Bestreben, die Kapazität der IG auf einem solchen Wege zu vergrößern, konnte nur im Gehirn von Leuten entstehen, die vom wirklichen Gang der Dinge keine Ahnung hatten. Schon in Deutschland war den maßgebenden Leuten der Regierung der IG-Konzern als "Staat im Staate" ein Dorn im Auge, und man suchte nach jeder Möglichkeit, um ihre Interessensphäre zu verkleinern. So sagte mir Prof. Hettlage, der Finanzmann des Ministeriums Speer Ende 1944: Sie sehen ja wohl viel zu klar, als dass Sie nicht wüssten, dass von einem Bestehen des IG-Konzerns nach dem Kriege keine Rede mehr sein kann. Es ist nur die Frage, wie beim Zerschlagen dieses Konzerns, der ja, wie Sie wissen, ein Punkt des Parteiprogramms ist, eine Vernichtung dieses wichtigen Devisenbringers vermieden und nicht alles Porzellan zerschlagen wird. Ich habe natürlich über diese Frage, die wohl jeder der maßgebenden, nüchtern denkenden Männer der IG hat kommen sehen, nachgedacht und glaube eine Lösung im Sparten-Sinn gefunden zu haben. Hettlage war auf diese Frage gekommen, weil wir am Abend vorher mit Gauleiter Bürckel über Ähnliches gesprochen hatten. Bürckel hatte sich anerkennend über die technische Leistung des Werkes Ludwigshafen-Oppau ausgesprochen und hinzugefügt, er müsse aber gleichzeitig sagen, von den 3 leitenden Herren: Wurster, Ambros, Müller-Cunradi sei nicht einer Nationalsozialist. Auch in der gesamten Leitung der IG säße nicht ein wirklicher Nationalsozialist. Die IG hätte es fertiggebracht, ihre Verfahren wie Hydrierung und Buna nach USA, wie er sich ausdrückte, zu "verfuggern". Ich habe vergeblich versucht, ihn über internationale Verträge und ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben aufzuklären.

Ganz in ähnlicher Weise, nur sehr viel schärfer, hatte seinerzeit Gauleiter Sprenger mit mir gesprochen. Er hatte mich gebeten, ihn in Frankfurt aufzusuchen. Er erklärte mir ganz unverblümt, dass er vom Führer den Auftrag hätte, für eine zuverlässige Leitung der IG, die ja ihren Sitz in seinem Gau habe, zu sorgen. Zu der Frankfurter Leitung Gehrt, Schmitz, Schnitzler, tief Meer habe er politisch kein Vertrauen. Diese Leute müssten möglichst bald durch Nationalsozialisten ersetzt werden. Er könnte mir dafür schon Vorschläge machen und nannte auch einige Namen. Ich sagte ihm, dass ich, wenn ich auch nur einen dieser Namen anerkennen würde, damit zugeben würde, dass er Recht hätte. Die IG würde national in dieser Kriegszeit ihre Pflicht tun. Dass sie nicht zu allem Ja sage, könne ihr nicht verübelt werden. Er fing dann vom Aufsichtsrat an, den er auch umgestellt haben wollte, da er zu ihm ebenfalls kein Vertrauen habe. Da ich auf meinem Standpunkt beharrte, brach er ziemlich brüsk die Unterhaltung ab.



halte es für ausgeschlossen, dass wir überhaupt empfangen würden und wenn ja, hätten wir uns einen Vortrag anzuhören, in dem das Gegenteil von dem für richtig befunden würde, was wir vortragen wollten. Auch von anderer Seite wurde mir diese Auffassung bestätigt.

Eine Frage über die Tätigkeit des Gebechem in der Arbeiterbeschaffung wurde von mir dahin beantwortet, dass die Beschaffung der Arbeitskräfte Sache des Arbeitsministeriums bzw. Generalbeauftragten für die Arbeiterbeschaffung Sauckel war. Der Gebechem hatte die von den Werken geforderten Arbeitskräfte ihrer Zahl nach zu überprüfen und das Ergebnis dieser Überprüfung dem GB-Arbeit mitzuteilen. Durch Aussenstellen wurden fremde Firmen aufgefordert, mit ihrer Belegschaft einen Bauauftrag in Deutschland zu übernehmen unter den in dem betreffenden Lande üblichen Bedingungen. Dieses Verfahren stieß aber auf Widerstand des Arbeitsministeriums, das eine Durchbrechung seines Systems der Arbeiterbeschaffung fürchtete.

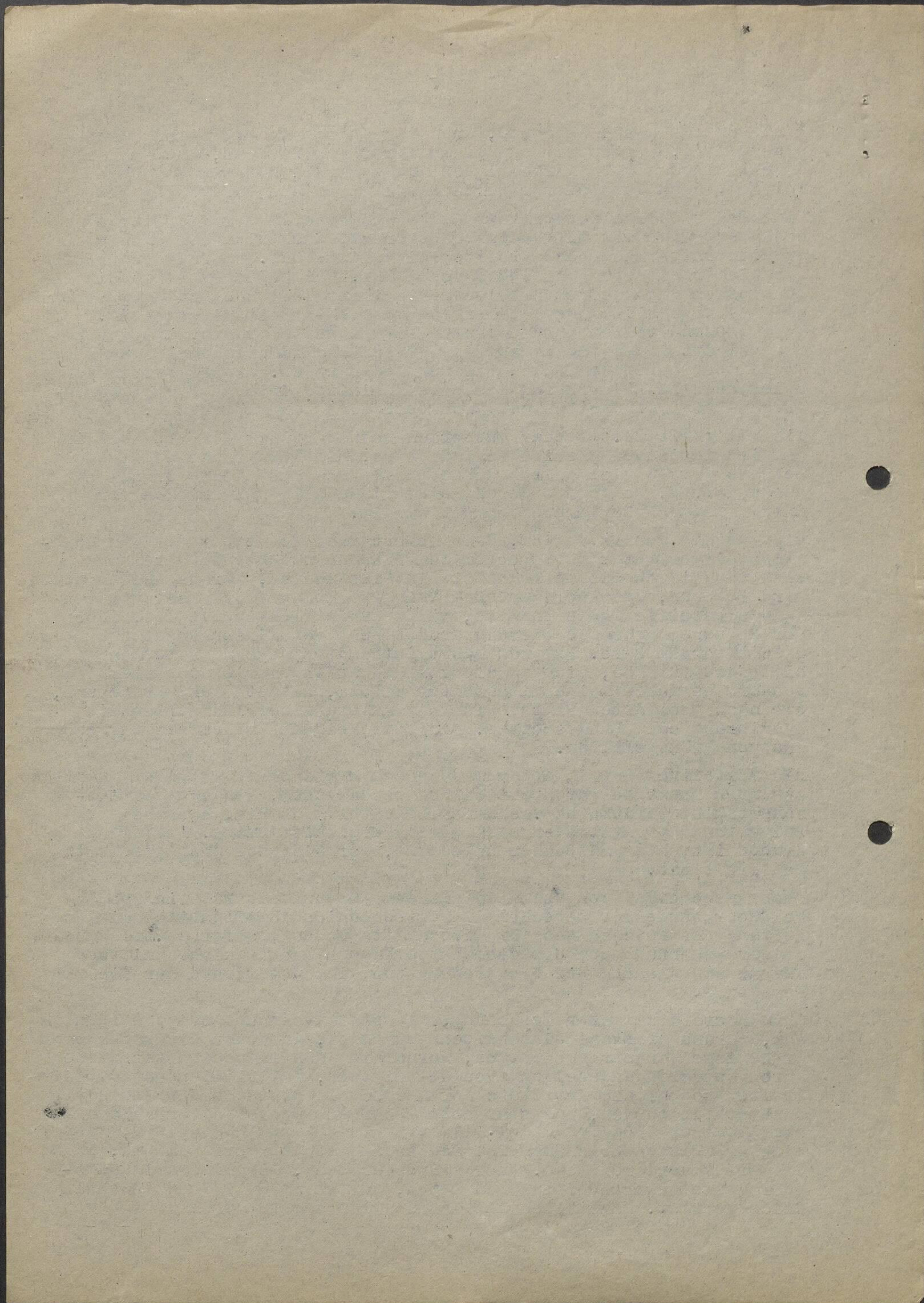
Die Tätigkeit Dr.ter Meer entsprach seiner bisherigen Stellung in der italienischen chemischen Industrie, mit der er vor dem Kriege seitens der IG viel zu tun gehabt hatte und aus diesem Grunde auch genau kannte. Es konnte durch seine Einschaltung vermieden werden, dass falsche Experimente gemacht wurden.

Die Aussage von Dr. Kugler, dass sofort nach Besetzung der Tschechoslowakei Vertreter des Gebechem in Falkenau erschienen wären und sich für die chemische Industrie interessierten, woraus geschlossen werden könne, dass der Gebechem bei der Planung der Besetzung des Landes beteiligt gewesen wäre, wurde dahin richtiggestellt, dass der Gebechem genau so wie die andere Welt von dieser Besetzung überrascht worden wäre. Die nach dort entsandten Herren hatten auch nicht die Aufgabe, sich um die vorhandene Industrie zu kümmern, sondern es waren meine Mitarbeiter Eckell, Altpeter und Kranepuhl, die nach geeigneten Plätzen für den Ausbau neuer Industrien wie Hydrierung oder Buna suchten. Die Entscheidung ist damals für den Bau von Brüx gefallen.

Die Verteilung der in den vom Gebechem errichteten Fabriken hergestellten Produkte war nicht Sache des Gebechem, sondern des Wirtschaftsministeriums bzw. seiner Reichsstelle Chemie, oder bei Pulver und Sprengstoffen Sache des Heereswaffenamtes. Aus diesem Grunde ist es dem Gebechem unbekannt, wer Giftgase nach Auschwitz geliefert hat.

Nach Ausscheiden von Czimatis aus dem Amt und Eintritt in das Feldheer wurde der Gebechem in Personalunion kommissarisch mit der Leitung des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau beauftragt. Bis zu seiner Ernennung zum Gebechem hatte Krauch bisher nichts mit dem Ausbau und Planung der Fabriken zu tun, ihm unterstand nur die Forschung.

Zur Unterstützung der Forschung, die stark vernachlässigt worden war, wurden Arbeitsgemeinschaften gegründet, in denen die gefundenen Ergebnisse vorgetragen wurden, woraufhin dann in geeigneter Weise durch Zurverfügungstellung von Geldmitteln, Materialien und Arbeitskräften sowohl die Institute der Hochschule als auch der Industrie unterstützt wurden, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Grundlagen- als auch der Zweckforschung. Wir standen auf dem Standpunkt, dass eine Grundlagenforschung erst recht unterstützt werden müsse, wenn der Krieg verloren gehe. Auch Privatpersonen, die mit Erfindungs- oder Verbesserungsvorschlägen kamen, wurden nach Prüfung in ähnlicher Weise betreut. Namentlich die Hochschulen machten sehr häufig von



dieser Einrichtung des Vierjahresplanes Gebrauch, da die sonstigen Mittel, die ihnen der Staat über ihren Etat zur Verfügung stellte, ausserordentlich bescheiden waren und kaum zur Aufrechterhaltung des Unterrichts genügten, geschweige denn zur Aufnahme von Forschungsarbeiten. Dieses System der Unterstützung der Forschung wurde von dem später gegründeten Reichsforschungsrat übernommen, dessen Präsident Göring war, mit ihm saßen andere Reichsminister im Präsidium; Mitglied des Beirates des Präsidiums war u.A. Staatssekretär Körner, der, da er kein Wissenschaftler war, mich öfters mit seiner Vertretung beauftragte. Geschäftsführender Präsident des Reichsforschungsrates war Prof. Mentzel.

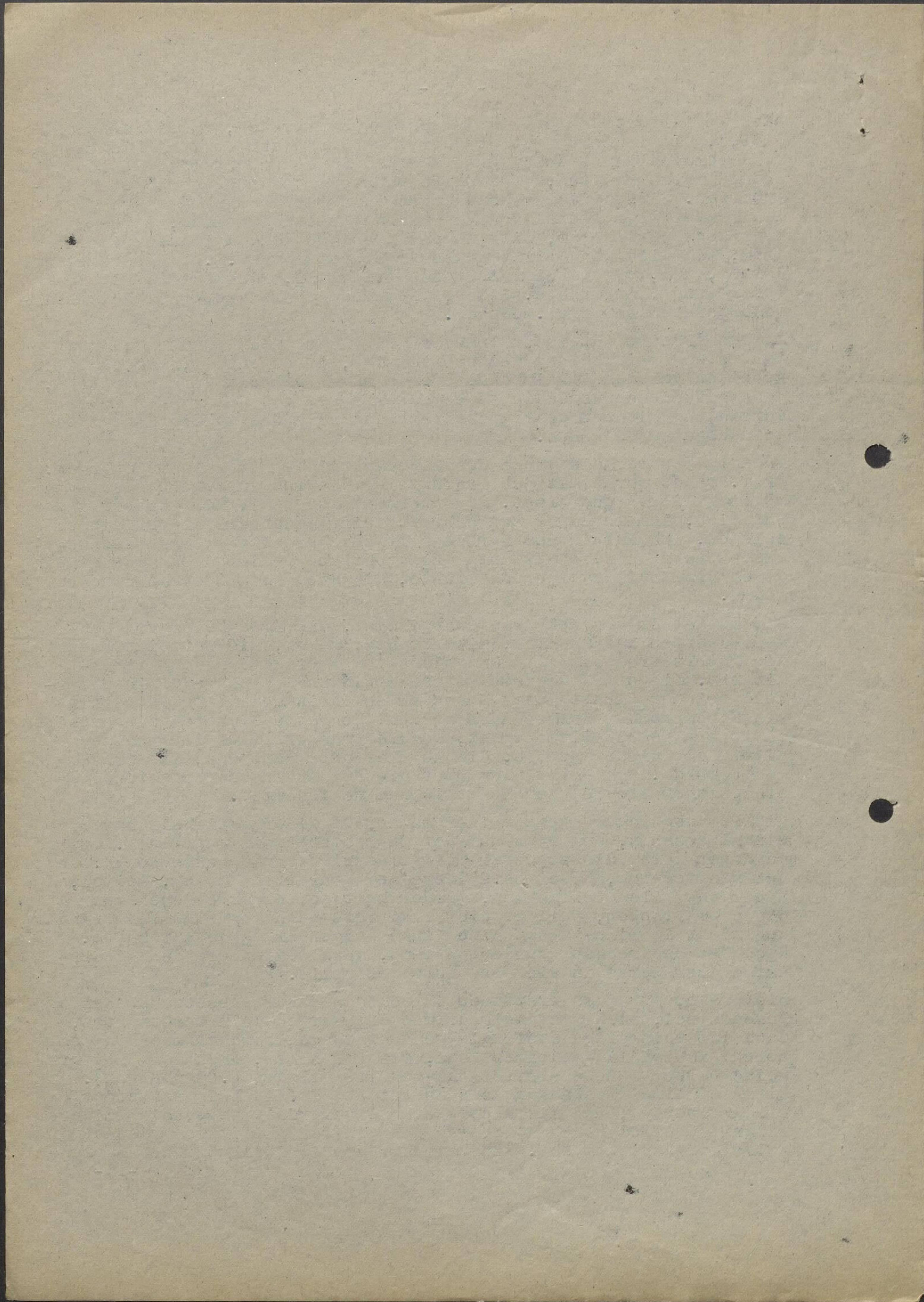
An den Arbeiten über den Uranzerfall (Atombombe) wurde der Gebechem in keiner Weise beteiligt, im Gegenteil, wurden diese Arbeiten vor ihm geheimgehalten, da angeblich die Gefahr bestand, dass auf diesem Wege die IG etwas erfahre, was dann wegen ihrer engen Verbindung mit den Gesellschaften des Auslandes in die Hände des Feindes gelangen könne.

Ende 1943 wurde die Frage des Gaskampfkrieges erneut aufgeworfen. Prof. Brandt wurde mit der Prüfung der dadurch zu erreichenden Möglichkeiten beauftragt. Er unterhielt sich mit mir darüber und bat mich, ihm in einer Denkschrift meine Gedanken darüber niederzulegen. Ich kam in der Denkschrift zur Auffassung der Ablehnung eines Gaskrieges, da er unter den heutigen Bedingungen sich allein gegen die Zivilbevölkerung richte, die sich seiner nicht erwehren könne.

Die IG hat es vor dem Kriege abgelehnt, die Produktion von Gaskampfstoffen aufzunehmen, mit der Begründung, sie sei eine Industrie, die Export treiben wolle und nicht die Fabrikation von Kriegsmitteln. Die neuen Gaskampfmittel Sarin und Tabun waren in Elberfeld bei der Darstellung von neuen Schädlingsbekämpfungsmitteln als Nebenprodukt aufgefunden worden. Es hatte sich bei dem Arbeiten damit ein Todesfall ereignet, wodurch man erst auf die grosse Giftigkeit dieser Stoffe, die seither unbekannt war, aufmerksam gemacht wurde. Der Unfall kam über die Berufsgenossenschaft (einer staatlichen Stelle) zur Kenntnis des Waffenamtes.

Hitler habe ich während meiner ganzen Berliner Tätigkeit nur einmal gesehen, und zwar auf dem Obersalzberg im Juni 1944. Vorausgegangen waren die schweren Fliegerangriffe auf unsere Werke. In der Besprechung, an der ca. 25 Personen, darunter Göring, Keitel, Speer und Milch teilnahmen, wurden heftige Vorwürfe gegen den Gebechem erhoben, weil er die Werke rein nach kommerziellen Gründen und nicht in Hinsicht auf einen zukünftigen Krieg gebaut hätte. Nach der Besprechung wurde bestimmt, dass Geilenberg den Wiederaufbau der Werke in die Hand bekommen solle.

Die Frage, warum es erst nach 4 Wochen nach der Besetzung möglich gewesen sei, mich ausfindig zu machen, wurde dahin beantwortet, dass ich keineswegs ausfindig gemacht wurde, sondern mich in dem Moment freiwillig gemeldet habe, als ich hörte, dass man sich für meine Person interessierte (Aufenthalt: Seissen b. Blaubeuren). Die Art meiner Erkrankung sei zuerst von Dr. Eitel in Oberstdorf erkannt worden, der mir absolute Ruhe verordnet habe, bis weitere Eingriffe erfolgen könnten, was dann in der Klinik von Siebeck in Heidelberg erfolgt sei. Ich sei dort von 4 amerikanischen Heeres-



ärzten (2 Chirurgen, 2 Internisten) aufgesucht worden, die nach Prüfung meines Falles ausführlich mit Siebeck gesprochen hätten.

Die Einzelheiten eines Mob-Planes sind mir erst bekannt geworden, als bei Ausbruch des Krieges durch ein Telegramm des Reichswirtschaftsministeriums die Stilllegung der Werke Ludwigshafen und Oppau aufgrund des "Mob-Planes" befohlen wurde. Ich habe damals sofort Einspruch gegen diese Maßnahme erhoben, die auch dann wieder rückgängig gemacht wurde.

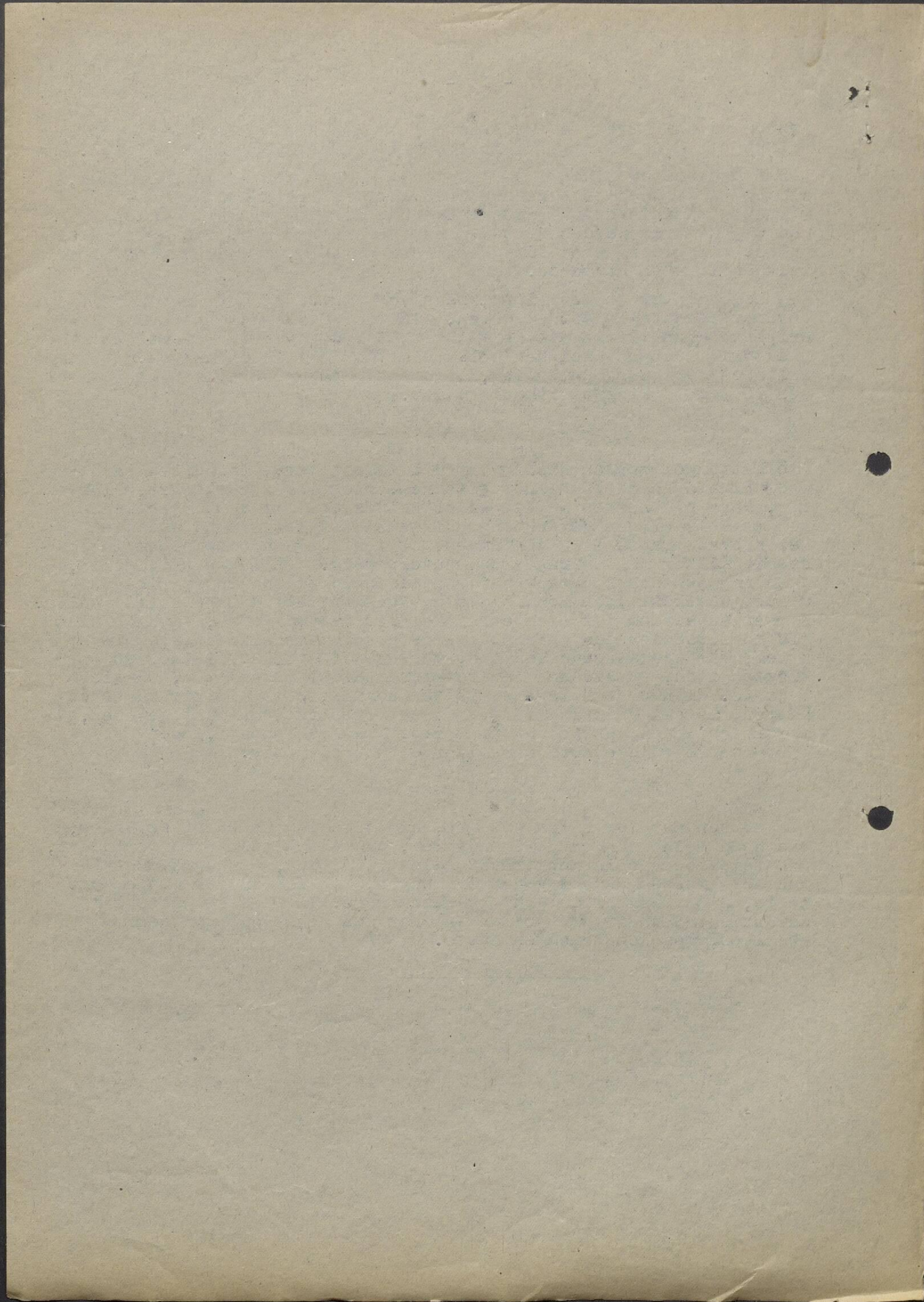
Ein sogenannter "neuer Plan", nach dem in der IG Betrachtungen darüber angestellt worden wären, wie die IG sich nach einem erfolgreichen Kriege die Herrschaft über die gesamte chemische Industrie Europas aneignen solle, ist mir völlig unbekannt. Ich halte es auch für unmöglich, dass er in ernst zu nehmenden Kreisen der IG jemals diskutiert worden ist.

- - - - -

Die Sitzungen wurden nach 3 Tagen unterbrochen; die Herren waren über Sonntag nach Frankfurt gefahren. Nach ihrer Rückkehr erklärten sie, dass die Herren in Frankfurt keineswegs mit den Ergebnissen meiner seitherigen Vernehmung zufriedengestellt wären, und sie seien beauftragt, mich zu fragen, ob ich überhaupt zu einer Zusammenarbeit mit der Militärregierung bereit wäre. Ich sagte den Herren, dass ich deutscher Bürger sei und als solcher in erster Linie meinem unglücklichen Land in seiner verzweifelten Lage helfen wolle. Es sei ausserdem für mich etwas Selbstverständliches, dass ich mich als Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie mit allem, was ich spreche und tue, vor die IG stelle. Die Herren fragten mich, ob sie das in Frankfurt berichten sollten, was ich bejahte. Am nächsten Tage erklärten sie mir, dass sie mir zu sagen hätten, es sei Verständnis für diese Worte in Frankfurt gewesen, wofür ich ihnen dankte und erklärte, dass ich unter diesen Umständen für jede Form der Mitarbeit bereit wäre.

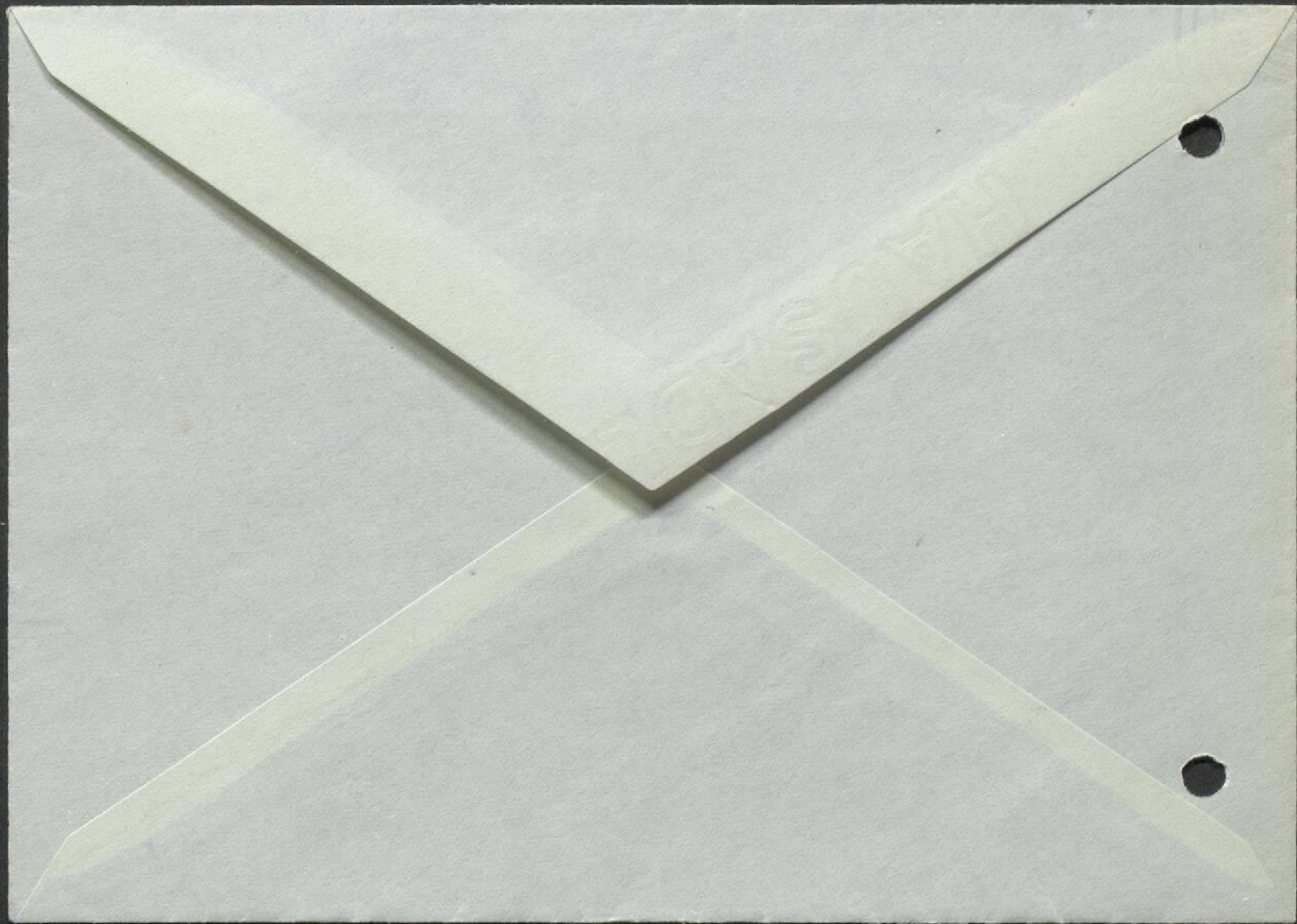
- - - - -

Sie hätten aus den Akten ersehen, die sich in Frankfurt befinden, wie hoch meine Bezüge gewesen wären, und sie hätten sich gewundert, dass meine Bezüge in Anbetracht meiner Stellung, der Verdienste und der grossen Anzahl von Erfindungen, die ich in der IG gemacht hätte, nicht erheblich höher gewesen wäre. In Amerika hätte ein derartiger Mann in der Stellung sicher das Zehnfache von dem erhalten, was ich bekommen hätte.



Brief von Ls. Ph. Lüders.

Unsere Fürsorge für seinen Sohn betr.



48

42

in Odenwald

1870/71

Boesfelden

Nieder

Falkenberg in Falkenberg

Maria Theresia



54

Gummierung hier lösen



Ernsthausen

Frau

Schloß

Abfender:

Philipp Leiders

Münster Münsterberg 11 bei Tesen.

24

Gernan. Privat

Gummierung

09

(24) Lössen. Mönckeweg 11 bei Jessen, den 13. XII. 45
Liebe Maria! Wie ich höre, ist Euer Haus in Lohrerbach
von den Amerikanern beschlagnahmt worden. Ich fürchte
ich, daß diese Beschlagnahme sich auch auf den mir gebo-
rigen großen Rohrplatten-Koffer erstreckt, den ich zum Schutz vor
Bombenangriffen aus Berlin. Löhndorf zu Euch nach Heidelberg
im Jahre 1943 mit Eurer freundlichen Einwilligung schickte.
Ich bitte Euch, einer etwaigen Entsorgung des Koffers oder Ent-
nahme seines Inhalts in meinem Namen als des Eigentümers
der darin liegenden Sachen zu widerstehen. Ich mache mein
unverletzbares Eigentum daran um so begünstigender geltend als
ich durch die Bescheinigung (Certificate) No 3380 der
"Vorgemerkenschaft der durch die Nürnberger Gasse Prof-
fessoren" (Union People persecuted by the Nuremberg Racial
Laws) in Hamburg Dammtorwall 41 dem besondern
Schutz der Besatzungsmächte genieße, den mir auch die Ame-
rikaner nicht vorzuziehen dürfen!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Dir und Deinem Mann,
Petrus Oskar Karl Krauch, an den ich mich immer in besonde-
rer Zuneigung brieflich wende, meinen wiederholten Dank
aussprechen, wie Ihr uns in der heftigsten Bedrängnis-
todeszeit von Seiten der Nazis drohender Verlegenheiten und
euer Leidenstand, Peter monatelang auf Euren Gut in Obhut
und Schutz gehalten habt! Das werde ich Euch nie vergessen.
Auch hoffe ich, daß diese Überinsellierung wenn nötig bei
etwaigen Schwierigkeiten Berücksichtigung finden möchte,
wenn Ihr vom Inhalt dieses Briefes zu Euren Gunsten Ge-
brauch zu machen für richtig haltet!

An nahenden Weihnachten u. Neujahrs
gedenkt Euch in Treue

beim Vater Philipp Löhndorf

Privat in (Hd) Erlangen. noch bei Löhndorf in
13a, Schloss Marloffstein bei Erlangen
(Mittelfranken)

15. Juli 1946

Frau Maria K r a u c h
z. Zt. H e i d e l b e r g
Hirschgasse/ bei Dir. Häffner

Im Amt
26

Sehr geehrte gnädige Frau,

ich habe heute abend gehört, dass Sie Ihren Herrn Gemahl nach Heidelberg begleitet haben. Ich habe natürlich volles Verständnis für Ihre Handlungsweise, muss Sie aber im Interesse Ihres Gatten und im Interesse des Hofes auf das Dringendste bitten, sofort wieder auf den Falkenhof zurückzukehren und nicht in Heidelberg zu bleiben.

Herr Professor KRAUCH ist zu einer ärztlichen Untersuchung nach Heidelberg gefahren; von dem Ergebnis dieser Untersuchung und von der Stellungnahme des CIC wird es abhängen, ob Herr Professor KRAUCH einige Zeit hier bleiben wird. Es muss bei der gegenwärtigen Situation und im Hinblick auf die Einstellung des Anklägers in Michelstadt auf dem Falkenhof und in Falkengesäss jeder Anschein vermieden werden, als ob es sich nicht um eine rein ärztliche Massnahme von vorübergehendem Charakter handle und als ob Herr Professor KRAUCH sich zu einem längeren Aufenthalt in Heidelberg zusammen mit seiner Gattin gerüstet habe. Dazu kommt noch, dass morgen die Verhandlung gegen Herrn UNGER stattfindet, deren Ausgang durchaus unsicher ist. Es muss u.U. damit gerechnet werden, dass Herr UNGER von der Verhandlung nicht nach Hause kommt und dass an seiner Stelle eine andere Person zum treuhänderischen Verwalter des Hofes bestellt wird. Es erfordern also auch die Interessen des Hofes, der zur Hälfte auf Ihren Namen eingetragen ist, Ihre Anwesenheit auf dem Falkenhof.

12. April 1946

Frau Maria K. v. n. o. b.
s. St. H. e. i. d. e. r
Hirschgasse, bei Dr. H. H. H.

Sehr geehrte gnädige Frau,

Ich habe heute Abend gehört, dass Sie Ihren Herrn Gemahl nach Heidelberg begleitet haben. Ich habe natürlich volles Verständnis für Ihre Handlungsweise, dass Sie aber im Interesse Ihres Gatten und im Interesse des Hofes auf das Dringende bitten, sofort wieder zuhause zurückzukommen und nicht in Heidelberg zu bleiben.

Herr Professor KRAUCH ist an einer ärztlichen Untersuchung nach Heidelberg gefahren; von dem Ergebnis dieser Untersuchung und von der Stellungnahme des GIC wird es abhängen, ob Herr Professor KRAUCH einige Zeit hier bleiben wird. Es muss bei der gegenwärtigen Situation und im Hinblick auf die Einstellung des Anklägers in Michaelstadt auf dem Falkenhof und in Falkengasse jeder Anschein vermieden werden, als ob es sich nicht um eine rein ärztliche Massnahme von vorübergehendem Charakter handle und als ob Herr Professor KRAUCH sich zu einem längeren Aufenthalt in Heidelberg zusammen mit seiner Gattin gestet habe. Dann kommt noch, dass morgen die Verhandlung gegen Herrn UNGER stattfindet, deren Ausgang durchaus unsicher ist. Es muss u. U. damit gerechnet werden, dass Herr UNGER von der Verhandlung nicht nach Hause kommt und dass an seiner Stelle eine andere Person zum freundschaftlichen Vertreter des Hofes bestellt wird. Es erfordert also auch die Interessen des Hofes, der zur Hälfte auf Ihren Namen eingetragen ist, Ihre Anwesenheit auf dem Falkenhof.

Auch wenn Herr UNGER morgen zurückkommt, erscheint es mir doch unbedingt notwendig, dass Sie als Mitbesitzerin des Hofes jetzt dort verbleiben, um Ihr Eigentumsrecht auf alle Fälle zu wahren und schon durch die ~~dadurch~~ dokumentierte Geltendmachung Ihres Anspruches etwaige Angriffe auf den Hof abzuwehren.

Ich glaube, dass bei der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge, bei der mit Zwischenfällen immer zu rechnen ist, die völlig begreiflichen privaten Wünsche gegenüber den Notwendigkeiten, die die Situation hervorrufen kann, unter allen Umständen zurücktreten müssen.

Ich bitte Sie, sehr geehrte gnädige Frau, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich mich auf diese Weise in Ihre Dispositionen mische, aber ich kann die Verantwortung als Vertreter Ihres Gatten nur tragen, wenn Sie auf alle die Gesichtspunkte Rücksicht nehmen, die mir im vorliegenden Falle gegeben erscheinen.

Ich habe mir erlaubt, an Sie persönlich ohne Verständigung Ihres Gatten zu schreiben, da es mir richtig erscheint, im gegenwärtigen Moment jede unnötige Aufregung von Ihrem Gatten fernzuhalten.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr ganz ergebener

Auch wenn Herr UNTER morgen zurückkommt, erscheint es mir
doch unbedingt notwendig, dass Sie als Mittelschlichter des
Hofes jetzt dort verbleiben, um Ihr Eigentumsrecht auf alle
Fälle zu wahren und schon durch die durch dokumentierte
Festsetzung Ihres Anspruchs etwaige Angriffe auf den
Hof abzuwehren.

Ich glaube, dass bei der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge,
bei der mit Zwischenfällen immer zu rechnen ist, die völlige
geistliche Präsenz Ihres Gegenüber den Notwendigkeiten,
die die Situation hervorgerufen kann, unter allen Umständen
vorzuziehen ist.

Ich bitte Sie, sehr geehrte gnädige Frau, es mir nicht übel
zu nehmen, wenn ich mich auf diese Weise in Ihre Dispositionen
mische, aber ich kann die Verantwortung als Vertreter Ihres
Gatten nur tragen, wenn Sie auf alle die Gesichtspunkte Rück-
sicht nehmen, die mir im vorliegenden Falle gegeben erscheinen.

Ich habe mir erlaubt, an Sie persönlich ohne Verständigung
Ihres Gatten zu schreiben, da es mir richtig erscheint, im
gegenwärtigen Moment jede unnötige Aufregung von Ihrem Gatten
fernzuhalten.

Mit verbindlichen Grüßen bin ich

Ihr ganz ergebener

15. Juli 1946

An den

Dr. H./Kr.

Ankläger bei der Spruchkammer
für den Stadtkreis Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstrasse

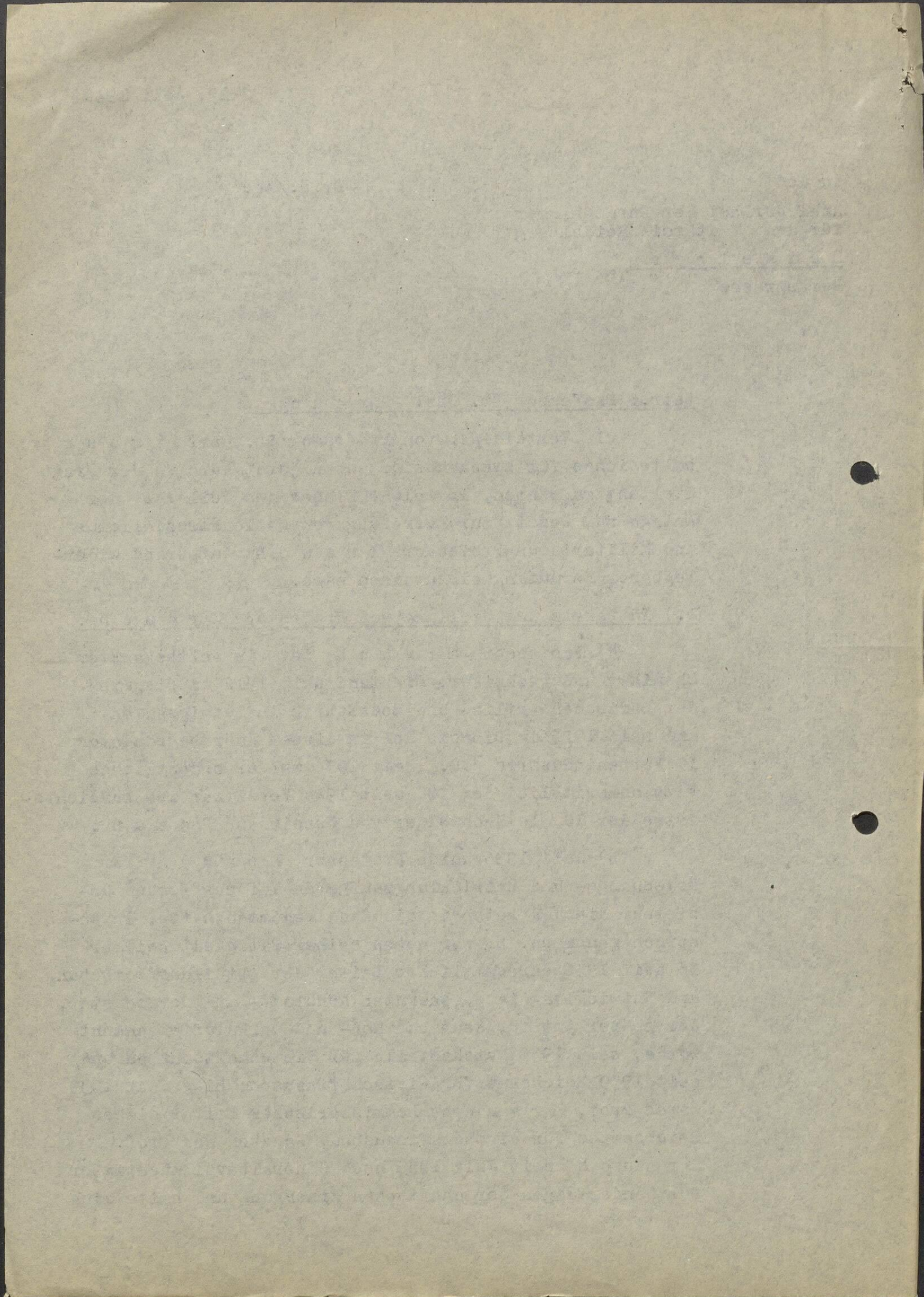
Betr.: Professor Dr. Carl K r a u c h .

Als Verteidiger von Professor Dr. Carl K r a u c h halte iches für zweckmässig, schon jetzt kurz zu der Frage Stellung zu nehmen, in welche Klasse des Teiles A der Anlage zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus Professor K r a u c h auf Grund widerlegbarer Vermutung einzureihen wäre.

1.) Tätigkeit und Stellung von Professor K r a u c h .

a) Professor K r a u c h ist ein weltbekannter Chemiker und Techniker. Er stand seit 1912 im Dienste der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen und seit 1925 im Dienste der in diesem Jahr begründeten IG Farbenindustrie A.G. Seit 1934 war er ordentliches Vorstandsmitglied der IG, seit 1940 Vorsitz der Aufsichtsrates der IG als Nachfolger von Geheimrat B o s c h .

b) Seit 1936 wurde Professor K r a u c h für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf chemischen Gebieten, die das Reich in die Hand genommen hatte, in Anspruch genommen. Er war neben seiner Tätigkeit bei der IG seit 1936 ehrenamtlicher Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung im sogenannten Rohstoff- und Devisenstab, der später Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe genannt wurde, seit 1938 Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und seit 1939 Reichsamt für Wirtschaftsausbau hiess. Ab 1939 wurde Prof. K r a u c h kommissarischer Leiter dieses Reichsamtes für Wirtschaftsausbau. Daneben war Prof. K r a u c h seit Juli 1938 noch Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und hatte sich



in dieser Eigenschaft speziell mit der Entwicklung von Treibstoffen, Buna, Leichtmetallen, Stickstoff, Hefe, Lacken und dergl. zu befassen. Hierbei bediente er sich des Apparates des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau.

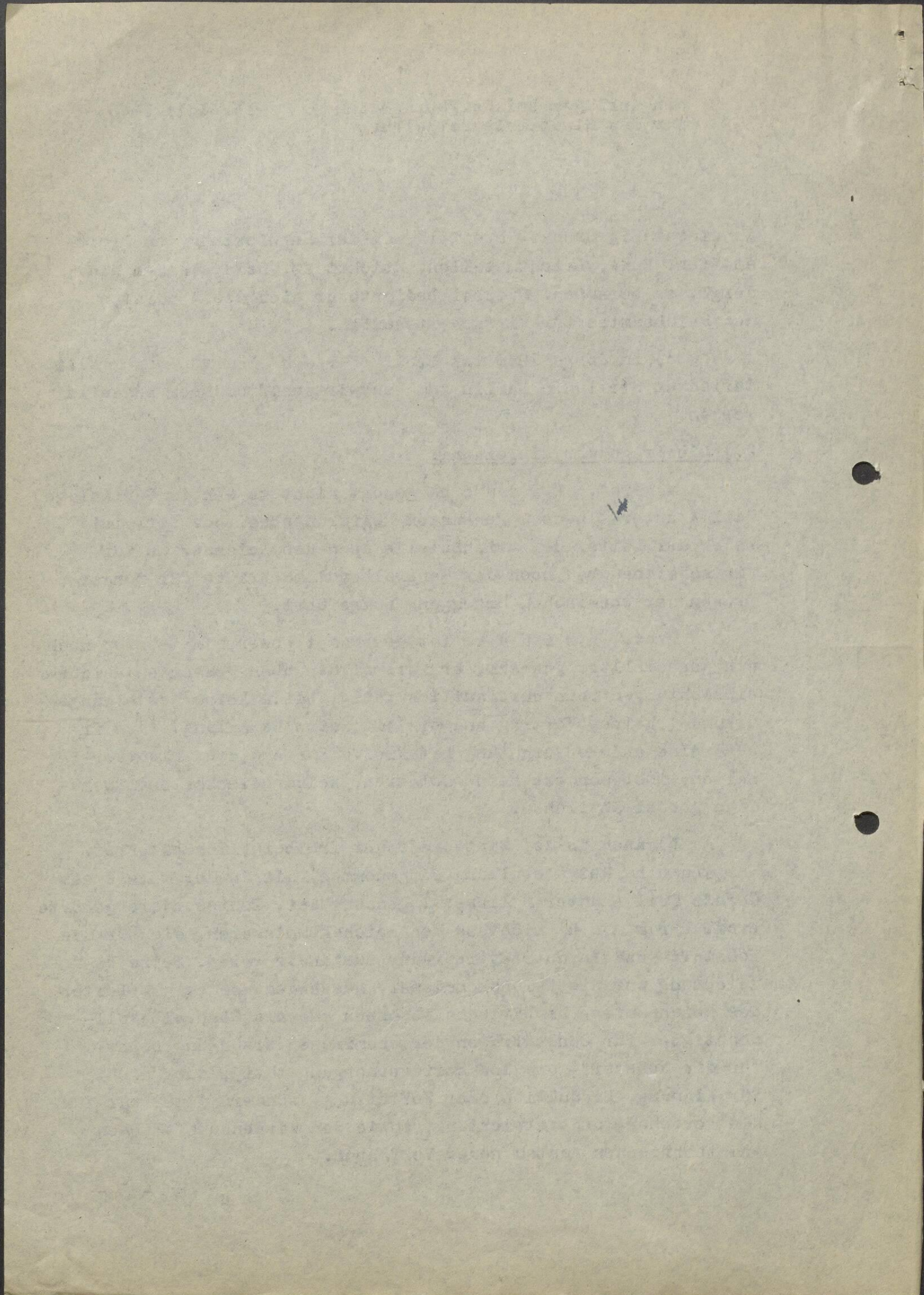
c) Im Jahre 1938 ist Prof. K r a u c h von einer militärischen Stelle in Berlin zum Wehrwirtschaftsführer bestellt worden.

2.) Die Frage der Einreihung:

a) Prof. K r a u c h gehört nicht zu den in der Anlage Teil A unter ^KKlasse I genannten Regierungsbeamten. Dort ist weder der Leiter der Reichsstelle noch des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau, noch der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung aufgeführt.

Prof. K r a u c h ist überhaupt weder ein Beamter noch ein Angestellter gewesen; er war bei den oben genannten Reichseinrichtungen rein ehrenamtlich tätig, hatte keine Bestellungsurkunde, keinen Vertrag und erhielt keine Bezahlung. Auch irgend eine andere Vergütung hat Prof. K r a u c h nicht erhalten, insbesondere keine Dotation, keine Reisekostenentschädigung oder ähnliches.

b) Auch in der Wirtschaft und freiberuflich hat Prof. K r a u c h keine Stellung eingenommen, die in der Anlage zum Gesetz Teil A unter M Klasse I genannt ist. Insbesondere gehörte Prof. K r a u c h nicht zu den Reichskommissaren, die für die Rohstoff- und Industrierversorgung zuständig waren. Seine Bezeichnung war nie Reichskommissar, ausserdem war er als Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau und als Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung nicht für die Rohstoff- und Industrierversorgung tätig, auch nicht für Planung, Produktion oder Verteilung, sondern immer nur für die Forschung und Entwicklung, sowie den wissenschaftlichen und technischen Ausbau neuer Verfahren.



c) Als Wehrwirtschaftsführer, der im Jahre 1938 von einer militärischen Stelle ernannt worden ist, gehört Prof. K r a u c h nicht zu den Wehrwirtschaftsführern, die unter A/M Klasse I und Klasse II genannt sind.

d) Dagegen fällt Prof. K r a u c h unter A/M Klasse II deswegen, weil er Vorsitz der Aufsichtsrates der IG war und seit Mai 1937 als Mitglied der NSDAP angehört hat.

3.) Weitere Ausführungen bleiben vorbehalten, insbesondere bin ich bereit, auf Wunsch des Anklägers noch eingehendere Ausführungen über Tätigkeit und Stellung von Prof. K r a u c h zu machen und Beweise für Art und den Umfang dieser Tätigkeit anzubieten. Ausserdem bleiben natürlich alle Ausführungen vorbehalten, die mit der Widerlegung der vermutlichen Zugehörigkeit zu Klasse II zusammenhängen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Rechtsanwalt.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO
THE UNIVERSITY OF CHICAGO

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

E n t w u r f

An den Ankläger bei der Spruchkammer
für den Stadtkreis Heidelberg

H e i d e l b e r g
Bergstrasse

Betrifft: Professor Dr. Carl KRAUCH

Als Verteidiger von Professor Dr. Carl KRAUCH halte ich es für zweckmässig, schon jetzt kurz zu der Frage Stellung zu nehmen, in welche Klasse des Teiles A der Anlage zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus Professor KRAUCH aufgrund widerlegbarer Vermutung einzureihen ~~ist.~~ *wäre.*

1.) Tätigkeit und Stellung von Professor KRAUCH

a) Professor KRAUCH ist ein weltbekannter Chemiker und Techniker. Er stand seit 1912 im Dienste der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen und seit 1924 im Dienste der in diesem Jahr begründeten IG Farbenindustrie AG. Seit 1934 war er ordentliches Vorstandsmitglied der IG, seit 1940 Vorsitzter des Aufsichtsrates der IG als Nachfolger von Geheimrat BOSCH.

b) Seit 1936 wurde Professor KRAUCH für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf chemischen Gebieten, die das Reich in die Hand genommen hatte, in Anspruch genommen. Er war neben seiner Tätigkeit bei der IG seit 1936 ehrenamtlicher Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung im sogenannten Rohstoff- und Devisenstab, der später Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe genannt wurde, seit 1938 Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und seit 1939 Reichsamt für Wirtschaftsausbau hiess. Ab 1939 wurde Prof. KRAUCH kommissarischer Leiter dieses Reichsamtes für Wirtschaftsausbau. Daneben war Prof. KRAUCH seit Juli 1938 noch Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und hatte sich in dieser Eigenschaft speziell mit der Entwicklung von Treibstoffen

An den Ankläger bei der Spruchkammer
für den Stadtkreis Heidelberg

Heidelberg
Bismarckstrasse

Betr.: Professor Dr. Carl Krauch

Als Verteidiger von Professor Dr. Carl Krauch habe ich es
für zweckmäßig, schon jetzt kurz zu der Frage Stellung zu
nehmen, in welche Klasse des Teiles A der Anlage zum Gesetz
zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
Professor Krauch aufgrund welcher Vermutung einzuordnen
ist.

1. Tätigkeit und Stellung von Professor Krauch

a) Professor Krauch ist ein weltbekannter Chemiker und
Techniker. Er stand seit 1912 im Dienste der Badischen
Anilin- und Soda-Fabrik AG in Ludwigshafen und seit 1924 im
Dienste der in diesem Jahr gegründeten IG Farbenindustrie AG.
Seit 1934 war er ordentliches Vorstandsmitglied der IG, seit
1940 Vizepräsident des Aufsichtsrates der IG als Nachfolger
von Geheimrat Bosch.

b) Seit 1936 wurde Professor Krauch für Forschungs- und
Entwicklungsaufgaben auf chemischen Gebiet, die das Reich
in die Hand genommen hatte, in Anspruch genommen. Er war neben
seiner Tätigkeit bei der IG seit 1936 ehrenamtlich Leiter
der Abteilung Forschung und Entwicklung im sogenannten
Rohstoff- und Entwicklungsamt, der später Amt für deutsche Roh-
stoffe und Werkstoffe genannt wurde, seit 1938 Reichsstelle für
Wirtschaftsaufbau und seit 1939 Reichsamt für Wirtschaftsaufbau-
bauwesen. Ab 1939 wurde Prof. Krauch kommissarischer Leiter
dieses Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau. Daneben war
Prof. Krauch seit Juli 1938 noch Generalbevollmächtigter für
Sonderfragen der chemischen Erzeugung und hatte schon in
dieser Eigenschaft speziell mit der Entwicklung von Treib-

Buna, Leichtmetallen, Stickstoff, Hefe, Lacken u. dergl. zu befassen. Hierbei bediente er sich des Apparates des Reichsamtes *für Wirtschaftsausbau*.

c) Im Jahre 1938 ist Prof. KRAUCH von einer militärischen Stelle in Berlin zum Wehrwirtschaftsführer bestellt worden.

2.) Die Frage der Einreihung:

a) Prof. KRAUCH gehört nicht zu den in der Anlage Teil A unter K Klasse I genannten Regierungsbeamten. Dort ist weder der Leiter der Reichsstelle noch des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau noch der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung aufgeführt.

Prof. KRAUCH ist überhaupt weder ein Beamter noch ein Angestellter gewesen; er war bei den oben genannten Reichseinrichtungen rein ehrenamtlich tätig, hatte keine Bestallungsurkunde, keinen Vertrag und erhielt keine Bezahlung. Auch irgend eine andere Vergütung hat Prof. KRAUCH nicht erhalten, insbesondere keine Dotation, keine Reisekostenentschädigung oder ähnliches.

b) Auch in der Wirtschaft und freiberuflich hat Prof. KRAUCH keine Stellung eingenommen, die in der Anlage zum Gesetz Teil A unter M Klasse I genannt ist. Insbesondere gehörte Prof. KRAUCH nicht zu den Reichskommissaren, die für die Rohstoff- und Industrerversorgung zuständig waren. Seine Bezeichnung war nie Reichskommissar, ausserdem war er als Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau und als Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung nicht für die Rohstoff- und Industrerversorgung tätig, auch nicht für Planung, Produktion ^{oder} ~~und~~ Verteilung, sondern immer nur für die Forschung und Entwicklung sowie den wissenschaftlichen und technischen Ausbau neuer Verfahren.

c) Als Wehrwirtschaftsführer, der im Jahre 1938 von einer militärischen Stelle ernannt worden ist, gehört Prof. KRAUCH nicht zu den Wehrwirtschaftsführern, die unter A/M Klasse I und Klasse II genannt sind.

... des Apparates des
zu befehlen. In der Bedienung des Apparates des
beobachtet.

c) Im Jahre 1938 ist Prof. KRAUCH von einer militärischen
Stelle in der Wehrwirtschaftsstelle bestellt worden.

2.) Die Frage der Wehrmacht:

a) Prof. KRAUCH gehört nicht zu den in der Anlage Teil A
unter M Klasse genannten Beamten. Dort ist
weiter der Leiter der Wirtschaftsstelle noch des Reiches
Wirtschaftsstelle an der Generalverwaltung der Wehrmacht
tragen der chemischen Verwaltung aufgeführt.

Prof. KRAUCH ist überhaupt weder ein Beamter noch ein
Angestellter gewesen; er war ein gewöhnlicher
Lehrer. Nicht in der Wehrmacht, sondern in der
Eisenbahnverwaltung, in der Wehrmacht und in der
Wehrmacht. Auch irgend eine andere Verfügung hat Prof. KRAUCH
nicht erhalten, insbesondere keine Beförderung, keine
Entschädigung oder Ähnliches.

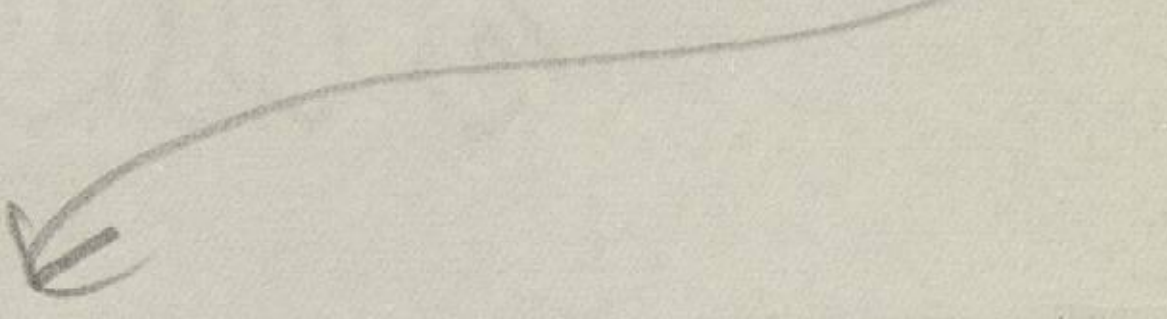
b) Auch in der Wehrmacht und in der Wehrmacht hat Prof. KRAUCH
keine Stellung eingenommen, die in der Anlage zum Gesetz
Teil A unter M Klasse genannt ist. Insbesondere gehörte
Prof. KRAUCH nicht zu den Beamten, die für die
Rohstoff- und Kraftversorgung zuständig waren. Seine
Zugehörigkeit war eine Beamten, außerdem war er als
Leiter des Reiches für Wirtschaftsstellen und als
Generalverwaltung für die Sonderfragen der chemischen
Rohstoff- und Kraftversorgung tätig.
auch nicht für Planung, Produktion und Verteilung, sondern
immer nur für die Forschung und Entwicklung sowie den wissenschaftlichen
Beitrag und technischen Aufgaben neuer Verfahren.

c) Als Wehrwirtschaftsstelle, der im Jahre 1938 von einer
militärischen Stelle ernannt worden ist, gehört Prof. KRAUCH
nicht zu den Wehrwirtschaftsstellen, die unter A Klasse
und Klasse -- genannt sind.

d) Dagegen fällt Prof.KRAUCH unter A/M Klasse I deswegen, weil er Vorsitz der Aufsichtsrates der IG war und seit Mai 1937 als Mitglied der NSDAP angehört hat.

3.) Weitere Ausführungen bleiben vorbehalten, insbesondere bin ich bereit, auf Wunsch des Anklägers noch eingehendere Ausführungen über Tätigkeit und Stellung von Prof.KRAUCH zu machen und Beweise für Art und den Umfang dieser Tätigkeit anzubieten. *Insgesamt bleiben natürlich*

alle Ausführungen (Mit vorzüglicher Hochachtung!)
vorbehalten, die mit der Würdigung
der vernünftigen Zugehörigkeit zu Klasse II
Zusammenhängen.



5) Daran anfallt Prof. KRAUCH unter A/W Klasse 1 - besprochen,
weil er Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der 10 war und seit
Jahr 1937 als Mitglied der NSDAP angehört hat.

5.) Weitere Ausführungen bleiben vorbehalten, insbesondere
hinzu kommen, auf Wunsch des Anklägers noch eingehendere
Ausführungen über Tätigkeit und Stellung von Prof. KRAUCH
zu machen und Beweis für Art und Umfang dieser Tätigkeit
anzuführen.

Mit vorläufiger Hochachtung!

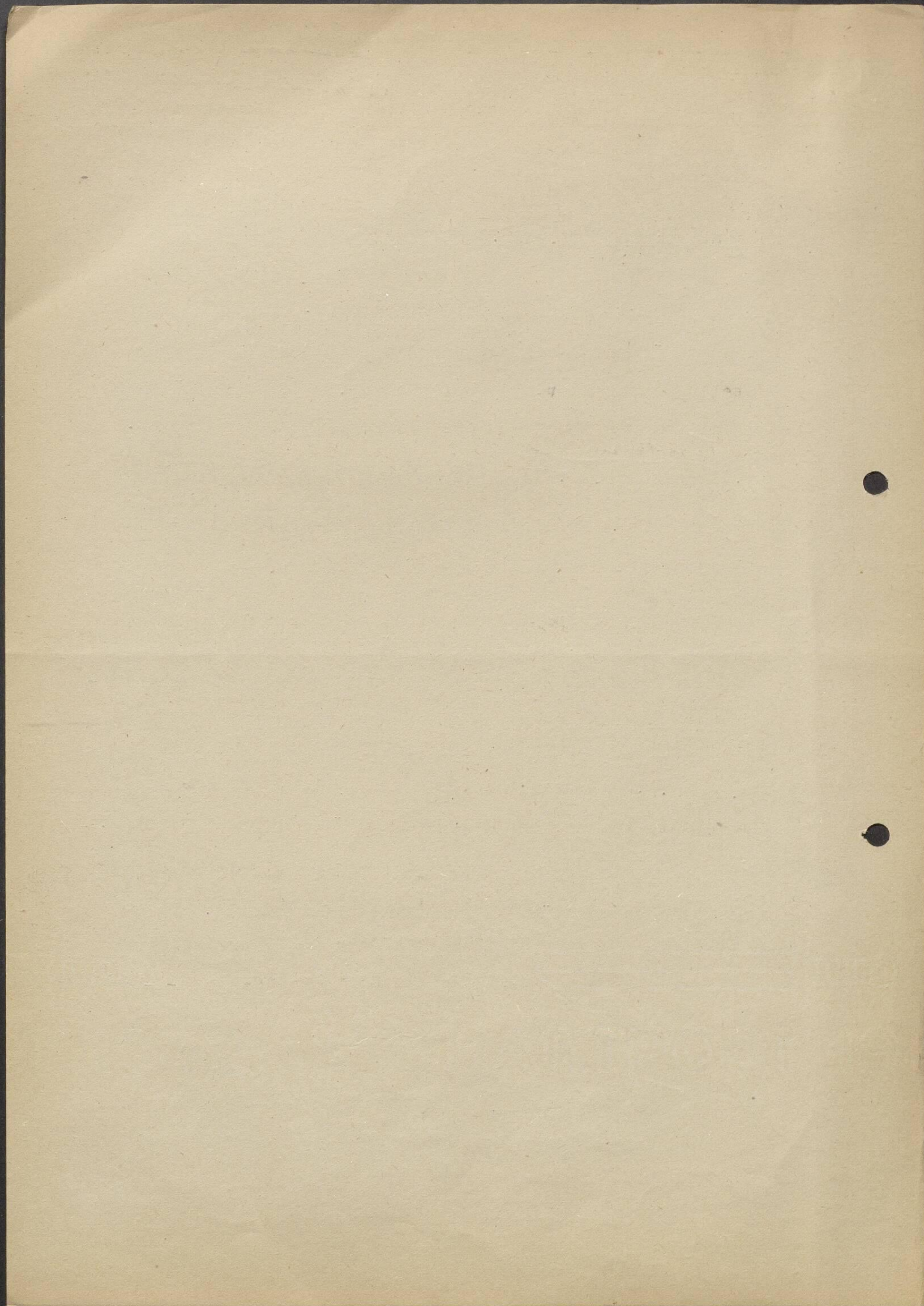
E n t w u r f

Betrifft: Professor Dr. Carl KRAUCH

Als Verteidiger von Herrn Professor Dr. Carl KRAUCH halte ich es für erforderlich, schon jetzt kurz zu der Frage Stellung zu nehmen, ob Professor Dr. KRAUCH grundsätzlich in die Klasse I oder in die Klasse II einzureihen ist.

1.) Professor Dr. KRAUCH war seit 1936 Leiter der Abteilung ^{der chemischen} Forschung und Entwicklung im sogenannten Rohstoff- und Devisenstab, der später Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe genannt wurde und ab 1938 in die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau überging. Neben dieser Tätigkeit als Abteilungsleiter war Herr Professor Dr. KRAUCH ab Juli 1938 noch Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (Treibstoffe, Buna, Leichtmetalle, Stickstoff, Hefe, Lacke u. dergl.). Hierbei bediente er sich des Apparates der Reichsstelle bzw. des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau. Ab 1939 wurde Professor KRAUCH zum kommissarischen Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau bestellt.

in militärischer
Für Wirtschaftliche - Technische
- Februar 1936 verlegt wurde
Am 20. 1934 Unvollständiges, Minderes
in Bezug auf die 2. 9. Teilendungs
- von 1940 Torsion der 4. 7
der 2. 5. als Hauptplan in Bezug
b.)
c.)



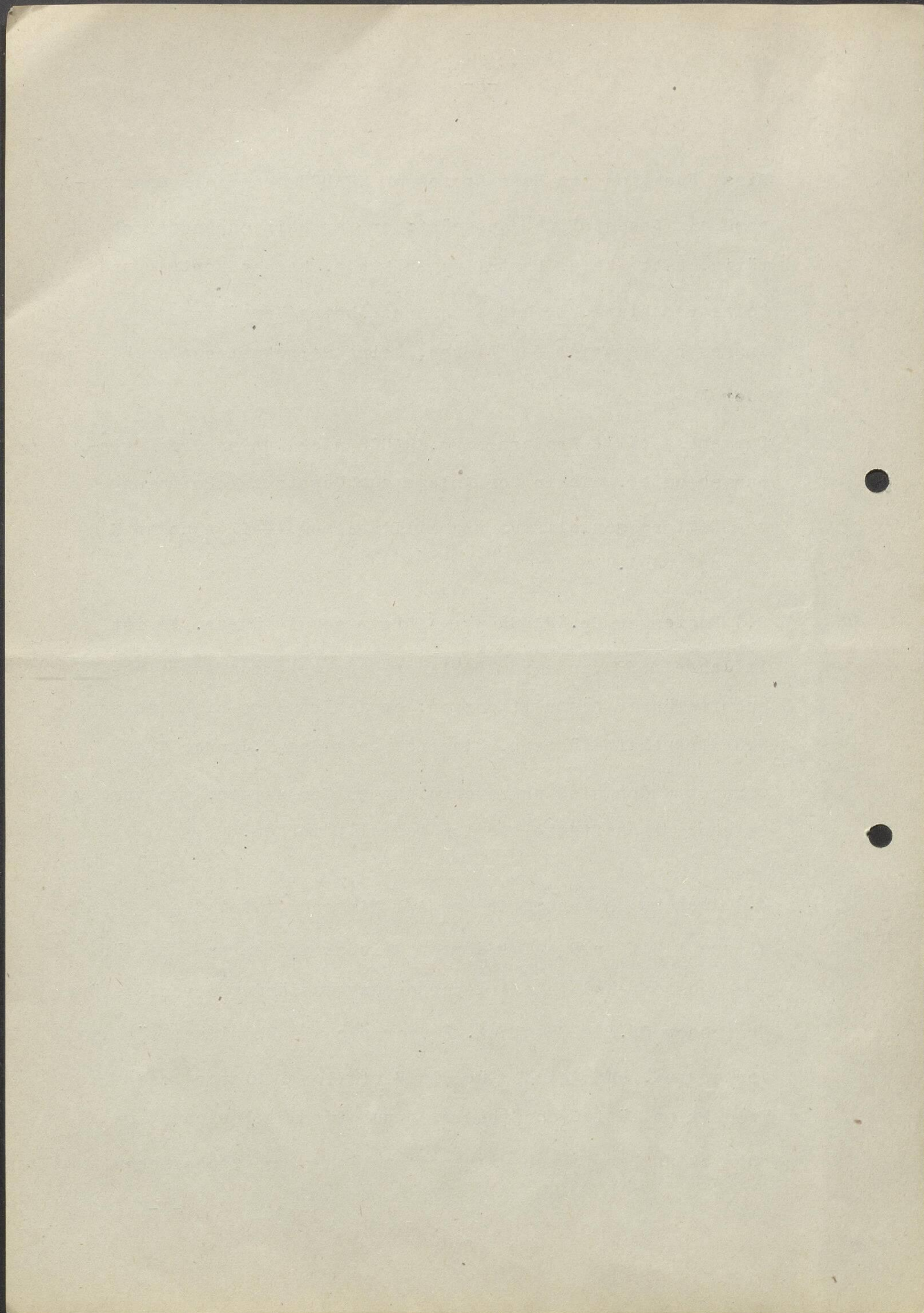
2.) Erwählung
a) er ist nicht
nicht genannt
4/7/11. Name
I

Diese Funktion hat Herr Professor KRAUCH weder als Beamter, noch als Angestellter ausgeübt; er war rein ehrenamtlich tätig, hatte keine Bestallungsurkunde, keinen Vertrag und keine Bezahlung. Er hat auch sonst keine Vergütung erhalten, insbesondere keine Dotationen, keine Reisekostenentschädigung oder Ähnliches.

Demgemäss fällt Professor Dr. KRAUCH nicht unter die Regierungsbeamten, die in der Anlage zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, Teil A unter K genannt sind.

2.) Professor Dr. KRAUCH war Wehrwirtschaftsführer. Er ist im Jahre 1938 von einem Berliner Wehrkreis zum Wehrwirtschaftsführer bestellt worden; er gehört also nicht zu den Wehrwirtschaftsführern, die erst seit dem 1. Januar 1942 ernannt worden sind und auch nicht zu denjenigen, die vom Reichswirtschaftsministerium bestellt wurden.

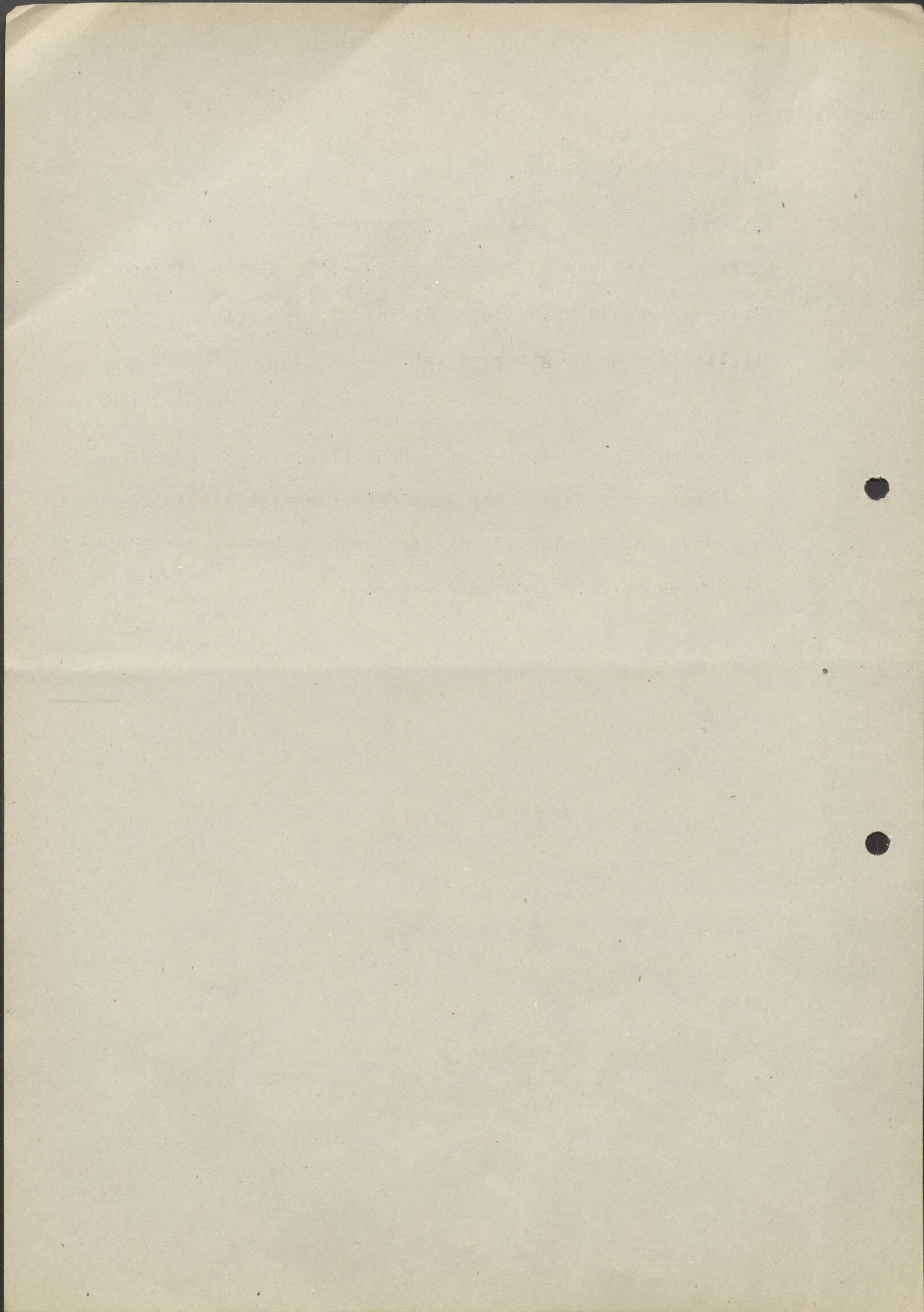
b.) KRAUCH ist auch nicht unter 4/11/11. Name
genannt.
3.) Auch zu den unter Anlage A/M Wirtschaft und freie Berufe Klasse 1 Ziffer 8 aufgeführten Reichskommissaren, die für die Rohstoff- und Industrierversorgung zuständig waren, gehörte Professor Dr. KRAUCH nicht. Er war nie als Kommissar für die Versorgung, auch nicht für die Verteilung, Planung oder Produktion tätig, sondern immer nur für die Forschung und Entwicklung sowie der wissenschaftlichen und technischen



Ausbeu neuer Verfahren.

4.) Dagegen war Professor Dr.KRAUCH Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie. In dieser Eigenschaft fällt er grundsätzlich unter Klasse II, da er im Mai 1937 Mitglied der NSDAP geworden ist.

Weitere Ausführungen bleiben vorbehalten, insbesondere bin ich bereit, auf Wunsch des Anklägers eingehendere Ausführungen zu machen und Beweise für die Art und den Umfang der Tätigkeit von Professor Dr.KRAUCH anzubieten.



Ilse B e t h g e

Heidelberg, den 14.Juli 1946

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich,

in der Anlage ist der gestern von Ihnen diktierter Entwurf beigefügt, ebenso die von Herrn Prof.KRAUCH im Herbst vorigen Jahres angefertigte Zusammenfassung der Aussagen, die er im Verlauf der Vernehmungen durch die amerikanische Kommission aufgrund der ihm gestellten Fragen gemacht hat. Ferber füge ich die von mir im Juni vorigen Jahre in Bad Nauheim aufgestellte Zusammenfassung der wichtigsten Lebensdaten von Professor KRAUCH bei; über die Aufgabenbegrenzung des "Generalbevollmächtigten für Sonderfragen für chemische Erzeugung" unterrichtet Sie noch die bei Ihren Akten befindliche Zeugenaussage von Dr.Adolf Müller-Heidelberg, der einer der engsten Mitarbeiter von Professor KRAUCH in Berlin war.

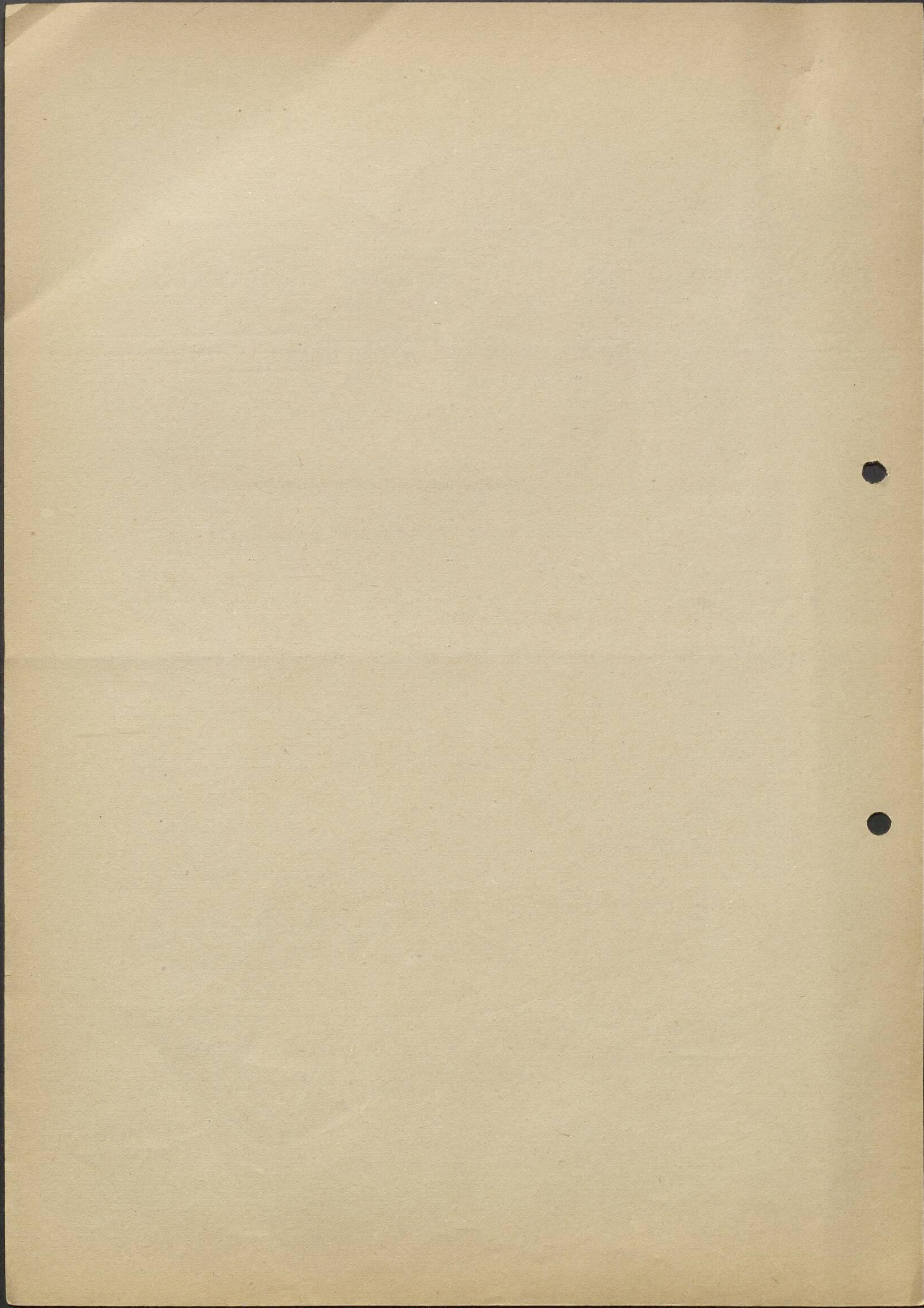
Ich werde morgen früh den Durchschlag des Meldebogens auf Ihrem Büro abgeben.

Bitte lassen Sie mich wissen, sobald Sie mich brauchen.

Mit besten Grüßen

Ilse Bethge

Anlagen.



„Alte Kämpfer“ und Gruppe Hauptschuldige

Entscheidungen der Spruchkammern Erbach und Dieburg

am MICHELSTADT. Gegen drei SS-Aktivisten verhandelte die Spruchkammer Erbach bei ihrer ersten Sitzung am 3. Juli.

Dem Schlosser Michael Grasmück aus Michelstadt, von 1931 bis 45 Mitglied der SS, seit 1932 Unterscharführer, wurden Plünderung jüdischer Geschäfte bei den Pogromen 1938 und Zugehörigkeit zur Wachmannschaft eines KZ zur Last gelegt. Als rücksichtsloser Gewaltmensch fällt er unter Gruppe I der Hauptschuldigen und wird bei Einziehung des Vermögens für fünf Jahre einem Arbeitslager zugewiesen; für die Dauer von 10 Jahren darf er nur in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt werden.

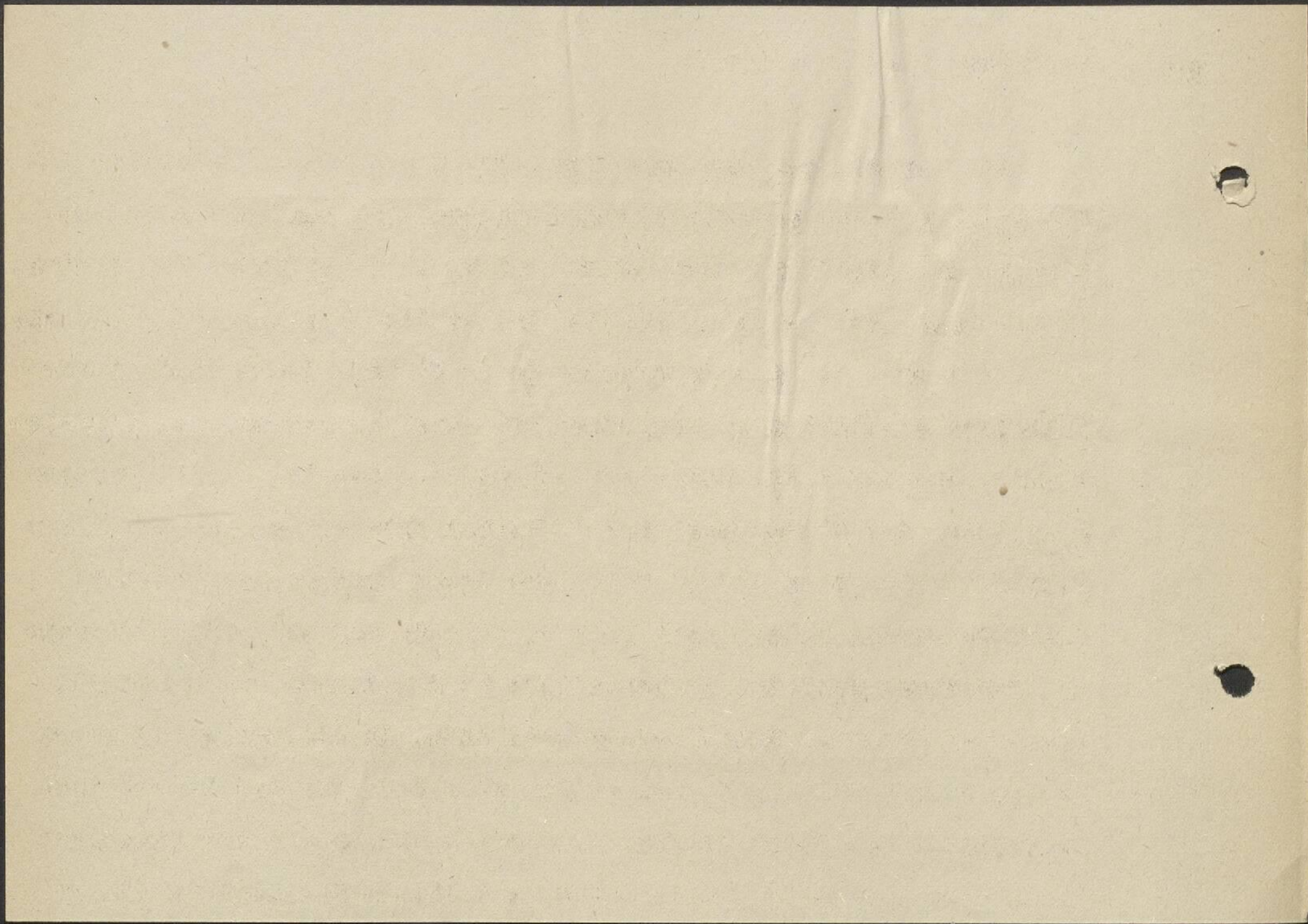
Der kaufmännische Angestellte Erwin Hasenzahl gehörte seit 1933 der SS an und war von 1935 ab Unterscharführer mit Ehrenwinkel für Alte Kämpfer. Er brachte u. a. einen Antifaschisten ins KZ. Als Aktivisten der Gruppe II wies ihn die Kammer für drei Jahre in ein Arbeitslager ein, beschlagnahmte sein Vermögen und sprach ihm die öffentlichen Ehrenrechte ab.

Wieder ein Hauptschuldiger stand mit Wagner Ludwig Stemmer vor den Schranken. Seit 1932 Mitglied der HJ, 1933 der SS und NSDAP, mißhandelte er Juden und ließ einen Antifaschisten ins KZ bringen. Nach längerem

Leugnen gestand er. Dem Antrag des Anklägers folgend, reihte ihn die Kammer in Gruppe I ein, bei 4 Jahren Arbeitslager, Vermögens-einziehung und Nebenstrafen.

hd DIEBURG. Die Spruchkammer verhandelte am 8. Juli gegen den Hilfsarbeiter Friedrich Merz aus Groß-Bieberau, PG und SA-Mann seit 1931. Zeugen traten für seine Loyalität gegenüber Andersdenkenden ein, auch beim Kauf einer Hofreite umging er die Arisierungskommission und zahlte über den Einheitswert an den ehemaligen jüdischen Besitzer. Die Kammer stufte ihn deshalb in Gruppe III der Minderbelasteten ein. Während einer Bewährungsfrist von zwei Jahren hat er Sonderarbeiten für die Gemeinde zu leisten.

Den Schreiner und ehemaligen Bürgermeister von Georgenhausen, Karl Löffler, erkannte die Kammer als Aktivisten. Seit 1931 der NSDAP und SA angehörig, wurde der jetzt 38jährige Betroffene im Kriege als Zellenleiter UK gestellt. Er betätigte sich besonders als Propagandist. Ueber den Antrag des öffentlichen Klägers hinaus verhängte die Kammer Abgabe von Sachwerten, 6 Monate Arbeitslager und eine Geldbuße von 1000 Mark, sowie die Nebenstrafen des § 16 des Säuberungsgesetzes für zwei resp. fünf Jahre.



12. Juli 1946.

An den

Dr.H./Di.

öffentlichen Kläger bei
der Spruchkammer Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Professor Dr. K r a u c h.

Als Verteidiger des Herrn Prof.Dr. K r a u c h bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 8.ds.Mts. Die Auffassung des öffentlichen Klägers in Michelstadt ist nicht zutreffend. Der Artikel 29 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus sieht zwar für die Begründung der örtlichen Zuständigkeit verschiedene Möglichkeiten vor, aber bei einer Konkurrenz von formalen Zuständigkeiten tritt unter allen Umständen der Ort in den Vordergrund, der den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen des Angeschuldigten darstellt. Dies ist im Falle des Herrn Prof.Dr.Krauch unter allen Umständen Heidelberg. Herr Prof.Dr.Krauch hat seit 1926 seinen dauernden Wohnsitz in Heidelberg in dem schon damals von ihm gekauften Hause in Heidelberg-Schlierbach, Im Lindenried 23. Dort ist er auch fortdauernd polizeilich gemeldet. Für die Steuerangelegenheiten des Herrn Prof.Dr.Krauch ist bisher nur das Finanzamt Heidelberg zuständig gewesen. Das wesentliche Vermögen von Herrn Prof.Dr.Krauch befindet sich in Heidelberg. Es ist natürlich, dass Herr Prof.Dr.Krauch auch einem in Heidelberg ansässigen Rechtsanwalt schon vor längerer Zeit seine Vertretung übertragen hat.

./.

Bemerkenswert ist auch noch, dass der Offizier der CIC., dem die Überwachung von Herrn Prof. Dr. Krauch anvertraut ist, seinen Sitz in Heidelberg, Albert Überle-Str. 4, hat. In Heidelberg, als dem Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen ist Herr Prof. Dr. Krauch auch weiteren Kreisen der Bevölkerung bekannt, während er sich auf dem Hof in Falkengesäss, den er erst 1935 erworben hat, immer nur als Gast kurzzeitig aufgehalten hat. Dass sich Herr Prof. Dr. Krauch zur Zeit im Falkenhof in Hausarrest befindet, hängt ausschliesslich damit zusammen, dass er sein Haus in Heidelberg-Schlierbach räumen musste, weil es durch einen hohen Offizier der Besatzungsmacht in Anspruch genommen wurde. Es ist auch nicht so, dass Herr Prof. Dr. Krauch durch die Hausarrestanordnung an den Falkenhof in Falkengesäss festgebunden ist, die zuständigen Behörden der Besatzungsmacht haben Herrn Prof. Dr. Krauch schon wiederholt gestattet, sich wegen seines leidenden Gesundheitszustandes in der Klinik des Herrn Prof. Siebeck in Heidelberg längere Zeit aufzuhalten. Auch zu Beginn der kommenden Woche wird Herr Prof. Dr. Krauch mit Genehmigung der CIC diese Klinik wieder aufsuchen, um von dort wahrscheinlich zur weiteren Erholung nach dem Krankenhaus Speyerershof im Stadtbezirk Heidelberg zu gehen. Sollte ein Spruchkammerverfahren gegen Herrn Prof. Dr. Krauch eingeleitet werden, so wird er für die Dauer dieses Verfahrens unter allen Umständen in Heidelberg sein und es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass die CIC. ihre Genehmigung hierzu geben wird, wie dies in besonderen Fällen auch bisher schon geschehen ist.

Mit Rücksicht auf diese Umstände beantrage ich, das Verfahren

12. Juli 1946

in Heidelberg weiterzuführen und eine Abgabe der Akten an die
Spruchkammer in Erbach abzulehnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

RECEIVED

APR 11 1961

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

LIBRARY

Heidelberg, den 12. Juli 1946.

Dr.H./Di.

An den

öffentlichen Kläger bei der
Spruchkammer Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Prof.Dr. K r a u c h.

Als Verteidiger des Herrn Prof.Dr. K r a u c h bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 8.ds.Mts. Die Auffassung des öffentlichen Klägers in Michelstadt ist nicht zutreffend. Der Artikel 29 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus sieht zwar für die Begründung der örtlichen Zuständigkeit verschiedene Möglichkeiten vor, aber bei einer Konkurrenz von formalen Zuständigkeiten tritt unter allen Umständen der Ort in den Vordergrund der den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen des Angeeschuldigten darstellt. Dies ist im Falle des Herrn Prof.Dr.Krauch unter allen Umständen Heidelberg. Herr Prof.Dr.Krauch hat seit 1926 seinen dauernden Wohnsitz in Heidelberg in dem schon damals von ihm gekauften Hause in Heidelberg-Schlierbach, Im Lindenried 23. Dort ist er auch fortdauernd polizeilich gemeldet. Für die Steuerangelegenheiten des Herrn Prof.Dr.Krauch ist bisher nur das Finanzamt Heidelberg zuständig gewesen. Das wesentliche Vermögen von Herrn Prof.Dr.Krauch befindet sich in Heidelberg. Es ist natürlich, dass Herr Prof. Dr.Krauch auch einem ⁱⁿHeidelberg ansässigen Rechtsanwalt schon vor längerer Zeit seine Vertretung übertragen hat. Bemerkenswert ist auch noch, dass der Offizier der CIC., dem die Überwachung von Herrn Prof.Dr.Krauch anvertraut ist, seinen Sitz in Heidelberg,

./.

Albert Überle-Str.4 hat. In Heidelberg, als dem Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen ist Herr Prof.Dr.Krauch auch weiteren Kreisen der Bevölkerung bekannt, während er sich auf dem Hof in Falkengesäss, den er erst 1935 erworben hat, immer nur als Gast kurzzeitig aufgehalten hat. Dass sich Herr Prof.Dr.Krauch zur Zeit in dem Falkenhof in Hausarrest befindet, hängt ausschliesslich damit zusammen, dass er sein Haus in Heidelberg-Schlierbach räumen musste, weil es durch einen hohen Offizier der Besatzungsmacht in Anspruch genommen wurde. Es ist auch nicht so, dass Herr Prof.Dr.Krauch durch die Hausarrestanordnung an den Falkenhof in Falkengesäss festgebunden ist, die zuständigen Behörden der Besatzungsmacht haben Herrn Prof.Krauch schon wiederholt gestattet, sich wegen seines leidenden Gesundheitszustandes in der Klinik des Herrn Prof. Siebeck in Heidelberg längere Zeit aufzuhalten. Auch zu Beginn der kommenden Woche wird Herr Prof. Dr.Krauch mit Genehmigung der CIC. diese Klinik wieder aufsuchen und von dort wahrscheinlich zur weiteren Erholung nach dem Krankenhaus Speyerershof im Stadtbezirk Heidelberg zu gehen. Sollte ein Spruchkammerverfahren gegen Herrn Prof.Dr.Krauch eingeleitet werden, so wird er für die Dauer dieses Verfahrens unter allen Umständen in Heidelberg sein und es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass die CIC. ihre Genehmigung hierzu geben wird, wie dies in besonderen Fällen auch bisher schon geschehen ist.

Mit Rücksicht auf diese Umstände beantrage ich, das Verfahren in Heidelberg weiterzuführen und eine Abgabe der Akten an die Spruchkammer in Erbach abzulehnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Rechtsanwalt.

11/7. 46

Linn & M. Kramm

Der saubere Haus d. Kramm, 24

Die Aufnahme am Prof. K. auf dem Tagewort der
Karte in der ersten Zeit; bis dahin findet er
ab Montag 15.7. Aufnahme in der Karte am
Prof. Tielke.

Haben Sie mir bitte die Karte der Karte sagen, wenn
es möglich zu Hause kommen darf?

Mit freundlichen Grüßen

Ihre L. Kramm

Gemeinde

, den

193

Mitteilung

an

in

Betreff:

In Groß-Hessen wurden als erstem Land der amerikanischen Zone Spruchkammern gebildet

WIESBADEN, 5. Juli (DANA). Die Durchführung der politischen Säuberung wurde nach Mitteilung der amerikanischen Militärregierung am 15. Juni in Groß-Hessen als dem ersten der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone den Zivilbehörden übergeben.

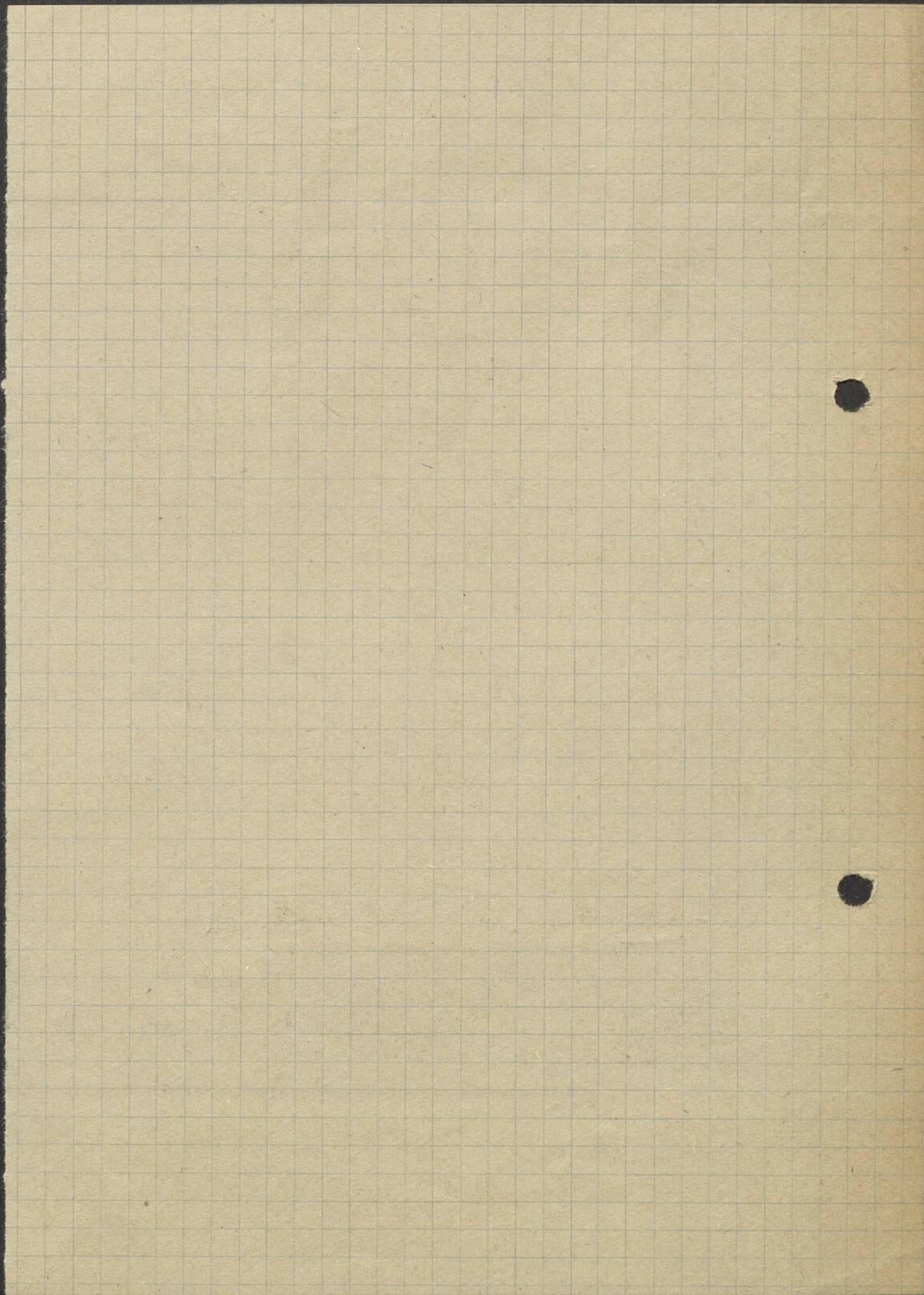
An diesem Tage konnte der groß-hessische Ministerpräsident dem Leiter der amerikanischen Militärregierung über die Bildung von 104 Spruchkammern berichten, die zur Untersuchung politisch belasteter Personen eingerichtet worden sind. Die Ueberwachung dieser Spruchkammern bleibt jedoch der Militärregierung vorbehalten.

143 Deutsche sind mit Genehmigung der Militärregierung zu Mitgliedern dieser Spruchkammern gewählt worden. Sie haben zu entscheiden, welche ihrer Mitbürger nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus berechtigt sind, öffentliche Aemter oder verantwortliche private Stellungen einzunehmen.

Bisher haben die Spruchkammern über 42 Fälle in Groß-Hessen verhandelt. Vier davon wurden für hauptschuldig, 22 für belastet, 7 für minderbelastet und 3 zu Mitläufern erklärt. Nur 6 Personen wurden entlastet.

Die deutschen Spruchkammern führen die politische Säuberung ebenso gerecht und streng durch wie die amerikanischen Dienststellen, an deren Stelle sie getreten sind, erklärte der Beauftragte für die politische Säuberung der Militärregierung in Groß-Hessen, Captain Hubert Teitelbaum. Als Beispiel führte er einen Fall an, in dem zwei Frauen wegen Denunziation ihrer Nachbarn an die Gestapo mit zwei Jahren Arbeitslager, 5000 Mark Geldbuße und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 15 Jahre bestraft wurden.

Die Einrichtung von Berufungskammern, bei denen jede von den Spruchkammern verurteilte Person Berufung einlegen kann, ist geplant.



Spruchkammer HEIDELBERG
Der öffentl. Kläger

Heidelberg, den 8. Juli 1946
Dr.M./N.

Herrn

Dr. H e i m e r i c h
Rechtsanwalt

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstr. ?

Betr.: Direktor K r a u c h, Schlierbach

In der Anlage übersende ich Abschrift eines heute hier einge-
kommenen Schreibens des öffentl. Klägers bei der Spruchkammer
Erbach im Odenwald vom 2.7.1946 mit der Bitte um Stellung-
nahme.

*Blh. wohnt in H. seit 1926
eigener Haus in Schlierbach
Im Lindenberg 23. Hier
immer hier wohnt, auch
jetzt noch. Hof- & Feldengrund
1935 erworben.*

*Frl. Bethge
Heute 11.30 10. Juli 1946
11.7.46
Lh.*

Der öffentl. Kläger

(Dr. Moufang)

*Hausw. hier
F. am L.
hier
überhaupt nicht
eigene Haus
Wohnung zuverl.
etc*

10 JUL 1948

A b s c h r i f t

Großhessisches Staatsministerium
Der Minister f. Wiederaufbau u.
politische Befreiung

Michelstadt, 2. Juli 1946

Spruchkammer Erbach i/Odenwald

Az. Er/Ho/Ihg. 323/46

Betr.: Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus u. Militarismus
vom 5.3.46; Antrag auf Überlassung der Meldebogen von Prof.
Dr. Krauch, Falken- Gesäss, Hofgut Falkenhof.

An die

Spruchkammer Heidelberg
z.H. des Vorsitzenden Dr. Huber

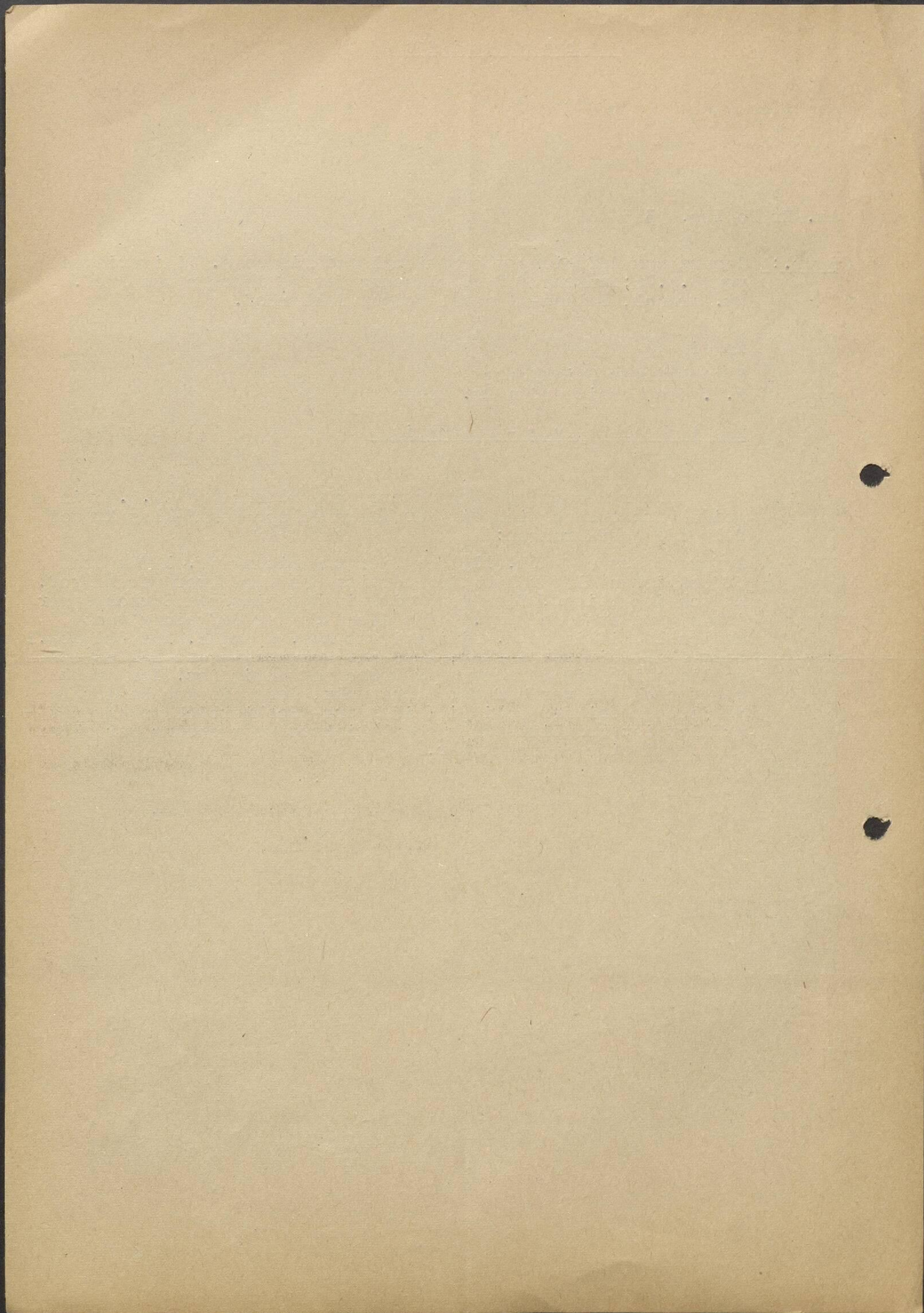
H e i d e l b e r g - Neuenheim

Unter Bezugnahme auf unsere Unterredung vom 27.6.46 in
Heidelberg erlaube ich mir zur Klarstellung des Falles Krauch
folgende Ausführungen:

Aufgrund des § 4 Abs.(II) der Dienstanweisung Nr. 1 für den
öffentlichen Kläger habe ich bereits das Verfahren gegen Prof.
Kraucheingeleitet. Die Zuständigkeit der hiesigen Spruchkammer
ist begründet durch Art.29 des Gesetzes zur Befreiung von
Nationalsozialismus u. Militarismus Abs. A und B. Aus dem Abs.B
geht ohne weiteres hervor, dass zur Behandlung des Falles aus-
schliesslich die Spruchkammer Erbachzuständig ist. Ich stehe
daher nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Abgabe der
Meldebogen bei der Polizei Heidelberg- Schlierbach zu unrecht
erfolgt ist und bitte um raschmögliche Übersendung derselben
an die hiesige Spruchkammer.

gez.

Der öffentliche Kläger
Hoch.



9. Juli 1946.

Fräulein

Ilse B e t h g e

H e i d e l b e r g

Hauptstr. 45

Dr.O./Di.

Sehr geehrtes Fräulein Bethge !

Ich habe nunmehr laut abschriftlich anliegendem Schreiben der Spruchkammer angezeigt, dass ich die Vertretung von Herrn Prof.Dr. K r a u c h übernommen habe.

Wie ich vertraulich erfahren habe, ist das Verfahren bereits im Lauf.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener

1 Anlage.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

10. 10. 1911.

8. Juli 1946

Dr. H./K.

An den öffentlichen Kläger
bei der Spruchkammer für
den Stadtkreis Heidelberg

H e i d e l b e r g

Bergstr. 106

Betr.: Spruchverfahren des Prof. Dr. Carl K r a u c h.

Ich bringe unter Vollmachtsvorlage zur Kenntnis, daß ich die Vertretung des Prof. Dr. Carl Krauch im Spruchkammervorgang gemäß dem Gesetz Nr. 104 übernommen habe.

Herr Prof. Dr. Krauch hat seit vielen Jahren seinen ständigen Wohnsitz in Heidelberg-Schlierbach. Zur Zeit befindet er sich auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung in Hausarrest auf seinem Hof Falkenhof in Falkengesäß über Beerfelden.

Der Meldebogen für Herrn Prof. Krauch wurde bei dem Polizeirevier in Heidelberg-Schlierbach abgegeben. Er trägt die Nummer II/1475/28.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Anlage

Rechtsanwalt

Vergleichen Länge mit dem

Q

4. Juli 1946

Dr. H. / De.

Fräulein

Ilse B e t h g e

H e i d e l b e r g

Hauptstr. 45

Sehr geehrtes Fräulein Bethge!

Ich nehme bezug auf unsere gestrigen Besprechungen. Ich hatte heute am frühen Morgen schon Gelegenheit, mit einem der Heidelberger Ankläger, Herrn Dr. W o u f a n g, zu sprechen. Eine bestimmte Aufteilung der Spruchkammerangelegenheiten unter die Ankläger nach Ortsteilen oder Anfangsbuchstaben der Namen findet nicht statt. Man kann also nicht sagen, ob Herr Woufang oder Herr Wllrich für den Fall des Herrn Professor K r a u c h zuständig sein würde.

Herr Dr. Woufang war über das Vorgehen des Anklägers in Michelstadt, Herrn H o c h, bereits unterrichtet, da Herr Hoch sich auch bei ihm eingefunden und die Herausgabe des Meldebogens gefordert hatte. Der Meldebogen wurde Herrn Hoch nicht ausgehändigt, da Herr Woufang den Standpunkt vertritt, dass der ständige Wohnsitz des Herrn Professor Krauch Heidelberg sei und kein Anlass bestehe, den Meldebogen nach Michelstadt abzugeben. Der Meldebogen befindet sich noch auf dem Polizeirevier in Schlierbach. Er wird jetzt durch den Heidelberger Ankläger von dort an-

gefordert werden. Es dürfte sich empfehlen, darauf hinzuwirken, dass ein Spruchkammerverfahren jetzt in Heidelberg anhängig wird, d.h. dass hier ein Akt angelegt wird und gewisse Vorbereitungen für die Abhaltung einer Spruchkammerverhandlung getroffen werden. Es wird zu überlegen sein, ob ich nicht einen derartigen offiziellen Antrag stellen soll; denn wenn ein Spruchkammerverfahren in Heidelberg in Gang gekommen ist, dann wird man sich auf diese Tatsache jederzeit beziehen können, wenn Herr Hoch nochmals den Versuch machen sollte, den Fall an sich zu ziehen. Dann handelt es sich nicht mehr um den Meldebogen, sondern um eine bereits in Lauf gekommene Spruchkammerangelegenheit. Wie ich gleichzeitig noch in Erfahrung brachte, besitzt Herr Hoch keinerlei juristische Bildung. Er soll zuletzt Regierungsangestellter in Darmstadt gewesen sein. Auch Herr Dr. Moufang teilt meine Auffassung, dass bei Herrn Hoch offenbar Erwägungen vorliegen, die man nicht als eine rein sachliche Einstellung zu einem Spruchkammerfall betrachten kann.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich

Rechtsanwalt am Landgericht Mannheim
und Steuerberater

(17a) Heidelberg, den 3. Juli 1946

Büro: Neuenheimer Landstraße 4

Telefon 45 65

Wohnung: Moltkestraße 33 a

Bankkonto: Deutsche Bank, Heidelberg

Dr. H./K.

Herrn

Amtsgerichtsrat Dr. Huber

Heidelberg

Bergstraße 106 (Spruchkammer)

Persönlich!

Sehr geehrter Herr Amtsgerichtsrat!

Ich danke Ihnen verbindlichst für die Mitteilung, die Sie mir durch Herrn Referendar Dr. Fehsenbecker haben zukommen lassen. In der Angelegenheit des Herrn Professor Krauch hat der abschriftlich beiliegende Schriftwechsel stattgefunden, der Sie über die Sache vollkommen orientiert. Es handelt sich um einen Brief an den Herrn Landrat des Kreises Erbach vom 6. 5. 46., einen weiteren Brief an den Herrn Landrat in Erbach vom 22. 5. 46., und um einen Brief an den öffentlichen Ankläger in Michelstadt, vom 14. 6. 46. Der ständige Wohnsitz von Herrn Professor Krauch ist immer Heidelberg gewesen. Auf seinem Hof in Falkengesäß, Kreis Erbach, befindet er sich nur in Zwangsaufenthalt. Die Verhältnisse des Herrn Professor Krauch sind in Heidelberg wesentlich besser bekannt wie im Landkreis Erbach. Außerdem sind im Landkreis Erbach schon sehr viele persönliche Wünsche zutage getreten, die darauf abzielen, Herrn Professor Krauch seinen Hof, der ihm übrigens nur teilweise gehört, abzunehmen, sodaß auch aus diesem Grunde Bedenken gegen eine Spruchkammerverhandlung im Kreise Erbach erhoben werden müssen. Die Gefahr einer unsachlichen Betrachtungsweise liegt dort zu nahe.

Mit den besten Empfehlungen bin ich Ihr sehr
ergebener

H. Heimerich

3 Ahlagen

Heidelberg, den 4.7.1946
Dr.H./De.

Vermerk.

Fräulein B e t h g e hat das umstehende Schreiben Herrn
Amtsgerichtsrat Dr. H u b e r überbracht. Herr Dr. Huber hat
mit Interesse Kenntnis genommen und hat dann das Schreiben
Fräulein Bethge zurückgegeben.

Ich danke Ihnen verbindlich für die Mitteilung, die
Sie mir durch Herrn Referendar Dr. Kohnenbecker haben zukommen
lassen. In der Angelegenheit des Herrn Professor Kranich hat der
appellativ behandelte Schriftwechsel stattgefunden, der die
über die Sache vollkommen erledigt. Es handelt sich um einen
Brieff an den Herrn Landrat des Kreises Erbach vom 6. 5. 46., der
den weiteren Verlauf an den Herrn Landrat in Erbach vom 22. 5. 46.,
und um einen Brief an den öffentlichen Ankläger in Michelstadt,
vom 14. 6. 46. Der ständige Wohnsitz von Herrn Professor Kranich
ist immer Heidelberg gewesen. Auf seinem Hof in Falkenberg
Kreis Erbach, befindet er sich nur in Zwangsenthaltung. Die
Kontakte des Herrn Professor Kranich sind in Heidelberg wesent-
lich besser bekannt als im Landkreis Erbach. Außerdem sind im
Landkreis Erbach schon sehr viele persönliche Wünsche aufge-
treten, die durch andere Herrn Professor Kranich seien, noch
der ihm die Güte der Verhältnisse gehört, annehmen, sowie auch
aus diesem Grunde können gegen eine Spruchkammerverurteilung
in Kreise Erbach erhoben werden müssen. Die Gefahr einer un-
sachlichen Betrachtungsweise liegt dort zu nahe.

Handwritten signature

Abschrift

6. Mai 1946

Dr. H./De.

An den
Herrn Landrat des Landkreises
Erbach

E r b a c h i. O.

Betr. Prof. Dr. Krauch, Gut Falkenhof.

Sehr geehrter Herr Landrat!

Ich nehme Bezug auf das mit Ihnen am 27. April geführte Telefongespräch, das die Abgabe des Meldebogens durch Herrn Professor K r a u c h betraf.

Mittlerweile hat die Fühlungnahme mit der für Herrn Prof. Krauch zuständigen Stelle der Besatzungsmacht stattgefunden und es hat sich dabei ergeben, dass Herr Professor Krauch trotz des über ihn verhängten Hausarrestes den Meldebogen einzureichen hat. Ich habe Herrn Prof. Krauch nun veranlaßt, dieser Verpflichtung sofort nachzukommen. Allerdings habe ich dabei die Auffassung vertreten, daß es zweckmäßiger sei, den Meldebogen in Heidelberg als dem ständigen Wohnsitz von Herrn Prof. Krauch und nicht in Falkengesäß bzw. Erbach einzureichen. Ich habe Gelegenheit gehabt, über die Angelegenheit heute auch mit dem in Heidelberg anwesenden Ministerpräsidenten für Groß-Hessen, Herrn Professor Dr. G e i l e r , Rücksprache zu nehmen. Er hat sich meiner Auffassung, daß es zweckmäßig und richtig sei, den Meldebogen in Heidelberg einzureichen, in vollem Umfang angeschlossen und hat mich ermächtigt, mich bei Ihnen auf diese seine Stellungnahme zu berufen. Kommt es zu einem Strafverfahren gegen Herrn Professor Dr. Krauch, so wird auch vieles dafür sprechen, dieses Spruchverfahren, das

//

2. Mai 1940

einen erheblichen Umfang annehmen könnte, an einem größeren
und verkehrsgünstigeren Ort durchzuführen. Ich nehme, daß
auch Sie darin mit mir übereinstimmen. Wenn Sie es wünschen,
wird Ihnen natürlich Herr Professor Krauch einen Nachweis
darüber, daß der Meldebogen in Heidelberg zur Abgabe ge-
langt ist, erbringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
bin ich Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Heimerich
Rechtsanwalt

Sehr geehrter Herr Landrat!

Ich nehme Bezug auf das mit Ihnen am 27. April 1940
Telefongespräch, das die Abgabe des Meldebogens durch Herrn
Professor Krauch betraf.
Mittlerweile hat die Wohnungnahme mit der für Herrn
Prof. Krauch zuständigen Stelle der Bauverwaltung stattge-
funden und es hat sich dabei ergeben, dass Herr Prof. Krauch
trotz des über ihn verhängten Hausarrestes den Melde-
bogen einreichen darf. Ich habe Herrn Prof. Krauch nun ver-
anlaßt, dieser Verpflichtung sofort nachzukommen. Allerdings
habe ich dabei die Auffassung vertreten, daß es zweckmäßiger
sei, den Meldebogen in Heidelberg als dem zuständigen
von Herrn Prof. Krauch und nicht in Falkenberg bzw. Erbach
einzureichen. Ich habe Gelegenheit gehabt, über die Angelegen-
heit auch mit dem in Heidelberg anwesenden Ministerpräsi-
den für Groß-Hessen, Herrn Professor Dr. Gierke, nach-
sprechen zu können. Er hat sich meiner Auffassung, daß es zweck-
mäßig und richtig sei, den Meldebogen in Heidelberg einzu-
reichen, in vollem Umfang angeschlossen und hat mich ermächtigt,
mich bei Ihnen auf diese seine Stellungnahme zu beziehen. Kommt
es zu einem Strafverfahren gegen Herrn Professor Dr. Krauch,
so wird auch vieles dafür sprechen, dieses Strafverfahren, das

22. Mai 1946

Dr. H./Kr.

An den

Herrn Landrat des Landkreises Erbach
E r b a c h /im Odenwald

Betr.: Professor K r a u c h , Gut Falkenhof.

Sehr geehrter Herr Landrat!

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben an Sie vom 6. ds. Mts. und überreiche Ihnen in der Anlage eine Bestätigung der Polizeidirektion Heidelberg, daß ich den Meldebogen für Herrn Professor Dr. Karl K r a u c h hier abgegeben habe. Auf dem Meldebogen ist vermerkt, daß sich Herr Prof. Krauch auf Weisung der amerikanischen Militärregierung (USFET) z. Zt. in Hausarrest auf seinem Hofgut Falkenhof in Falkengesäß/Krs. Erbach befindet.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gezi Dr. Heimerich

Anlage

Rechtsanwalt

22. Mai 1948

Dr. H. K.

an den

Herrn Landrat des Landkreises Erbach

Erbach im Odenwald

Betr.: Professor K r a n c h, Gut Falkenhof.

Sehr geehrter Herr Landrat!

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben an Sie vom 6. d. Mts. und überreichte Ihnen in der Anlage eine Bestätigung der Polizei-
direktion Heidelberg, daß ich den Meldebogen für Herrn Professor
Dr. Karl K r a n c h hier abgegeben habe. Auf dem Meldebogen
ist vermerkt, daß sich Herr Prof. Kranich auf Wohnung der amtierenden
Militärregierung (USZMR) z. St. in Hausstr. 27, 69001
Hofgut Falkenhof in Falkenhausen/Kr. Erbach befindet.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Hochachtungsvoll
Herr Dr. Reimerich

Rechtsanwalt

Anlage

Abschrift

14. Juni 1946

Dr. H./De.

An den

Öffentlichen Ankläger zur Durchführung
des Gesetzes zur Befreiung vom National-
sozialismus und Militarismus Herrn H o c h
M i c h e l s t a d t i. O.

Ich vertrete Herrn Professor Dr. K r a u c h , Heidelberg,
der sich z. Zt. auf Anordnung der Besatzungsmacht im Hausarrest
auf seinem Hof Falkenhof in Falkengesäß, Kreis Erbach, befindet.

Es ist mir zur Kenntnis gekommen, daß Sie die Vorlage des
Meldebogens von Herrn Professor Krauch gefordert haben. Ich darf
Sie darauf aufmerksam machen, daß in dieser Angelegenheit zwischen
mir, Herrn Ministerpräsidenten Dr. G e i l e r und dem Landrat
des Landkreises Erbach Verhandlungen stattgefunden haben, die in
den zwei abschriftlich beiliegenden Briefen in ihrem wesentlichen
Inhalt niedergelegt sind. Der Meldebogen für Herrn Professor Krauch
wurde in Heidelberg abgegeben und das Spruchverfahren für Herrn
Professor Krauch wird hier in Gang kommen. In Heidelberg sind die
Verhältnisse des Herrn Professor Krauch auch wesentlich genauer
bekannt als im Kreise Erbach. Ich bitte in gefälliger Mitteilung,
ob gegen diese Regelung noch irgendwelche Einwendungen erhoben
werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
gez. Dr. Heimerich
Rechtsanwalt

2 Anlagen

14. Juni 1946

Dr. H. De.

An den

Öffentlichen Ankläger zur Durchführung
des Gesetzes zur Beseitigung von National-
sozialismus und Militarismus Herrn H. o. d.

H i e l d e r g e r a d t i. O.

Ich vertrete Herrn Professor Dr. K. v. a. u. c. H., Heidelberger,
der sich z. Zt. auf Anordnung der Besatzungsmacht im Hausarrest
auf seinem Hof Falkenhorst in Falkenberg, Kreis Erbach, befindet.
Es ist mir zur Kenntnis gekommen, dass die die Vorlage des
Meldebogens von Herrn Professor Krauch gefordert haben. Ich darf
sie damit aufmerksam machen, dass in dieser Angelegenheit zwischen
mir, Herrn Ministerpräsidenten Dr. G. e. i. r. und dem Landrat
des Landkreises Erbach Verhandlungen stattgefunden haben, die in
den zwei abschriftlich vorliegenden Briefen in ihrem wesentlichen
Inhalt wiedergelegt sind. Der Meldebogen für Herrn Professor Krauch
wurde in Heidelberg abgegeben und das Sprachverfahren für Herrn
Professor Krauch wird hier in Gang kommen. In Heidelberg sind die
Verhältnisse des Herrn Professor Krauch auch wesentlich genauer
bekannt als im Kreise Erbach. Ich bitte um gefällige Mitteilung,
ob gegen diese Regelung noch irgendwelche Einwände erhoben
werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Gen. Dr. Heimerich

Rechtsanwalt

E. Anlehn

Prof. Dr. C. KRAUCH

Heidelberg-Schlierbach,
im Lindenried 23,

zurzeit Falkenhof in Falkengesäss
über Beerfelden/Odenwald,

den 5. Juli 1946

In dem gegebenenfalls gegen mich durchgeführten Verfahren nach
Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
bevollmächtige ich

Herrn Rechtsanwalt Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
in Heidelberg, Neuenheimer Landstraße Nr. 4

mit meiner Vertretung.

H. Carl Krauch

Prof. Dr. C. KRAUCH

H. G. G. G. G.

A k t e n n o t i z

Heidelberg, den 3. Juli 46

Betr. Konferenz mit Frl. B e t h g e .

Es wurde ihr Abschrift meines Briefes an Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Huber übergeben. Frl. Bethge überbrachte meinen Brief an Dr. Huber persönlich.

Aktendruck

Heidelberg, den 3. Juli 18

Betr. Konferenz mit Fr. H. H. e.

Es wurde die Abschrift meines Briefes an Herrn Angebotener
Dr. Huber übergeben. Fr. H. H. e. überreichte seinen Brief an Dr. Huber
persönlich.

3. Juli 1946

Dr. H./K.

Persönlich!

Herrn

Amtsgerichtsrat Dr. Huber

H e i d e l b e r g

Bergstraße 106 (Spruchkammer)

Sehr geehrter Herr Amtsgerichtsrat!

Ich danke Ihnen verbindlichst für die Mitteilung, die Sie mir durch Herrn Referendar Dr. Fehsenbecker haben zukommen lassen. In der Angelegenheit des Herrn Professor Krauch hat der abschriftlich beiliegende Schriftwechsel stattgefunden, der Sie über die Sache vollkommen orientiert. Es handelt sich um einen Brief an den Herrn Landrat des Kreises Erbach vom 6. 5. 46., einen weiteren Brief an den Herrn Landrat in Erbach vom 22. 5. 46, und um einen Brief an den öffentlichen Ankläger in Michelstadt, vom 14. 6. 46. Der ständige Wohnsitz von Herrn Professor Krauch ist immer Heidelberg gewesen. Auf seinem Hof in Falkengesäß, Kreis Erbach, befindet er sich nur in Zwangsaufenthalt. Die Verhältnisse des Herrn Professor Krauch sind in Heidelberg wesentlich besser bekannt wie im Landkreis Erbach. Außerdem sind im Landkreis Erbach schon sehr viele persönliche Wünsche zutage getreten, die darauf abzielen Herrn Professor Krauch seinen Hof, der ihm übrigens nur teilweise gehört, abzunehmen, sodaß auch aus diesem Grunde Bedenken gegen eine Spruchkammerverhandlung im Kreise Erbach erhoben werden müssen. Die Gefahr einer unsachlichen Betrachtungsweise liegt dort zu nahe.

Mit den besten Empfehlungen bin ich Ihr sehr
ergebener

3. Juli 1944

Dr. H. A. V.

Heidelberg

Herrn

Antwortschrift Dr. Huber

Heidelberg

Herrnstr. 106 (Sprachkammer)

Sehr geehrter Herr Antwortschrift!

Ich danke Ihnen verbindlich für die Mitteilung, die Sie mir durch Herrn Referendar Dr. Fehsenberger haben zukommen lassen. In der Angelegenheit des Herrn Professor Kirsch hat der sprachlich beteiligte Schriftwechsel stattgefunden, der die über die Sache vollkommen orientiert. Es handelt sich um einen Brief an den Herrn Landrat des Kreises Hrbach vom 6. 5. 44, einen weiteren Brief an den Herrn Landrat in Hrbach vom 8. 5. 44, und um einen Brief an den öffentlichen Anwalt in Hrbach vom 14. 6. 44. Der ständige Wohnsitz von Herrn Professor Kirsch ist immer Heidelberg gewesen. Auf seinem Hof in Fehsenberger Kreis Hrbach, befindet er sich nur in Zwangsausweisung. Die Verhältnisse des Herrn Professor Kirsch sind in Heidelberg wesentlich besser bekannt wie im Landkreis Hrbach. Außerdem sind im Landkreis Hrbach schon sehr viele persönliche Wünsche aufgetreten, die darauf abzielen Herrn Professor Kirsch seinen Hof, der ihm übrigens nur teilweise gehört, abzunehmen, wobei auch aus diesen Gründen Bedenken gegen eine Spruchkammerverhandlung im Kreis Hrbach erhoben werden müssen. Die Gefahr einer sachlichen Betrachtungsweise liegt dort zu nahe.

Mit den besten Empfehlungen bin ich Ihr sehr

ergebener

Q u i t t u n g !

Ich bescheinige hiermit, das Schreiben des öffentlichen Klägers der Spruchkammer Erbach, Michelstadt v. 13. Juni 1946 betreffend Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus v. 5. März 1946 erhalten zu haben.

Falken-Gesäss, den 17. Juni 1946

M. C. Künz

1. The first part of the paper is devoted to a discussion of the general principles of the theory of the structure of the atom. It is shown that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics, and that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics.

2. The second part of the paper is devoted to a discussion of the general principles of the theory of the structure of the atom. It is shown that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics, and that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics.

3. The third part of the paper is devoted to a discussion of the general principles of the theory of the structure of the atom. It is shown that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics, and that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics.

4. The fourth part of the paper is devoted to a discussion of the general principles of the theory of the structure of the atom. It is shown that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics, and that the structure of the atom is determined by the laws of quantum mechanics.

Großhessisches Staatsministerium

Der Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung

Spruchkammer Erbach im Odenwald
(Amtsgericht Michelstadt)

Michelstadt, den
Fernruf 475 Amt Michelstadt

13. Juni 1946

Az.: Er/Ho/Ing. Briefstagebuch Nr.: 185/46

Betreffend: Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
v. 5. März 1946

Herrn

Prof. Dr. K r a u c h

Falken-Gesäss

Gut Falkenhof

Ich fordere Sie hiermit auf, Ihren Meldebogen (lt. Art. 3 des Gesetzes) in doppelter Ausfertigung bis längstens

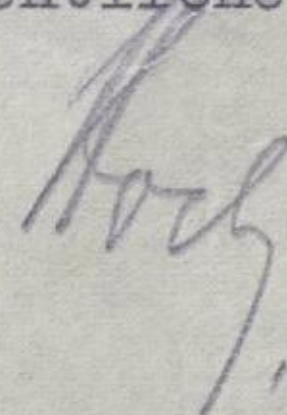
Montag, den 17. Juni 1946

bei der Bürgermeisterei, Falkengesäss abzugeben.

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, werde ich gegen Sie Strafantrag stellen. Ich verweise Sie dieserhalb auf § 10 der ersten Durchführungsverordnung über die Meldepflicht.

Den Empfang des Schreibens wollen Sie
auf der beiliegenden Quittung
bestätigen und diese umgehend zu-
rücksenden.

Der öffentliche Kläger



Von Fil. Bethge übergeben am 3.7.46.

Großherzogliches Staatsministerium

Der Minister für Wissenschaften und politische Angelegenheiten

Seiner Excellenz dem Großherzog von Baden in Baden

(in der Person des Herrn Ministerpräsidenten)

An den Herrn Hofmarschall des Großherzogs von Baden

Bezugnehmend auf Ihre Excellenz vom 1. März 1946

Herrn

Prof. Dr. R. R. R.

Falken-Gesetz

Gut Falkenhof

Ich fordere Sie hiermit auf, Ihren Meldebogen (H. Art. 3 des Gesetzes) in doppelter Ausfertigung bis längstens

Montag, dem 17. Juni 1946

bei der Bürgermeisterei, Falken-Gesetz abzugeben. Sollten Sie dieser Anforderung nicht Folge leisten, werde ich gegen Sie Strafverfolgung einleiten. Ich verweise Sie diesem auf § 10 der ersten Durchführungsverordnung über die Meldepflicht.

Der Inhalt des Schreibens wird Ihnen als auf der beiliegenden Gütung bestätigt und diese umgehend zurücksenden.

Der öffentliche Kläger

Mit dieser, den

17. Juni 1946

Prof. Dr. C. KRAUCH
- Sekretariat -

Heidelberg, den 21.6.1946
Hauptstr. 45

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich,

bei meinem gestrigen Besuch in Stuttgart überreichte ich Herrn Dr. Kimmmerle Ihren Brief. Er hatte sich in der letzten Zeit nicht persönlich um die Auto-Sache kümmern können, da er durch Reisen nach Berlin und ins englische Gebiet viel von Stuttgart abwesend war. Er versprach mir, gestern noch telefonisch in Karlsruhe anzurufen und Anweisung zu geben, dass Ihr Antrag positiv erledigt wird. Hoffentlich klappt es nun!

Inliegend 25 Liter Benzin-Scheine, die aber noch im Juni getankt werden müssen. Benzin sei augenblicklich infolge der amerikanischen Streiks knapp geworden, mit einer Besserung sei aber in absehbarer Zeit zu rechnen.

Aus Michelstadt kam ein in sehr scharfem Ton gehaltener Brief mit Strafandrohung, falls der Meldebogen dort nicht abgegeben würde; der Brief war aber offensichtlich vor Erhalt Ihres Briefes geschrieben. Bisher habe ich noch nichts wieder gehört, sodaß die Sache hoffentlich in Ordnung geht.

Mit den besten Grüßen

Prof. Krauch

Prof. Dr. C. KRAUCH

Wife of the late

14. Juni 1946

Dr. H./Do.

An den

Öffentlichen Ankläger zur Durchführung
des Gesetzes zur Befreiung vom National-
sozialismus und Militarismus Herrn H o c h

W i e h e l s t a d t i. O.

Ich vertritt Herrn Professor Dr. F r a u c h, Heidel-
berg, der sich zur Zeit auf Anordnung der Besatzungsmacht
in Hausarrest auf seinem Hof Falkenhof im Belkengässle,
Kreis Erbach, befindet.

Es ist mir zur Kenntnis gekommen, dass Sie die Vor-
lage des Meldebogens von Herrn Professor Frauch gefordert
haben. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass in die-
ser Angelegenheit zwischen mir, Herrn Ministerpräsidenten
Dr. S e i l e r und dem Landrat des Landkreises Erbach
Verhandlungen stattgefunden haben, die in der zwei ab-
schriftlich beiliegenden Briefen in ihrem wesentlichen In-
halt niedergelegt sind. Der Meldebogen für Herrn Professor
Frauch wurde in Heidelberg abgereicht und das Verhörverfah-
ren für Herrn Professor Frauch wird hier in Gang kommen.
In Heidelberg sind die Verhältnisse des Herrn Professor
Frauch auch wesentlich genauer bekannt als im Kreis Er-
bach. Ich bitte um gefällige Mitteilung, ob gegen diese
Regelung noch irgendwelche Einwendungen erhoben werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Abdruck an Frl. Betty

Rechtsanwalt

2 Anlagen

18th Dec 1891

H-eidelberg, den 28.Mai 1946

Dr.H./De.

Aktennotiz

Rücksprache in der Sache K r a u c h mit Herrn De C a p o von der CIC.

Ich habe mich Herrn De Capo vorgestellt und habe ihm mitgeteilt, dass ich jetzt häufiger mit Herrn Prof.Krauch zusammenkommen müsse, um die zu erwartende Verhandlung vor der Spruchkammer vorzubereiten. Zu diesem Zwecke müsse ich mir auch Material über die Persönlichkeit des Herrn Prof.Krauch und über sein Arbeitsgebiet und seine Wirkungskreise verschaffen. Ich zeigte dann Herrn De Capo noch den Fragebogen der amerikanischen Fiat-Organisation, der von der Heidelberger Militärregierung an bestimmte Persönlichkeiten ausgegeben worden ist und von dem ein Exemplar auch für Herrn Krauch bestimmt ist. Herr De Capo erklärte sich damit einverstanden, dass der Fragebogen von Herrn Prof. Krauch ausgefüllt wird, und bezeichnete es als durchaus möglich, dass Herr Krauch nach Amerika fahren kann.

Im Anschluss an diese Unterredung wurde Fräulein Bethge, die vor dem Hause auf mich wartete, von mir unterrichtet.

BÜRO FÜR
VERWALTUNGSKOORDINATION

LEITUNG:

DR. DR. H.C. HERMANN HEIMERICH
OBERREGIERUNGSPRÄSIDENT Z. D.

DR. WILHELM MATTES
FINANZMINISTER A. D.

HEIDELBERG, den
Neuenheimer Landstr. 4 · Tel. 4565

BETR.

22. Mai 1946

An den

Dr.H./Kr.

Herrn Landrat des Landkreises Erbach

E r b a c h /im Odenwald

Betr.: Professor K r a u c h , Gut Falkenhof.

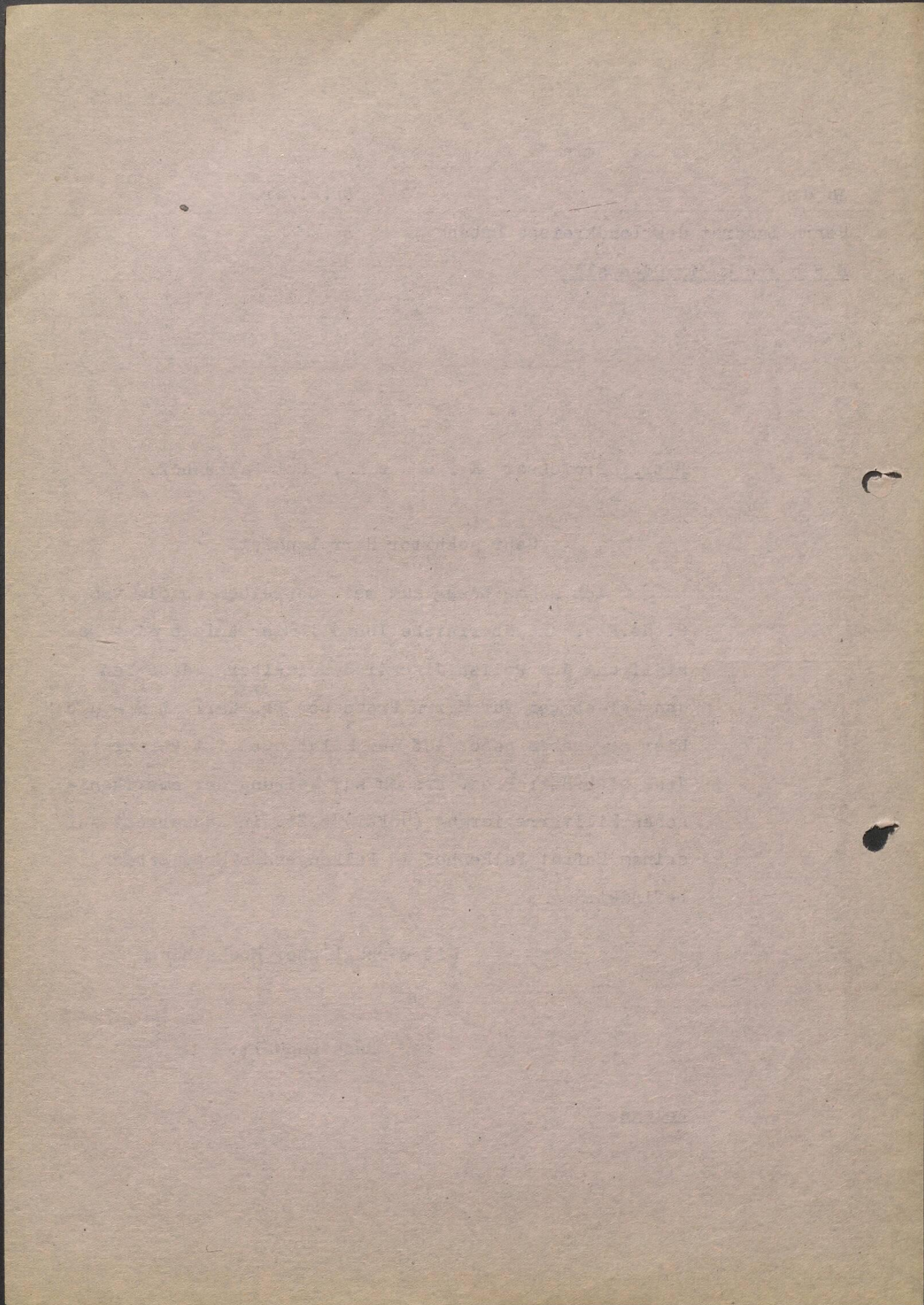
Sehr geehrter Herr Landrat!

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben an Sie vom 6. dš.Mts. und überreiche Ihnen in der Anlage eine Bestätigung der Polizeidirektion Heidelberg, dass ich den Meldebogen für Herrn Professor Dr. Karl K r a u c h hier abgegeben habe. Auf dem Meldebogen ist vermerkt, dass sich Herr Prof. Krauch auf Weisung der amerikanischen Militärregierung (USFET) z.Zt. in Hausarrest auf seinem Hofgut Falkenhof in Falkengesäss/Krs. Erbach befindet.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Rechtsanwalt.

Anlage



Prof. Dr. C. KRAUCH

- Sekretariat -

Heidelberg, den 21. Mai 1946
Büro: Hauptstr. 45

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich,

inliegend überreiche ich Ihnen die gewünschte Notiz. Ich glaubte Sie heute so verstanden zu haben, dass diese Notiz von mir auch zu unterzeichnen wäre. Sollte ich Sie mißverstanden haben, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Text in Ihrem Büro nochmal schreiben lassen und unterzeichnen würden.

Ich habe die deutsche Fassung sowie einen Durchschlag der englischen Fassung für Ihre dortigen Akten beigelegt.

Im übrigen hat mir das Polizeirevier Schlierbach den Meldebogen anstandslos abgenommen; die graue Quittung habe ich behalten und schicke sie auf den Falkenhof, damit die Lebensmittelkarten abgeholt werden können. Empfangsbescheinigung gab ich Ihrer Tochter für Sie.

Mit den besten Grüßen

Ihre Bethege

Prof. Dr. C. KRAUCH

- Sekretariat -

Sehr geehrter Herr Dr. Heilmann,

inliegend überreiche ich Ihnen die gewünschte Notiz. Ich glaube
Sie heute so verstanden zu haben, dass diese Notiz von mir
auch zu unterzeichnen wäre. Sollte ich Sie missverstanden haben,
dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Text in Ihrem Büro
nochmal schreiben lassen und unterzeichnen würden.

Ich habe die deutsche Fassung sowie einen Durchschlag der englischen
Fassung für Ihre dortigen Akten beigelegt.

Im übrigen hat mir das Polizeirevier Schlierbach den Meldebogen
anstattlos abgegeben; die grüne Quittung habe ich behalten und
schicke sie auf den Fallbogen, damit die Lebensmittellisten abgeholt
werden können. Empfangsbcheinung gab ich Ihrer Tochter für Sie.

Mit den besten Grüßen

Handwritten signature

Heilmann, den 21. Mai 1946
Büro: Hauptstr. 45

N o t i z*abgegeben in
unregelmäßiger Fassung*

Mit Erlaubnis des CIC-Heidelberg besuchte am 18.5.1946 Herr Rechtsanwalt Dr.Dr.h.c.Heimerich-Heidelberg, Neuenheimerlandstraße 4, Herrn Dr.Carl Krauch auf seinem Gut Falkenhof. Es wurden folgende Fragen besprochen:

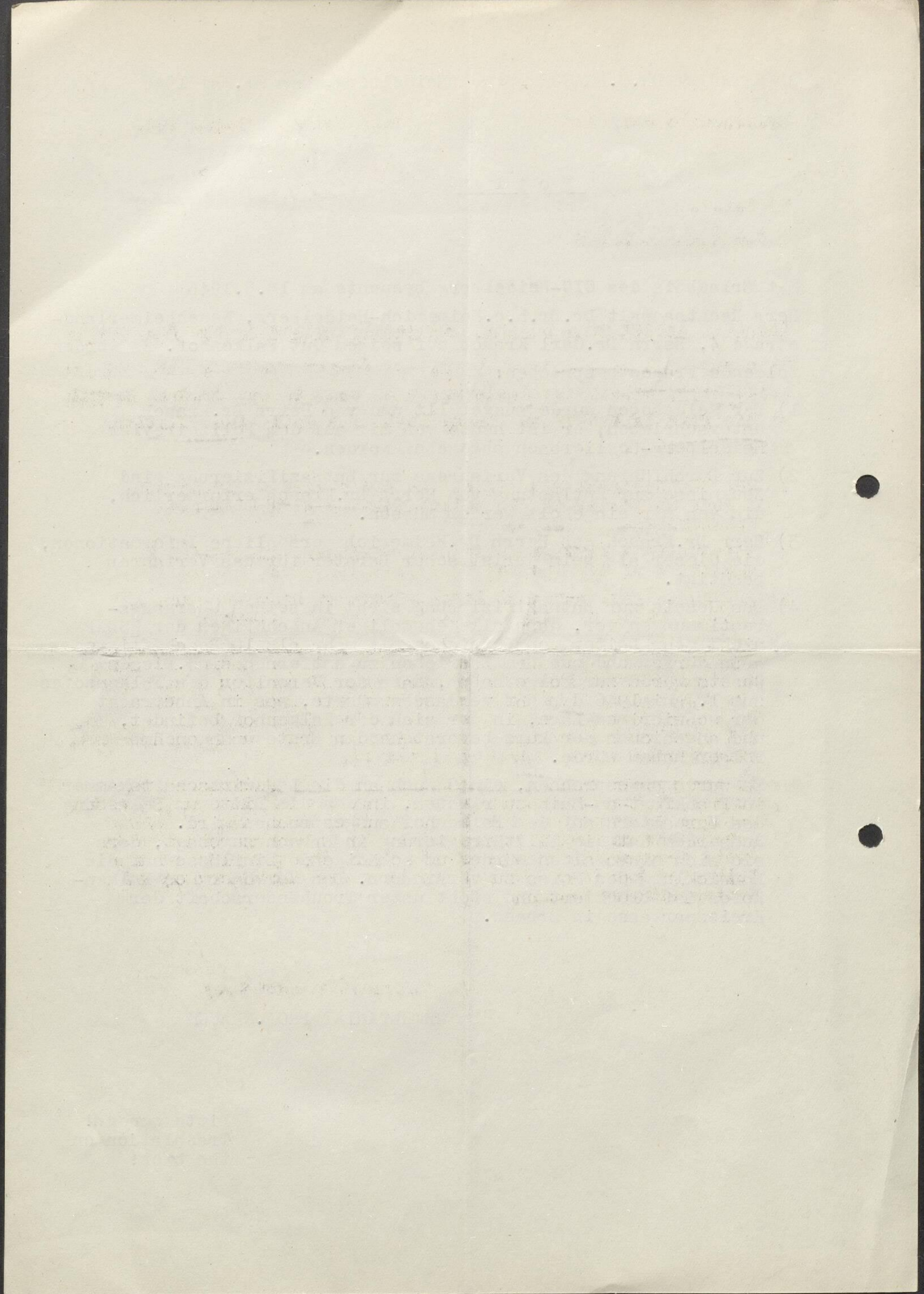
- 1) Der Meldebogen wurde ausgefüllt und von Herrn Dr.Krauch unterschrieben; er ist heute von mir auf dem Polizeirevier Heidelberg-Schlierbach abgegeben worden.
- 2) Zur Durchführung des Verfahrens zur Entnazifizierung sind Zeugnisse zur Entlastung von Herrn Dr.Krauch erforderlich, die von mir eingeholt werden müssen.
- 3) Herr Dr.Krauch gab Herrn Dr.Heimerich persönliche Informationen, die dieser als sein juristischer Berater für das Verfahren benötigt.
- 4) Das Gesetz zur Entnazifizierung sieht in seinen Übergangsbestimmungen vor, dass alle ehemaligen Angehörigen der NSDAP nicht mehr Leiter von Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten sein dürfen und aus den Betrieben zu entfernen sind. Dieses Gesetz würde zur Folge haben, dass der Verwalter des Falkenhofes zum 1.Juni 1946 den Hof verlassen müsste, was in Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich der Falkenhof befindet, und angesichts der kurz bevorstehenden Ernte unangenehme Folgen haben würde.

Es wurde abgesprochen, ein Gesuch an die Landwirtschaftskammer in Frankfurt-am-Main zu richten, in dem die Bitte um Belassung des Verwalters auf dem Falkenhof ausgesprochen wird. Ausserdem hat die Militärregierung in Erbach zugesagt, dass sie sich einschalten würde, um schädigende Einflüsse auf die Entwicklung des Hofes zu verhindern. Das Vermögen des Falkenhofes ist blockiert und steht unter Treuhänderschaft der Kreissparkasse in Erbach.

Alle Belege

SEKRETARIAT PROF.KRAUCH

~~Bitte wenden!~~
~~Translation on~~
~~the back!~~



Dr.Krauch's secretary

Heidelberg, 21-maj 1946

To C.I.C.

H e i d e l b e r g

Subject: Report of a meeting between Dr.Heimerich and Dr.Krauch.

With approval of CIC-Heidelberg, the lawyer Dr.Dr.h.c.Heimerich-Heidelberg, Neuenheimerlandstrasse 4, went to see Dr.Carl Krauch at his farm Falkenhof on 18-may 1946. The following questions were discussed:

- 1) The "Meldebogen" was filled out and signed by Dr.Krauch; I gave it to-day to the police-station at Heidelberg-Schlierbach.
- 2) Attestations for the defence of Dr.Krauch are wanted in execution of the law for denazification, which I am to get.
- 3) Dr.Krauch gave personal informations to Dr.Heimerich, who wants them in his capacity as Dr.Krauch's attorney.
- 4) The law for denazification contains provisional regulations, according to which no former members of the Party are allowed to manage establishments of more than 10 employees and must be dismissed. This would mean that the manager of the Falkenhof has to leave the farm on 1st June 1946. Considering the difficult position of the farm and the impending harvest, disagreeable consequences will result.

It was agreed to submit a petition to the Landwirtschaftskammer at Frankfurt-on-the-Main with the request to allow the manager to remain on the farm. Besides this, the Military Government at Erbach has promised to intervene in order to avoid irreparable damage to the farm. The property of the Falkenhof has been blocked and is under custodianship of Kreissparkasse Erbach.

Carl Krauch

Dr.C.Krauch's secretary

Heidelberg, 21-May 1946

Dr. Kirsch's Secretary

To G.I.G.

Heidelberg

Subject: Report of a meeting between Dr. Heimerich and Dr. Kirsch.
With approval of GIG-Heidelberg, the lawyer Dr. H. C. Heimerich-Heidelberg, Heimerichstrasse 4, went to see Dr. Carl Kirsch at his farm Heimerich on 18-May 1946. The following questions were discussed:

- 1) The "Meldebogen" was filled out and signed by Dr. Kirsch. I gave it today to the police-station at Heidelberg-Schillerbach.
- 2) Attestations for the defense of Dr. Kirsch are wanted in execution of the law for denazification, which I am to get.
- 3) Dr. Kirsch gave personal information to Dr. Heimerich, who wrote them in his capacity as Dr. Kirsch's attorney.
- 4) The law for denazification contains provisional regulations, according to which no former members of the Party are allowed to manage establishments of more than 10 employees and must be dismissed. This would mean that the manager of the Heimerich has to leave the farm on 1st June 1946. Considering the difficult position of the farm and the impending harvest, disagreeable consequences will result.
- It was agreed to submit a petition to the Landwirtschaftsminister of Frankfurt-on-the-Main with the request to allow the manager to remain on the farm. Besides this, the Ministry Government at Frankfurt has promised to intervene in order to avoid irreparable damage to the farm. The property of the Heimerich has been blocked and is under guardianship of Kreisrat Dr. Kirsch.

for Kirsch
Dr. C. Kirsch's Secretary

Heidelberg, 19. Mai 1946

Dr.H./Kr.

Betr.: Akt Prof. Krauch.

Besuch zusammen mit Fräulein Bethge

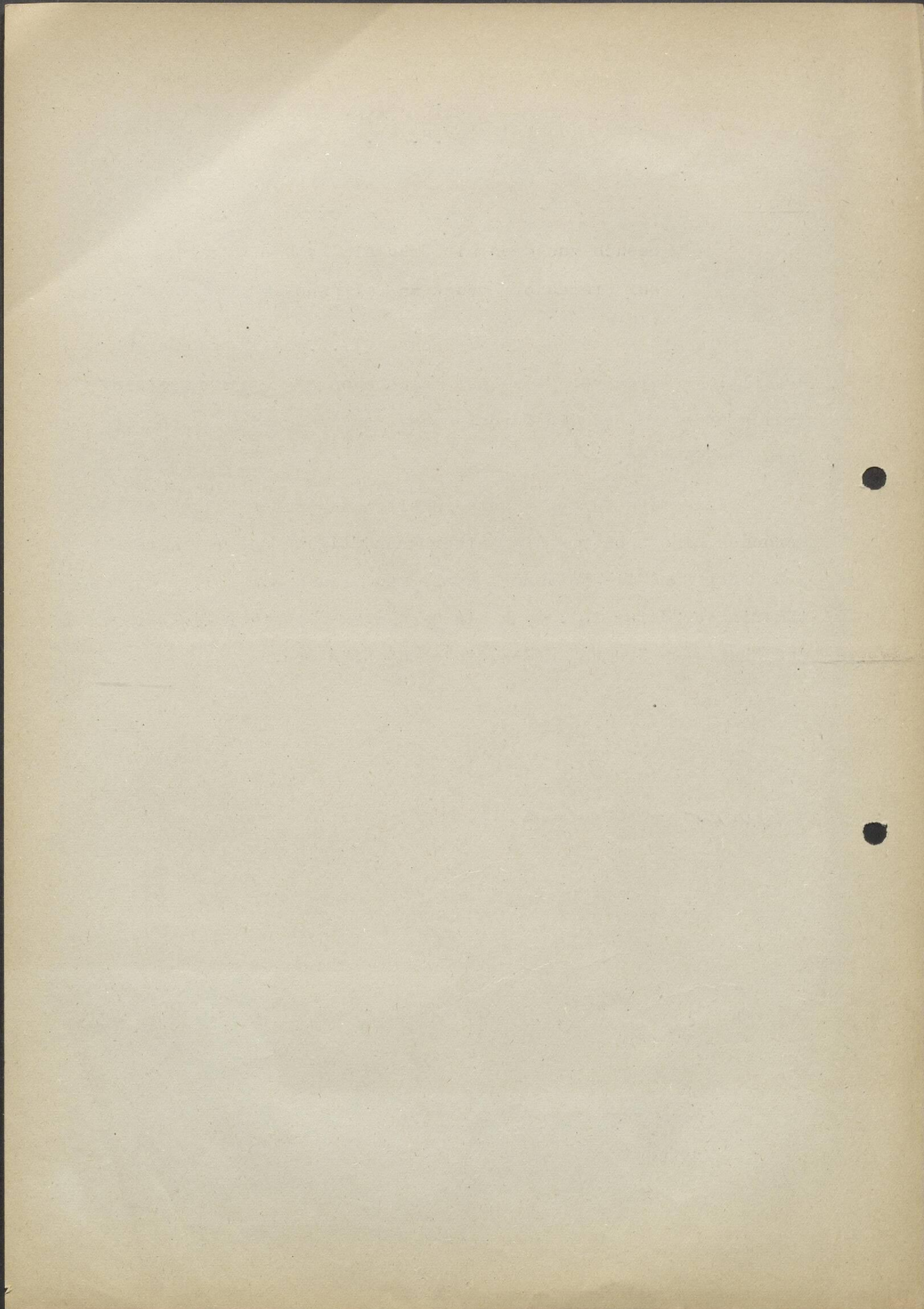
bei Professor Krauch ^{auf} in Falkenhof in Falkengesäss.

Die CIC hatte zu diesem Besuch (17.5.46) ihre Genehmigung erteilt. Es wurde vor allem der Meldebogen von Herrn Professor Krauch erörtert und die Durchführung des in Aussicht stehenden Spruchverfahrens.

Ausserdem wurden Angelegenheiten des Gutes Falkenhof besprochen, insbesondere die Weiterbeschäftigung des Verwalters U n g e r und die Tatsache, dass Frau Krauch zur Hälfte Eigentümerin des Hofes ist. Auch die Angelegenheiten der fünf Kinder des Ehepaares Krauch wurden eingehend erörtert.

44.

/ Revisor Schliebach.



Zu 1

von Mai 1987 - Auflösung

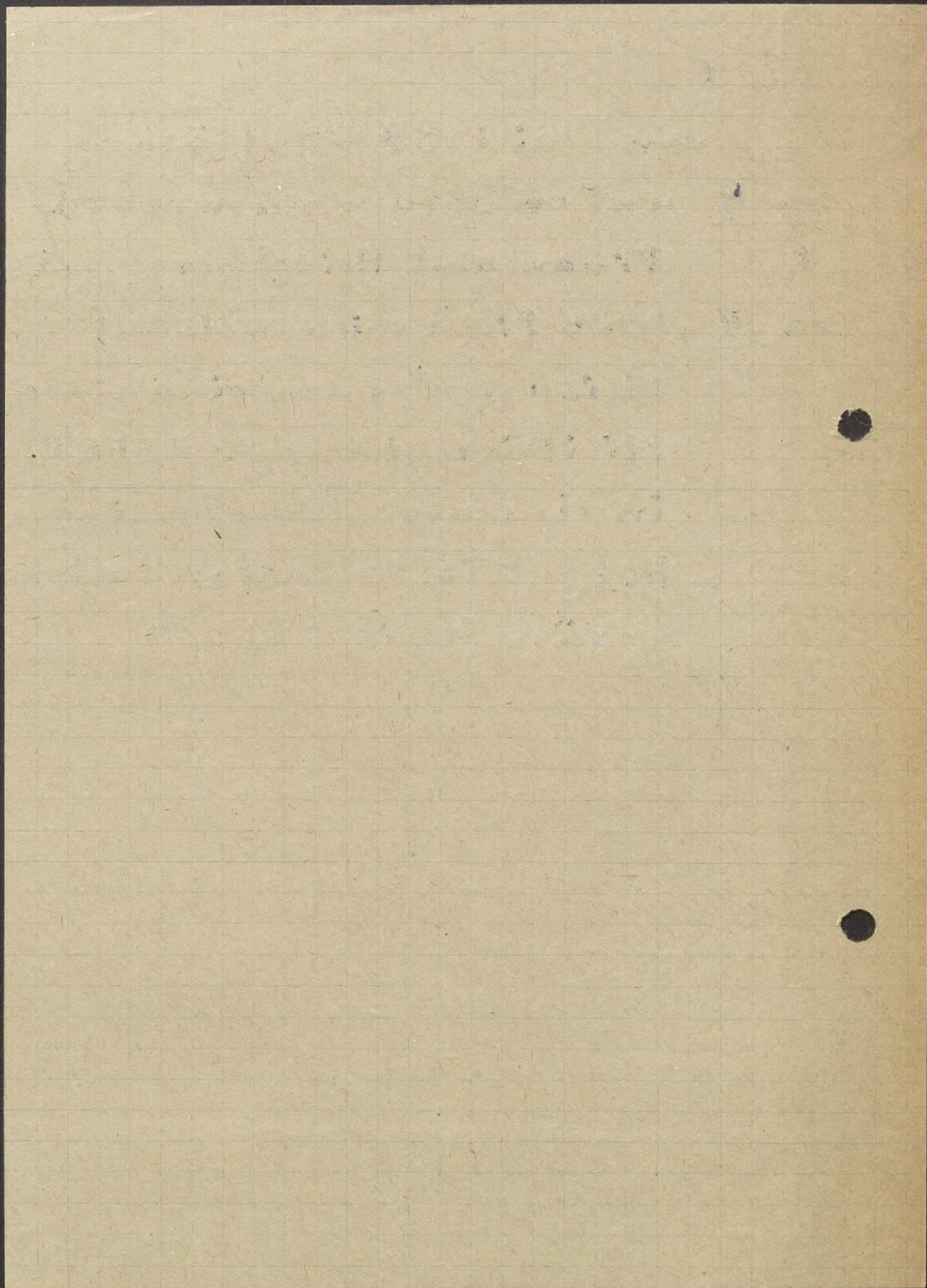
zu 8

unter Steuernummer I/
Finanzamt Heidelberg /325

†

zu 14

Ich befinde mich z. Zt. auf
Weisung der amerikanischen
Militärregierung (USFET)
in Hausarrest auf meinem
Hofgut Talkenhof in Falken-
gesäss Kreis Erbach



Heidelberg, den 18. Mai 1946

Dr. O./De.

Aktennotiz

Herr Regierungsrat B ö m c k e gibt mir noch an, dass über die Angelegenheit K r a u c h sein ehemaliger Vorgesetzter Herr Ministerialrat Dr. R ö m e r in Darmstadt, Civilian Internment Camp 91 III C Auskunft geben kann. Ministerialrat Römer war der Finanzmann des Reichswirtschaftsministeriums und ist Herrn Prof. K r a u c h persönlich bekannt. Er steht ggf. als Zeuge zur Verfügung. Herr Ministerialrat Römer ist nur gewöhnlicher Parteigenosse gewesen und sonst in keiner Weise belastet.



BÜRO FÜR
VERWALTUNGSKOORDINATION

LEITUNG:

DR. DR. H.C. HERMANN HEIMERICH
OBERREGIERUNGSPRÄSIDENT Z. D.

DR. WILHELM MATTES
FINANZMINISTER A. D.

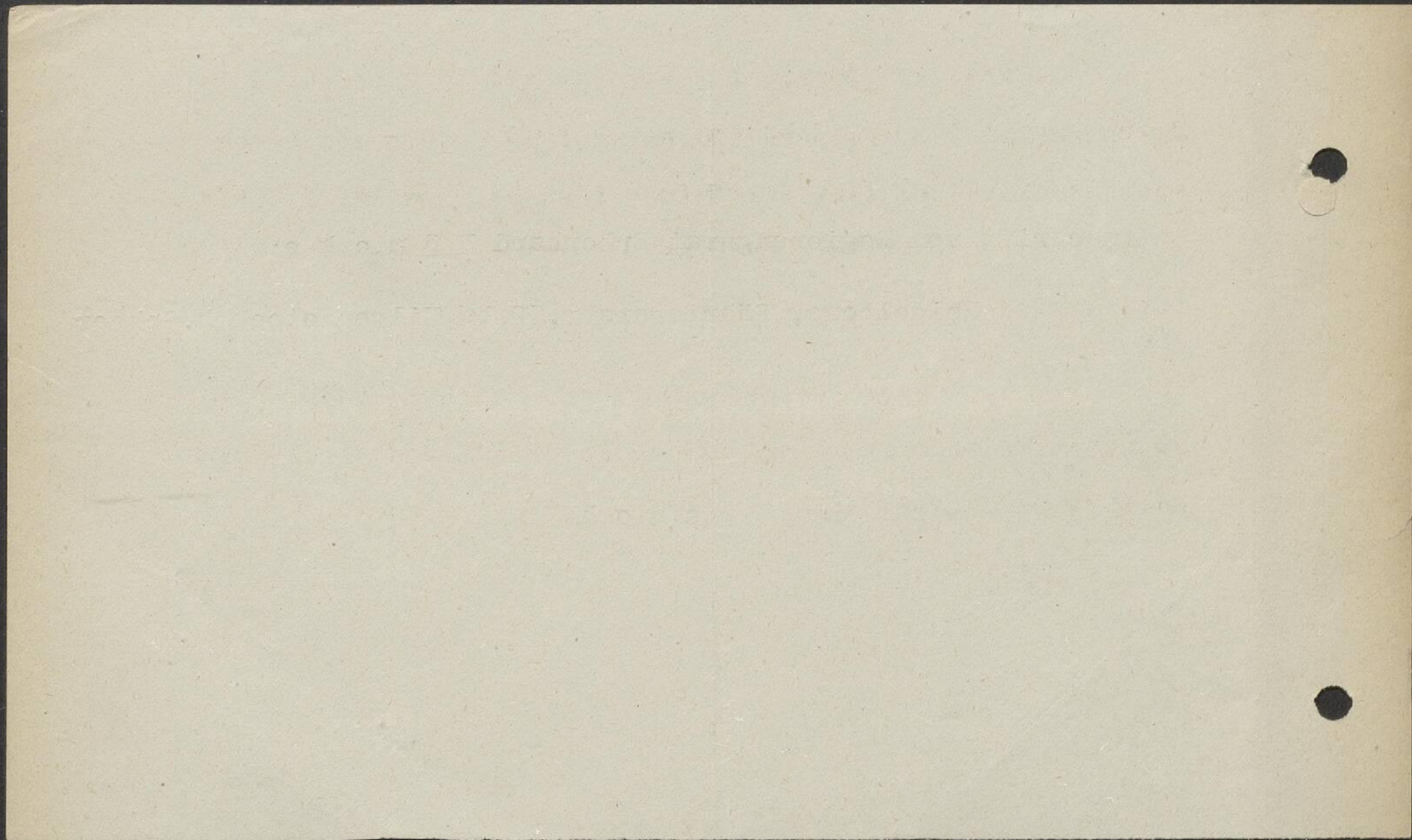
HEIDELBERG, den
Neuenheimer Landstr. 4 · Tel. 4565

BETR.

Anschrift von Regierungsrat Erberhard B ö m c k e:

Heidelberg, Zähringerstr. 52 bei Hilgenstock b. Scheer

zum Akt K r a u c h



W.V. 2075. ✓

Heidelberg, den 15. Mai 1946

Dr.H./Kr.

Betr.: Akt Krauch - Spruchverfahren.

Konferenz mit Fräulein Bethge.

1.) Der Meldebogen des Herrn Professor Krauch wurde nochmals besprochen.

2.) Fräulein Bethge ist bei der CIC in Heidelberg bei Herrn De C a p o gewesen und hat gefragt, ob gegen einen Besuch in Falkenhof eine Einwendung bestehe. Das ist nicht der Fall, doch wünscht Herr De Capo von Fräulein Bethge ein Protokoll über den Besuch.

Ich habe vorgeschlagen, dass ich Herrn De Capo in der nächsten Woche besuche und ihn über die mir gestellte Aufgabe näher unterrichte.

1. Die ...

2. Die ...

3. Die ...

4. Die ...

5. Die ...

6. Die ...

7. Die ...

8. Die ...

9. Die ...

10. Die ...

11. Die ...

12. Die ...

13. Die ...

Heidelberg, 12. Mai 1946

Dr.H./Kr.

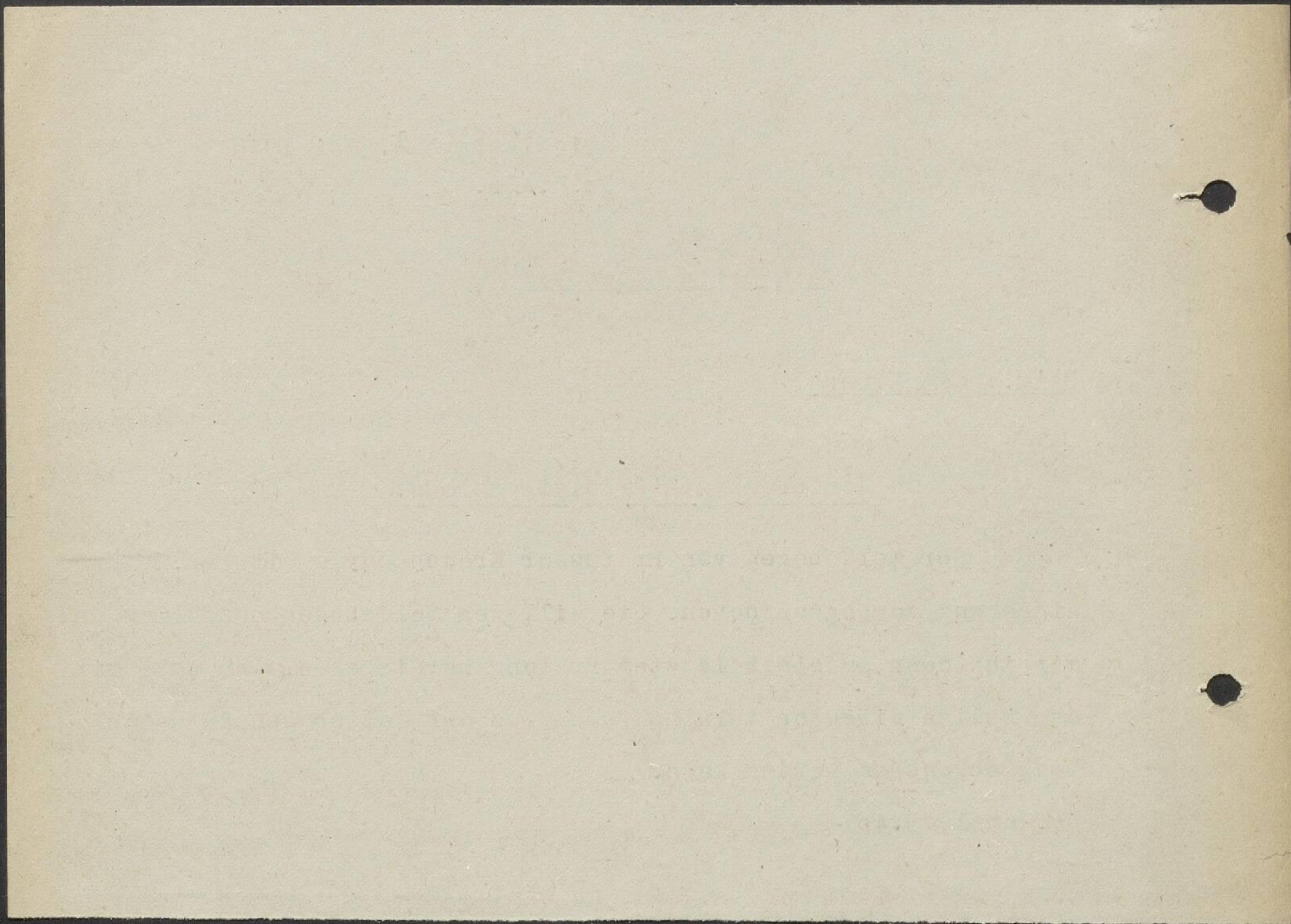
A k t e n n o t i z

Betr.: Akt Krauch.

Konferenz mit Fräulein Bethge.

Der Meldebogen von Professor Krauch wurde mit Frl.Bethge eingehend durchgesprochen. Sie will den Meldebogen ausfüllen und mir ihn dann zu einer letzten Prüfung hereingeben. Ich soll mit dem Polizeidirektor telephonieren, wo der Meldebogen in Heidelberg abgegeben werden kann.

Wv. am 14.5.46



W.V. 2075.1

6. Mai 1946

Dr.H./De.

I. An den
Herrn Landrat des Landkreises
Erbach
Erbach i.O.
Betr. Prof. Dr. Krauch, Gut Falkenhof

Sehr geehrter Herr Landrat!

Ich nehme bezug auf das mit Ihnen am 27. April geführte Telefongespräch, das die Abgabe des Meldebogens durch Herrn Professor K r a u c h betraf.

Mittlerweile hat die Wählungnahme mit der für Herrn Prof. Krauch zuständigen Stelle der Besatzungsmacht stattgefunden und es hat sich dabei ergeben, dass Herr Prof. Krauch trotz des über ihn verhängten Hausarrestes den Meldebogen einzureichen hat. Ich habe Herrn Prof. Krauch nun veranlasst, dieser Verpflichtung sofort nachzukommen. Allerdings habe ich dabei die Auffassung vertreten, dass es zweckmässiger sei, den Meldebogen in Heidelberg als dem ständigen Wohnsitz von Herrn Prof. Krauch und nicht in Falkengesäss bzw. Erbach einzureichen. Ich habe Gelegenheit gehabt, über die Angelegenheit heute auch mit dem in Heidelberg anwesenden Ministerpräsidenten für Gross-Hessen, Herrn Professor Dr. G e i l e r, Rücksprache zu nehmen. Er hat sich meiner Auffassung, dass es zweckmässig und richtig sei, den Meldebogen in Heidelberg einzureichen, in vollem Umfang angeschlossen und hat mich

ermächtigt, mich bei Ihnen auf diese seine Stellungnahme zu berufen. Kommt es zu einem Spruchverfahren gegen Herrn Professor Dr. Krauch, so wird auch vieles dafür sprechen, dieses Spruchverfahren, das einen erheblichen Umfang annehmen könnte, an einem grösseren und verkehrsgünstigeren Ort durchzuführen. Ich nehme an, dass auch Sie darin mit mir übereinstimmen. Wenn Sie es wünschen, wird Ihnen natürlich Herr Professor Krauch einen Nachweis darüber, dass der Meldebogen in Heidelberg zur Abgabe gelangt ist, erbringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
bin ich Ihr sehr ergebener

Rechtsanwalt

II. Durchschlag von I an E r l . B e t h g e f o t . D e .

Max Krawinkel

29. April 1946

Herrn

Dr. H./Kr.

Ministerpräsident
Dr. Karl Geiler

Wiesbaden

Staatsministerium

Sehr verehrter Herr Dr. Geiler!

Ich hoffe, Sie am Montag, den 6. Mai, in Heidelberg zu sprechen. Sie hatten für diesen Tag eine Unterredung mit Herrn Direktor Schmidt von der gewerblichen Berufsgenossenschaft für Nahrungsmittel und Fremdenverkehr vereinbart und ich beabsichtige, Herrn Direktor Schmidt in diese Unterredung zu begleiten. Im Anschluss daran möchte ich zwei Angelegenheiten mit Ihnen kurz erörtern. Die eine betrifft das Disziplinarverfahren, welches mit der Unterschrift des Justizministers, Herrn Dr. Z i n n , gegen den Kollegen B u r m a n n in Frankfurt a.M. eingeleitet worden ist, während die andere Angelegenheit im Zusammenhang steht mit der evtl. Durchführung eines Spruchverfahrens gegen den früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der J.G., Herrn Professor K r a u c h , der sich z.Zt. in einem von der amerikanischen Besatzungsmacht angeordneten Hausarrest auf seinem Gut Falkenhof im Landkreis Erbach befindet. Es kommt mir sehr darauf an, Sie in diesen beiden Angelegenheiten über den Stand der Dinge persönlich zu unterrichten.

b.w.

Ich hoffe, dass Sie sich in gesundheitlicher Beziehung
wieder völlig erholt haben und bin

mit den besten Grüßen

auch von meiner Frau

Ihr stets ergebener

27. April 1946

Dr. H/Fk.

Fräulein

Ilse B e t h g e

Heidelberg

Hauptstr. 45/I

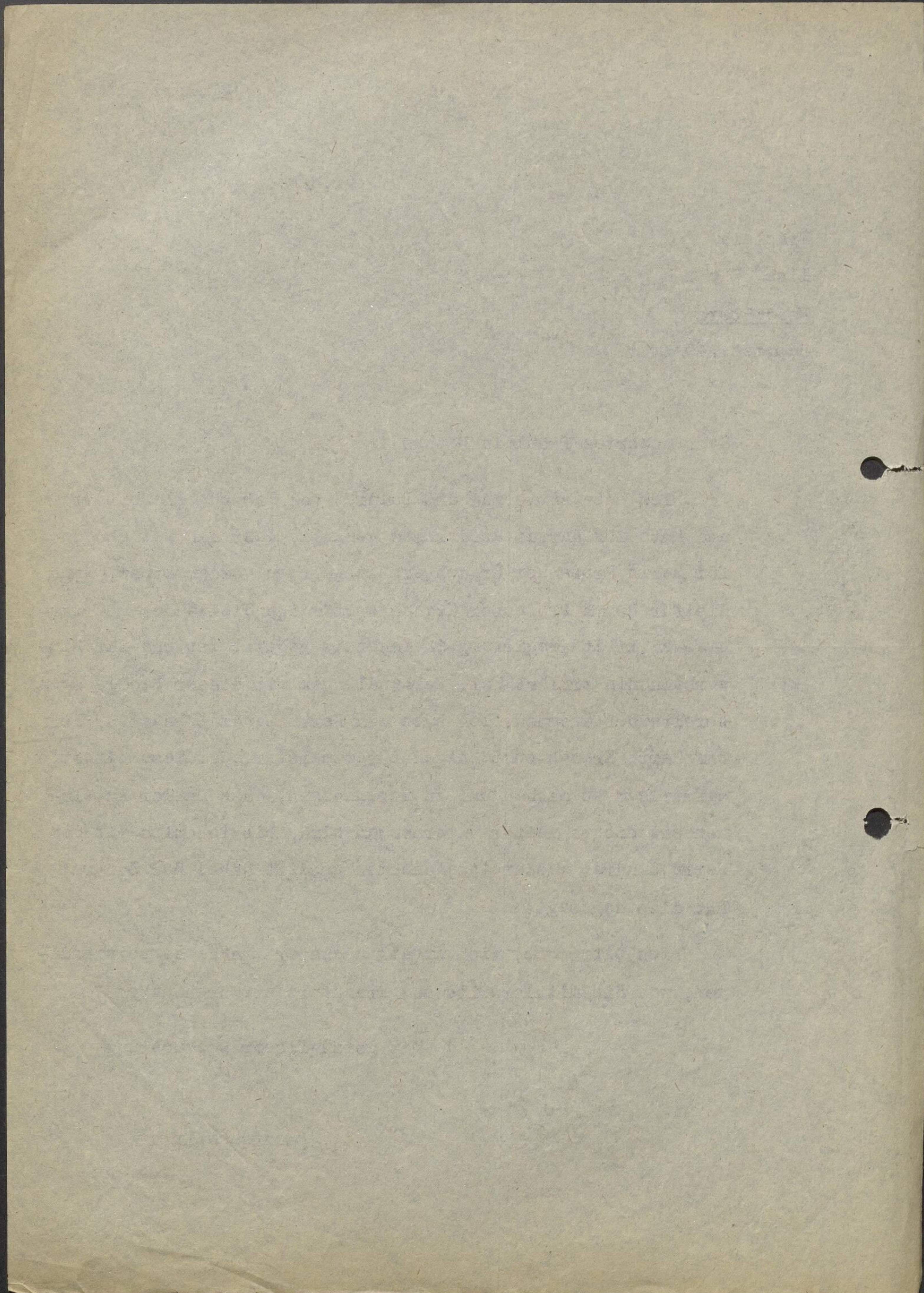
Sehr geehrtes Fräulein Bethge !

Ich habe heute mit dem Landrat von Erbach telefoniert und habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass ein Meldebogen für Herrn Professor Krauch erst abgegeben werden könne, wenn die für Herrn Professor Krauch zuständige Stelle der amerikanischen Militärregierung in Kenntnis gesetzt ist und ihr Einverständnis erklärt hat. Verhandlungen mit dieser Stelle seien bereits aufgenommen. Ich habe den Herrn Landrat gebeten, den für Herrn Krauch zuständigen Bürgermeister auf diese Situation aufmerksam zu machen und zu veranlassen, dass in der Angelegenheit nichts weiter unternommen wird, bis ich mich mit dem Herrn Landrat wieder ins Benehmen gesetzt habe. Der Landrat hat dies zugesagt.

Ich bitte Sie, mich Anfang nächster Woche zu verständigen, was Sie mittlerweile aus Frankfurt erfahren haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rechtsanwalt



Heidelberg, den 25. April 1946.

Dr.H./Di.

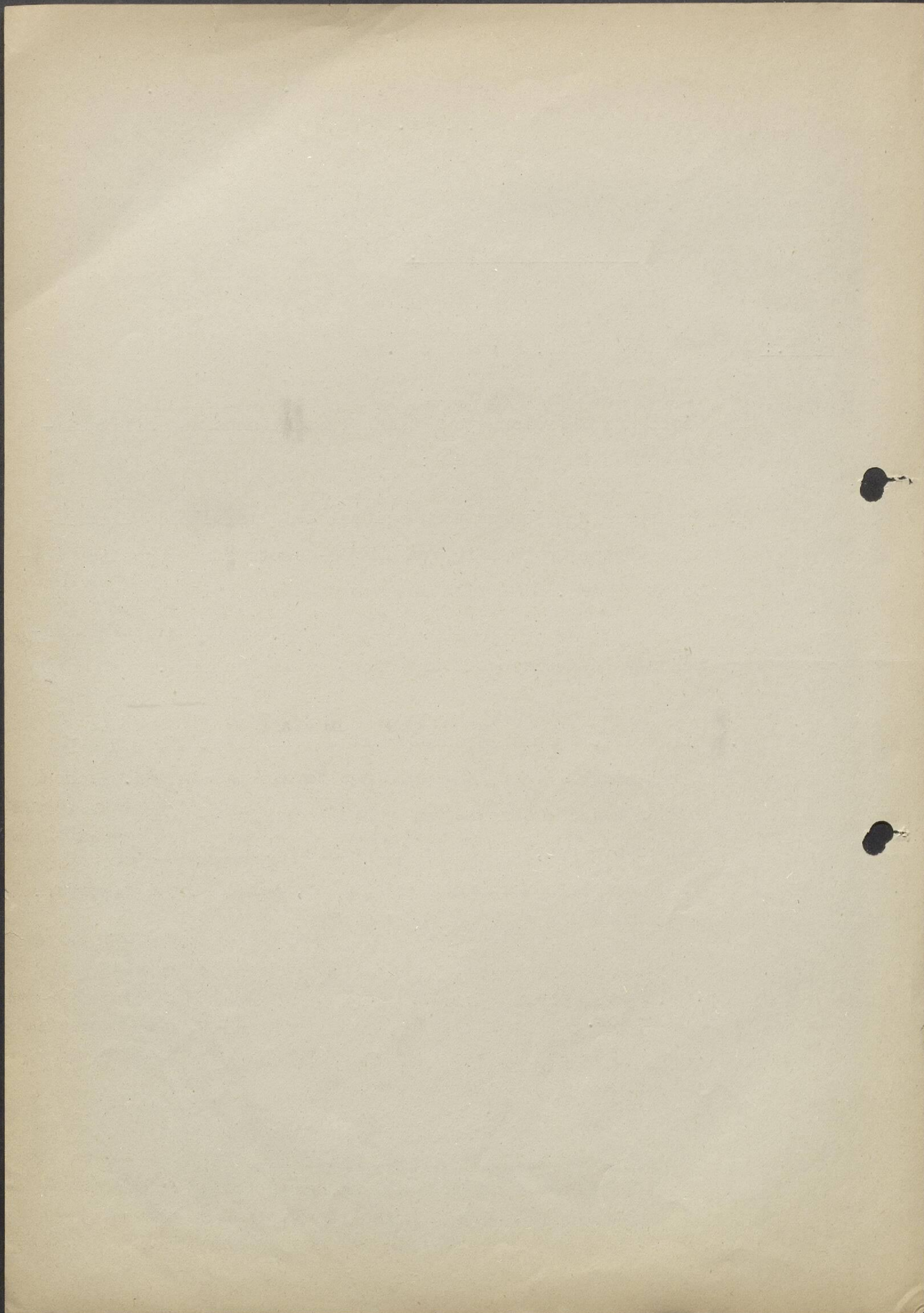
A k t e n n o t i z .

Betr.: Angelegenheit Prof. K r a u c h .

Im Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus heisst es im Artikel 22 :

- 1.) Strafbare Handlungen von Nationalsozialisten und Militaristen können unabhängig von diesem Gesetz strafrechtlich verfolgt werden. Dies gilt insbesondere von Kriegsverbrechen und sonstigen Straftaten, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ungesühnt geblieben sind.
- 2.) Strafgerichtliche Verfolgung steht einem Verfahren wegen der gleichen Tat nach diesem Gesetz nicht entgegen. Jedoch können bei der Auferlegung von Sühnemassnahmen nach diesem Gesetz Strafen, die wegen der gleichen Handlung in einem Strafverfahren verhängt worden sind, berücksichtigt werden.

Akt Krauch.



17. April 1946

Dr. H./De.

Herrn

Ministerialrat K a u f m a n n
Landesverwaltung Baden

K a r l s r u h e
Hauptpostamtgebäude, Karlstrasse

Betr.: Durchführung des Gesetzes zur
Befreiung vom Nationalsozialismus
und Militarismus

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Vielleicht ist es Ihnen ganz erwünscht, wenn ich
Ihren laufend die Zweifelsfragen mitteile, die bei der Aus-
legung des obigen Gesetzes aufgetreten sind und die, wenn ir-
gend möglich, in den Ausführungsbestimmungen geregelt werden
müssen.

- 1) Was ist unter Kleinbetriebe im Sinne des Artikel 58 Zif-
fer 3 zu verstehen? Fallen darunter alle Betriebe mit
weniger als 10 Arbeitnehmern? Sind auch Großhandelsbe-
triebe mit weniger als 10 Arbeitnehmern als Kleinbetriebe
anzusehen? Gehören Provisionsvertreter, die meist gar kei-
ne Arbeitnehmer haben, zu den Kleinbetrieben? Nach dem
Fortlaut des Gesetzes möchte ich diese Fragen bejahen.
- 2) Viele Kleinbetriebe, deren Inhaber politisch belastet sind
sind in der vergangenen Zeit auf Grund einer besonderen
Anordnung der Militärregierung von Oberbürgermeistern oder
Landräten geschlossen worden. Sollten die Inhaber dieser
Kleinbetriebe trotz ihrer politischen Belastung jetzt
den Betrieb wieder aufmachen?
- 3) Nach Artikel 58 Ziffer 1 dürfen, abgesehen von Kleinbe-
trieben, ehemalige Mitglieder der NSDAP und ähnliche Pa-
tegorien nicht anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäf-
tigt werden und dürfen auch nicht mehr in dem gleichen
Betrieb tätig sein. Wenn nun ein Arbeitnehmer aus seiner

gehobenen Stellung auf Grund des Gesetzes Nr. 8 entlassen worden ist und in dem gleichen Betriebe in gewöhnlicher Arbeit weiter beschäftigt wurde, darf er jetzt in dieser Stellung verbleiben oder muss er vor dem 1. Juni 1946 aus dem Betrieb völlig ausscheiden?

- 4) Die örtliche Zuständigkeit ist in Artikel 29 geregelt. Es ergibt sich daraus, dass Kammern an verschiedenen Orten den Fall behandeln können. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn z.B. ein Geschäftsinhaber seinen ständigen Wohnort und Firmensitz vorübergehend verlässt und an einen anderen Ort einen gewerbebetrieb einrichten musste. Welche Kammer soll bei der Konkurrenz der Zuständigkeiten für die Entscheidung des Falles maßgebend sein? Kann der Angeklagte zwischen mehreren zuständigen Kammern wählen? Besteht für ihn die Möglichkeit, den Wohnort sowohl bei seinen bisherigen (früheren) Wohn- und Firmensitz wie an der Ausweichort abzugeben? W.F. kann man es der Angeklagten nicht verweigern, sich in erster Linie der Spruchkammer desjenigen Ortes zu stellen, an dem er durch jahrelange Anwesenheit besonders bekannt ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

Zur persönlichen Beurteilung der Einstellung von Prof. Krauch gegenüber Fragen der

1) Judenbehandlung:

Im Jahre 1943 hat Prof. Krauch an Himmler einen offiziellen Brief als Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie in Sachen Arthur v. Weinbergs geschrieben, in dem er die großen Verdienste des Menschen und Chemikers Weinberg schildert und darum bittet, von einer Verhaftung dieses Mannes abzusehen. Auf den Brief ist nie eine Antwort erfolgt, die Verhaftung wurde trotzdem durchgeführt.

Ein Angehöriger der IG Farbenindustrie Ludwigshafen, Dr. Leux, hat Prof. Krauch in Berlin aufgesucht (ich glaube im Jahre 1943) und um Schutz für seine jüdische Frau gebeten, deren Verhaftung bevorstand. Wie aus dem Zeugnis von Dr. Leux hervorgeht, ist es gelungen, seine jüdische Frau von der Verhaftung zu bewahren durch die Hilfe von Prof. Krauch.

Ein weiterer Angehöriger der IG Farben Ludwigshafen, Dr. Ernst, hat sich ebenfalls um Hilfe an Prof. Krauch gewandt, da sein Sohn aus erster Ehe, Mischling 1. Grades, von der Universität entfernt wurde und Verfolgung zu gewärtigen hatte. Prof. Krauch hat diesen Sohn bei einer seiner Auslandsdienststellen beschäftigt und ihn so der Verfolgung durch die Gestapo entzogen.

Der Neffe von Prof. Krauch, Peter Lüders, ebenfalls ein Mischling 1. Grades, wurde, wie aus dem Brief dessen Vaters hervorgeht und er selbst bezeugen kann, längere Zeit auf dem Hofgut von Prof. Krauch in der Landwirtschaft beschäftigt, nachdem er von der Wehrmacht ausgestoßen worden war.

Als gegen Ende des Krieges jüdische Mischlinge zu Zwangsarbeiten der OT herangezogen wurden, hat Prof. Krauch die davon betroffenen Angehörigen aus der von ihm betreuten chemischen Industrie und Wissenschaft zum großen Teil vor diesem Schicksal bewahren ~~können~~ und die Betreffenden auf ihren alten Posten halten können.

Dr. Hasenclever, Direktor des IG-Werkes Zweckel b. Gladbeck/Westf. hat mir selbst im Sommer vorigen Jahres gesagt, dass die einzige Unterhaltung, die er in seiner IG-Laufbahn mit Prof. Krauch gehabt hätte, des Inhalts gewesen sei, dass Prof. Krauch ihn gebeten habe, von seinem Auslandsposten (in USA) zurückzutreten, um diesen einem der jetzt aus rassenpolitischen Gründen ausscheidenden IG-Herren zu überlassen. Er, Krauch, habe es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Herren ihr schweres Schicksal durch Schaffung guter Existenzen im Ausland zu erleichtern. (Zeugnis Hasenclever).

2) Parteibestrebungen:

Prof. Krauch galt in Parteikreisen immer als "verdächtiger Exponent der IG". Mir selbst gegenüber hat der ehemalige Leiter der Braunkohle-Benzin-AG und persönlicher Adjutant von Himmler, Herr Kranefuß geäußert, dass "es schade sei, dass Prof. Krauch so absolut unpolitisch wäre". Bestrebungen des Freundeskreises um Himmler (ausgehend von Kranefuß), Prof. Krauch zu ihren wöchentlichen Bierabenden hinzuzuziehen, ist Prof. Krauch stets ausgewichen; ich selbst musste an Tagen, zu denen eine solche Einladung erfolgte, stets andere Besprechungen ansetzen, da seine ständigen Absagen bereits unliebsam aufgefallen waren. Später sind sie dann nicht mehr erfolgt.

Der für die IG Farben-Frankfurt zuständige Gauleiter Sprenger forderte Prof.Krauch auf, seinen Wohnsitz offiziell nicht in Heidelberg, sondern im Falkengesäß, wo sein Gut liegt, anzugeben, damit er in den Bereich des Gauleiters Sprenger käme und er die Verbindung mit Prof.Krauch persönlicher gestalten könnte. Dieses Ansinnen ist von Prof.Krauch abgelehnt worden.

In dem von Prof.Krauch kommissarisch geleiteten Reichsamt arbeiteten u.a. der Rechtsanwalt Wirmer als sein Gebietsbeauftragter für Berlin-Brandenburg, der von der Gördeler-Regierung als Justizminister vorgesehen war und später hingerichtet wurde, ebenso der Bruder des im Zusammenhang mit dem 20.7. ebenfalls hingerichteten Legationsrates v.Trott zu Solz, ferner der Sohn des gleichfalls hingerichteten Generalfeldmarschalls v.Witzleben. Die politische Einstellung dieser Amtsangehörigen war Prof.Krauch durchaus bekannt, doch zeigte er sich Denunziationen gegenüber, die gegen diese sowie gegen andere politische Gegner im Amt sowohl als auch in der Industrie gerichtet waren, unzugänglich.

3) Kirche:

Während des Krieges sollte der Filialgottesdienst in Falkengesäß eingestellt werden. Prof.Krauch hat es durch eine Besprechung mit dem Gauleiter Sprenger und Göring erreichen können, dass der Filialgottesdienst aufrecht erhalten blieb. Zeugnis dafür gibt Pfarrer May, Beerfelden, zu dessen Kirchensprengel Falkengesäß gehört.

Prof.Krauch hat seine sämtlichen Kinder konfirmieren lassen und ist auch selbst zum Gottesdienst und Abendmahl gegangen, was ihm die Bespitzelung durch die Gestapo eintrug. Zeugnis dafür gibt Pfarrer Schloer.

In einer Besprechung mit dem verstorbenen Kirchenminister Kerrl hat Prof.Krauch seine positive Einstellung zum Christentum und zur Einrichtung der Kirche in einer längeren Unterredung dargelegt und auf die großen Fehler aufmerksam gemacht, die in der Einstellung des Staates und der Partei zur Kirchenfrage lagen. Zeugnis dafür gibt der Pfarrer Steinbach, der längere Zeit im Amt von Prof.Krauch tätig war.

4) Wirtschaft:

Prof.Krauch hat es sich von jeher zur Aufgabe gemacht, Wirtschaft und Wissenschaft vor unberechtigten und schädigenden Eingriffen der Partei und des Staates so weit wie möglich zu schützen, und das ist auch der Grund, weshalb er seinerzeit, vor allem auf Veranlassung von Herrn Geheimrat Bosch, den von vornherein sehr undankbaren Posten im Rahmen des Vierjahresplanes übernommen hatte. Es ist ihm dadurch gelungen, manche unerfreuliche Entwicklung rechtzeitig aufzuhalten. Beispiele:

Fordwerke AG - Köln, deren 2.Vorsitzer des Aufsichtsrates er war, sollten in den Hermann-Göring-Konzern eingegliedert werden. Es ist Prof.Krauch durch persönliche Besprechungen mit dem damaligen Staatssekretär Landfried und später mit Göring gelungen, den Fordwerken die Selbständigkeit zu erhalten und ihre Einverleibung in den Hermann-Göring-Konzern zu verhindern. Zeugnis dafür gibt der 1.Vorsitzer des Aufsichtsrates, Geheimrat Albert.

Im Jahre 1941 oder 1942 wurde Prof. Krauch zu Himmler gerufen, der ihm die Absicht eröffnete, die Organisation der SS enger in die Wirtschaftsführung einzuschalten. Es sei geplant, SS-eigene Betriebe zu errichten, in denen die Häftlinge der Konzentrationslager, die er dem deutschen Arbeitsprozeß wieder zuführen möchte, schaffen könnten, da sich unter ihnen u.a. auch viele wertvolle Fachkräfte befänden. Prof. Krauch erwiderte, dass er sich keinen Chemiker oder Ingenieur denken könne, der die Leitung eines solchen Betriebes übernehme und schlug dem gegenüber vor, die Häftlinge in die bereits bestehenden Betriebe einzugliedern, ihre Unterbringung könne in geschlossenen Baracken erfolgen, aber unter disziplinärer Führung des betreffenden Werksleiters, wobei die Voraussetzung gleiches Essen und gleiche Behandlung wie die übrigen Werksangehörigen wäre. Himmler wollte sich diesen Vorschlag erst noch überlegen.

5) Wissenschaft:

Prof. Krauch, der nach dem Tode des Geheimrat Bosch vonseiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Präsident im Einvernehmen mit Kultusminister Rust vorgeschlagen war, wurde durch Einspruch der Partei (vor allem Heß) nicht gewählt, da er zu wenig parteigebunden war. Zeugnis kann Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Göttingen geben (Dr. Telschow).

Den Bemühungen von Krauch ist es gelungen, verschiedene hervorragende Wissenschaftler, die durch ihre Gegnerschaft zu den Bestrebungen der Partei unerwünscht waren, auf ihren Posten zu halten. Zeugnisse können geben Prof. Staudinger (Freiburg) und Prof. Ziegler-Halle. Ferner werden Zeugnisse von Wissenschaftlern angefordert, die Prof. Krauch's unparteiische Haltung gegenüber der Wissenschaft hervorheben (Geheimrat Wieland, München, Geheimrat Hoops-Heidelberg).

6) Auslandsbeziehungen:

Prof. Krauch war stets durchdrungen von der Notwendigkeit gegenseitigen Gedanken- und Erfahrungsaustausches mit dem Ausland. Über seine absolut faire Einstellung bei Verhandlungen mit ausländischen Geschäftspartnern könnten am besten Auskunft geben:

Generaldirektor der Royal Dutch (Shell) K e s s l e r ,
London, Shell-Haus,

Mr. Akers, Imperial Chemical Industries Ltd., London,
Lord Harry McGowan, Imperial Chemical Industries-London,
Mr. Teagle - USA (früher Standard Oil)

Prof. Haslem, Massachusetts (USA). Lamotte v. Dupont-USA

Bei Verhandlungen mit dem inzwischen verstorbenen Generaldirektor der Norsk Hydro, Axel Aubert, wurde zwischen diesem und Prof. Krauch bei Abschluß des Stickstoffvertrages vereinbart, dass die Verträge auf absolut fairer Basis geschlossen und durchgeführt werden müssen, sodaß keiner der Vertragschliessenden das Gefühl des Benachteiligtseins haben kann. Zwischen den beiden Herren kam dann aufgrund eines gentlemen agreement der beide Teile befriedigende Vertrag zum Abschluß. Zeugnis dafür kann das Vorstandsmitglied der IG und frühere Leiter des Stickstoff-Syndikats, Dr. Heinrich Oster, ~~Auskunft~~ geben.

Auszug aus einem persönlichen Brief von
Prof. Krauch an seine Frau vom 7.3.1930
anlässlich einer Geschäftsreise nach den USA

- - - - -

The Ambassador - New York
Park Avenue at 51 st Street

Donnerstag ging's zunächst nach dem Office Pickhardt. Um 1/2 1 Uhr waren wir bei Mr. Teagle. Gegen 1 Uhr kam Mr. Dupont. Wir gingen zusammen zum Lunch. Die Unterhaltung führte Mr. Teagle in seiner offenen und ehrlichen Weise. Die nachfolgende Besprechung war sehr interessant und ich muß sagen, wir haben von Dupont ein ganz anderes Bild bekommen, als man mir erzählt hatte. Ich habe jetzt den Eindruck, dass die Leute auch eine großzügige Geschäftspolitik verfolgen ganz ähnlich wie wir, und dass sich mit ihnen verhandeln lässt. Am Tage vorher hatte Clark den Ausdruck "teamwork" gebraucht. Jetzt habe ich diesen Ausdruck verstanden. Allerdings stand diese Verhandlung himmelweit über dem Niveau unserer Verhandlungen in Deutschland, wo es oft wie in einer Bauernwirtschaft zugeht. Mr. Dupont ist seit einem Jahr Witwer, er hat 11 Kinder und ist 56 Jahre alt. Er sagte:

Doktor, was Sie sagen ist sehr verständlich, ich muss Ihnen sagen, ich würde an Ihrer Stelle genau so handeln. Bei der Verabschiedung sagte er: Ich bin sehr befriedigt von unserer Besprechung, ich sehe jetzt einen Weg, auf dem unsere großen Firmen im Düngemittelgeschäft zusammenkommen können. Ich hoffe, wir Beide haben noch mehr miteinander zu tun. Ich hatte vorher den Wunsch geäußert, dass jemand anders wie ich sprechen sollte, da ich mich in der Sprache nicht sicher genug fühlte. Teagle sagte aber: Sprechen Sie ruhig, es ist Ihr baby und über Ihre eigenen babies sprechen Sie schon mit der nötigen Wärme. Über die Verhandlung sagte er noch: Was man will, muss fair sein, sonst ist man kein richtiger businessman, was man sagt, muss klar sein, sonst ist man ein Narr oder man sagt nicht die Wahrheit. Einen Vertrag nicht aufbauen wollen durch Verhältnisse, wie sie vielleicht in 50 Jahren einmal eintreten können, denn über die Zukunft ist man immer geteilter Ansicht. Nur auf der Gegenwart, denn hier kann man Schlüsse beweisen und hat mit Tatsachen zu tun. - - Bei der Verhandlung dachte ich, man sollte unsere Leute auf ein Schiff ver-

frachten, hier herüber schicken und Mr. Teagle bitten, den Leuten ein paar Nachhilfestunden geben, wie man Verhandlungen zu führen hat. Er sagte vorher: Gewiß, aus der Vergangenheit soll man lernen, aber man soll sie auch vergessen können. --